

Nr.43

Dezember
IV/2008

DIE LINKE.

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei DIE LINKE.



Götz Brandt **Ist die Welt noch zu retten?**

Michael Machatschek
Der Ökolandbau kappt seine Wurzeln

Ralf Henrichs **Das CDU-Programm und die Ökologie**

Damian Arikas
**Wie viele Braunkohletagebaue
in der Lausitz brauchen wir?**

Volksbegehren
„Keine neuen Tagebaue“
bis 09.02.2009 unterschreiben!

Termine

Für ein soziales und ökologisches Nordrhein-Westfalen. Konferenz

17.01.2009, 10 - 18 Uhr

45881 Gelsenkirchen, Berufskolleg, Königsstr. 1
(Zentrum Nähe Musiktheater. ÖPNV Haltestelle Musiktheater)

Kontakt: lgs@dielinke-nrw.de, Tel. 0211 358907

Öko-Kongress

07.02.2009, 10 – 18 Uhr

70174 Stuttgart, DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20

Veranstalter:

Ökologische Plattform Baden-Württemberg
Arbeitsgruppen zu Klimaschutz, Agrogentechnik,
Verkehr und kommunaler Energieversorgung

Kontakt: oekoplattform@die-linke-bw.de, Tel.

0176 22943915, www.die-linke-bw.de

Um rechtzeitige Anmeldung wird gebeten.

Anmerkung d. Red.:

In Nr. 42 wurde der Kongress für den 11.10.2008 angekündigt. Die Information, dass der Kongress wegen Terminüberschneidungen auf Anfang 2009 verschoben werden musste, erfolgte erst nach Veröffentlichung der Ausgabe; über den Ausfall wurde durch den E-Mail-Verteiler informiert)

Bundesweites Treffen der gentechnikfreien Regionen und Aktiven

07.02. – 08.02.2009

Eberswalde, 07. - 08.02.2009, Waldsolarheim Eberswalde

http://db.zs-intern.de/uploads/1229510924-09_02_07_tagung_gentechnikfreie_region.pdf

Ökokonferenz Thüringen

07.03.2009 (geplant)

Bundestreffen 2009 der Plattform

09./10.05.2009

Warmensteinach, „Ochsenkopf“ (Fichtelgebirge, Nähe Bayreuth)

Ökokonferenz Brandenburg

13.06.2009 (geplant)

Öffentliche Sitzungen des Koordinierungsrates der ÖPF 2009

14.03., 08.05., 10.10., geplant 12.12 (Festlegung auf Sitzung am 10.10.)

Editorial

Liebe TarantelfreundInnen,
das große Jahresendtheater hat sich verabschiedet und jede umweltbewusste Genossin und jeder Genosse konnte mit Verzicht auf den lichterger-

schmückten Konsum und das luftverpestende Feuerwerk nachhaltigen Umweltschutz praktizieren. Die gewonnene Zeit ließ sich gut mit Gedanken und Ideen verbringen, um über die weitere Verbreitung des Umweltschutzes innerhalb der Linken nachzudenken. Das KoRat-Treffen vom 13.12.08 gab dazu schon vielerlei Anlass, denn dort beschlossen wir einhellig, uns für 2009 besonders mit den Themenschwerpunkten Wald - *der trotz aller Prophezeiungen zum Glück noch nicht gestorben ist* - und Landwirtschaft zu beschäftigen. Dazu machte Wolfgang Wippler vom Sprecherrat den noch zu diskutierenden Vorschlag, dass zu den jeweiligen Themen eine vier - bis achtseitige Sonderausgabe der Tarantel erscheinen könnte, in der die o. g. Themen kontrovers diskutiert werden können.

Im Februar, wahrscheinlich am 07.02.2009, kommt es zu einem Treffen mit der BAG Grundeinkommen. Hier wollen wir gemeinsam herausfinden und erarbeiten, welche Chancen Verknüpfungen zwischen umweltgerechtem Handeln und dem Grundeinkommen bieten.

Unser alljährliches Bundestreffen wird im Mai, diesmal in Bayern, stattfinden (siehe Termine nebenstehend). Aufgrund unserer Erfahrungen, die wir 2008 in Trier machten, und der prekären Finanzlage, was die Geldmittel der AGs betrifft, möchten doch bitte alle ihr Kommen bis Ende März mit einer Anzahlung von 15 € bestätigen (ausgenommen sind Arbeitslose und andere Transfergeldbezieher). Sicherlich ist dot dann auch Zeit, schon mal eine Zwischenbilanz hinsichtlich unserer ökologischen Forderungen im großen Wahljahr 2009 zu ziehen, damit es nicht wieder heißt: „Morgen, morgen nur nicht heute!“. Diese Strategie aller mandatstragenden Parteioligarchen der Welt, sollte im Hinblick auf das große Wahljahr von uns mit höchster Aufmerksamkeit beobachtet werden, also inwiefern die GenossInnen dabei den Kampf gegen das *Automatische Subjekt* aus den Augen verlieren, da die Gier nach Macht und Mandat, was uns ja die Erfahrung bisher lehrte, immer wieder zum Diktat der Kompromisse führt. Wer dann aber weiterhin vorgibt, die *Unsichtbare Hand* in ihrem blinden Wüten gegenüber Mensch und Umwelt erkannt zu haben, macht sich nämlich als Linker auf Dauer unglaubwürdig, wenn man sich permanent mit dem Kapital liiert (Regierungskoalition).

So liebe LeserInnen, nach diesen mahnenden Worten möchte ich Euch zum Abschluss folgende Realutopie anbieten, die nämlich gibt uns der Artikel 146 des Grundgesetzes: „Dieses GG, das nach der Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Diese Forderung sollten wir schnellstens artikulieren und auch mit in die Wahlprogramme aufnehmen, bevor Merkel & Co. diesen Artikel aus dem GG streichen lassen!!

Michael Hesz

GRUNDPOSITIONEN

Ist die Menschheit noch zu retten?

Götz Brandt

Vortrag in der Offenen Akademie Recklinghausen
am 9.10.2008

Sie alle kennen die Prophezeiung der Apokalypse, den zu erwartenden Weltuntergang. Dabei geht es nicht um einen Kometeneinschlag oder eine andere Naturkatastrophe, sondern es geht in den alten Religionen um den Sieg des Bösen über das Gute. Offensichtlich haben die großen Denker der Vorzeit in den Anlagen des Menschen Potenziale erkannt, die zur Selbstvernichtung führen. Also die Möglichkeit, dass die Menschen so träge, so gierig, so verblendet sein können und so massenhaft verdummt werden können, dass sie sich ihr eigenes Grab schaufeln.

Die Erfindung der industriellen Massenproduktion in Verbindung mit dem Wachstum-Kapitalismus in Europa lässt diese uralte Prophezeiung in geschichtliche Nähe rücken. Mal abgesehen von einem Atomkrieg der Supermächte, der noch nicht gebannt ist, gibt es weitere reale Möglichkeiten zur Ausrottung der Menschheit.

1. Der menschengemachte Klimawandel bewirkt die Unbewohnbarkeit weiter Landstriche.

Die Völker der Industrienationen sind erstmalig in der Menschheitsgeschichte dabei, Erdgeschichte zu schreiben. Sie bewirken durch den Klimagasausstoß eine Heißzeit auf der Erde.

Entgegen allen verkündeten Zielen zur Reduzierung des Klimagasausstoßes steigt weltweit der Ausstoß gegenwärtig jährlich um 3,1 %. Das gilt auch für Deutschland. Hier wird bis 2018 der Neubau von 60 neuen Kraftwerken mit 34 500 MW und 38 Mrd. € Investitionen vorbereitet, wie auf der letzten Hannovermesse verkündet wurde. Die Kanzlerin weiht neue Kohlekraftwerke persönlich ein.

Um 1850 hatten wir einen Kohlendioxidgehalt von 280 ppm, 2005 bereits 379 ppm. Steigt der Gehalt über 500 ppm, was bei der jetzigen Zunahme in wenigen Jahrzehnten zu erwarten ist, dann sind die Auswirkungen folgende: Wüstenbildung und Gletscherschmelze verringern die Wasservorräte, Herausfallen großer Gebiete aus der Nahrungsmittelherzeugung, was zu Mangelernährung und Hungergebieten führt. Der Ozean wird so warm, dass sich die Algenpopulationen in das Nord- und Südpolargebiet zurückziehen und die Ozeane weltweit zu Wasserwüsten ohne Fische werden. Durch Abschmelzen des Eisschildes von Grönland wird der Meeresspiegel um 7 m steigen. Das wird nicht nur in der ozeanischen Inselwelt zum Verschwinden von Inseln und Überschwemmung von Flussdeltas führen, sondern auch in Europa liegt gegenwärtig

Holland zu 90 % unter dem Meeresspiegel. Durch die Hitze und Trockenheit werden nicht nur weite Gebiete in Afrika und Südamerika unbewohnbar, sondern auch alle Gebiete Europas, die südlich der Alpen liegen. Der Europa wärmende Golfstrom kann versiegen. Nördlich der Alpen würde das Klima dann noch erträglich bleiben.

2. Übernutzung der erneuerbaren Ressourcen

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges wird immer klarer, dass die Menschheit, allen voran die Industrieländer, mehr erneuerbare Ressourcen verbrauchen als sich im gleichen Zeitabschnitt erneuern.

Wir haben genug **Wasser** auf der Erde, aber 96 % sind Salzwasser, 3 % sind Eis und nur 1 % ist Süßwasser im hydrologischen Kreislauf. Mehr als die Hälfte davon wird von den Menschen bereits genutzt, vor allem für die landwirtschaftliche Produktion. Regional gibt es bereits Probleme. Etwa 2 Mrd. Menschen haben kein sauberes Trinkwasser.

Jährlich verringert sich die **Waldfläche** der Welt um eine Fläche so groß wie Österreich. Fast die Hälfte der Waldfläche der Erde wurde in den letzten hundert Jahren zerstört. Allein in den letzten 40 Jahren hat sich der Nutzholzverbrauch in den Industrieländern verdreifacht und der Papierverbrauch sechsfacht.

Die **Wüstenbildung** schreitet auf allen Kontinenten ungebremst voran. Nach UNO-Angaben sind heute schon 30 % der Landmasse Asiens, 75 % Australiens, 55 % Afrikas und 20 % des amerikanischen Kontinents verwüstet und versteppt.

Die Weltmeere werden **überfischt**. Ein Viertel aller Fischbestände ist erschöpft, weitere 50 % werden am biologischen Limit befischt. Zwischen 1970 und 1990 hat sich der Fischbestand halbiert.

3. Progressiver Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen

Bereits 1972 warnte der Club of Rome vor dem Ende der Rohstoffvorräte. Das wurde damals abgetan und von der Politik ignoriert. Heute berechnen selbst die großen Monopole, wann die Rohstoffe zur Neige gehen. In etwa 40 Jahren gehen Erdöl, Erdgas und auch die Uranvorräte zur Neige. Es bleibt nur noch Kohle als Energieträger, die dann schneller als heute verbraucht wird und noch einige Jahrzehnte zur Verfügung steht. Der Erzgehalt der noch verbleibenden Lagerstätten nimmt ab, die Abraummassen nehmen zu, das Öl muss immer tiefer gewonnen werden. Auch deshalb sind die Preise für alle Rohstoffe in den letzten Jahren stark angestiegen. In 50 Jahren werden wir zur Eisenzeit zurückkehren. Die Industrieproduktion im jetzigen Umfang kann nicht aufrecht gehalten werden.

4. Die Artenvielfalt wird eingeschränkt, die Landschaft und die Ökosysteme werden zerstört.

Experten sprechen von der sechsten großen Artenaussterbungsperiode der Erdgeschichte. Auch das kommt auf das Konto des Säugetiers Mensch. Von den 4 400 Säugetierarten ist ein Drittel vom Aussterben bedroht. Vor allem durch den Klimawandel können in den nächsten 25 Jahren 1,5 Mio.

Arten aussterben. Der Genfonds für die Pflanzenzüchtung und die Herstellung von Medikamenten wird erheblich eingeschränkt bzw. geht unwiederbringlich verloren.

5. Gefährdung der menschlichen Gesundheit

Bei den Verbrennungs- und Produktionsprozessen in Industrie und Landwirtschaft werden organische und anorganische Stoffe freigesetzt, die zu einer schleichenden Vergiftung der Biosphäre führen. Beim Menschen nimmt das Krebsrisiko zu, das Immunsystem wird geschwächt, die Spermiedichte nimmt ab, die Unfruchtbarkeit nimmt zu, es gibt mehr Allergiefälle. In der Natur finden wir Waldsterben, Sommersmog, Eutrophierung von Gewässern, Erosion von Ackerflächen.

Alle diese möglichen Katastrophenszenarien werden durch die **Übervölkerung der Erde** verschärft. Gegenwärtig haben wir etwa 6,7 Mrd. Menschen auf dieser Welt. Um 1930 waren es nur 2,6 Mrd. Die UNO schätzt ein, dass wir **2050 etwa 8,5 bis 9 Mrd.** Einwohner auf der Erde haben werden. Erst dann, so wird prognostiziert, soll die Bevölkerungszunahme abnehmen. Die Erde hat nicht so viel Anbaufläche, um eine solche Bevölkerungszahl zu ernähren, auch bei gerechter Verteilung nicht. Es müssten schon alle Vegetarier werden.

Die bereits heute hungernden und unterernährten 2 Mrd. Menschen werden zuerst sterben, da die Bevölkerung der Industrienationen ihren Fleischverzehr nicht senken wird. Nahrungsmittel werden als Benzinersatz verwendet, die Nahrungsmittelpreise haben stark angezogen.

Welche Kräfte haben uns in die gegenwärtige Lage mit ihren düsteren Zukunftsaussichten geführt. Wo liegen die Ursachen der gegenwärtigen Misere?

1. Die kapitalistische Wirtschaft und industrielle Produktion

Kapitalistische Wirtschaft funktioniert ohne Wirtschaftswachstum nicht mehr. Das hatte auch schon Friedrich Engels vor mehr als hundert Jahren erkannt: „Die kapitalistische Produktion kann nicht stabil werden, sie muss wachsen und sich ausdehnen oder sie muss sterben.“ Welche Triebkräfte zwingen die Unternehmer, immer mehr Produkte auf den Markt zu werfen? Das ist die Jagd nach dem Maximalprofit. Alle Ökonomen sind sich einig, dass der Gewinn das erklärte Ziel kapitalistischen Wirtschaftens ist. Die Gebrauchswerte der Waren sind nur ein Vehikel, um die Kunden zum Kauf zu bewegen und um Profit zu machen.

2. Freie Marktwirtschaft

Prieue hat das Funktionieren der Marktwirtschaft kurzgefasst zum Ausdruck gebracht: „Eine Marktwirtschaft beruht auf dem ständigen Einsatz und der Vermehrung von Kapital, deren Eigner Gewinnmaximierer sind, und zwar unter Wettbewerbsbedingungen. Wettbewerb zwingt die Unternehmen bei Strafe des Konkurses dazu“. Marx sagte zu diesem Problem: „Die Zirkulation des Geldes

als Kapital ist daher Selbstzweck, denn die Verwertung des Wertes existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“ Aus diesen Zitaten geht hervor, dass Kapital keine Grenzen kennt, schon gar keine Grenzen bei der Ausbeutung der Natur und des Menschen.

Nun behaupten die Neoliberalen, dass der Markt „Selbstheilungskräfte“ hätte und die Regierung sich auf keinen Fall in die Marktwirtschaft einmischen sollte. Hier ergibt sich die Frage, was können Märkte nicht, was wäre aber notwendig zu regeln, um die zukünftigen Katastrophen zu mildern oder zu verhindern?

- Den Markt interessiert die Tragfähigkeit der Erde hinsichtlich der maximalen möglichen Erdbevölkerung, der möglichen Nahrungsmittelproduktion oder der Belastung mit Schadstoffen nicht. Er trifft zu diesen Problemen keine Aussage.
- Die Marktwirtschaft kann Rohstoffraubbau nicht durch höhere Effizienz ersetzen. Raubbau ist billiger als Effizienz. Der Markt lässt die Zerstörung der letzten Urwälder vernünftig erscheinen.
- Der Markt ist moralisch blind. Er kann nicht erkennen, ob die Grundbedürfnisse der Kunden bedarfsgerecht befriedigt worden sind und nicht anzeigen, wo Unersättlichkeit, Raffgier und Neid beginnen. Luxusartikel werden, wenn eine Nachfrage reicher Kunden initiiert werden kann, vorrangig hergestellt, weil sie fast immer einen höheren Profit bringen.
- In der Marktwirtschaft erfolgt der Konkurrenzkampf nach der kapitalistischen Wolfsmoral. Der schwächere und moralisch bedenklichere Produzent oder Händler wird ausgeschaltet.
- Die Marktwirtschaft kann nicht dafür sorgen, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen und in ihnen die gesellschaftlichen Kosten zum Ausdruck kommen. Umweltschäden, die nicht unmittelbar in der Produktion als Kosten entstehen, werden auf die Allgemeinheit, den Staat abgewälzt oder in die Zukunft verlagert. Umweltdenken wird vom Wettbewerbsdenken dominiert.
- Marktwirtschaft kann keine Grenzen erkennen und bestimmen, wo die Befriedigung der Grundbedürfnisse aufhört und die Befriedigung überflüssiger Gelüste beginnt.
- Die Marktwirtschaft vermittelt den Käufern nicht, was für sie lebensnotwendig und was überflüssig ist. Oft wird Überflüssiges über Werbung als besonders besitzenswert angepriesen.
- Die Marktwirtschaft hat keinen Maßstab und keine Vorwarnrichtungen für die Endlichkeit der Ressourcen und gibt höhere Rohstoffpreise einfach an die Kunden weiter.
- Marktwirtschaft kann im Kapitalismus durch den Staat nicht unmittelbar in den Betrieben kontrolliert werden. Der Staat kann zwar Rah-

men und „Leitplanken“ setzen, die oft genug durch Verlagerung der Produktion ins Ausland umgangen werden.

In der Marktwirtschaft interessiert sich niemand für Moral oder Nachhaltigkeit, Märkte sind ungeeignet für die Rettung der Menschheit.

3. Der gierige Konsument

Neoliberale und auch grüne Kreise sehen die Ursache unserer heutigen Misere im Verbraucher selbst. Würde dieser nicht immer neue Produkte fordern und unersättlich in seiner Gier nach Waren sein, könne die Natur gerettet werden. Die Wirtschaft müsse die ständig wachsenden Bedürfnisse stillen, und daher sei Wirtschaftswachstum notwendig. Auch in den sozialistischen Ländern war man der Meinung, dass die ständig wachsenden Bedürfnisse durch ununterbrochenes Wirtschaftswachstum erfüllt werden müssten.

Ist nun der Verbraucher schuld an den heraufziehenden Katastrophen? Man muss hier Ursache und Wirkung untersuchen. In der Regel entwickelt die Industrie immer neue, verbesserte und neu gestylte Produkte, die durch die Werbung an den Mann, die Frau oder das Kind gebracht werden. Es werden Bedürfnisse geweckt, die bis dahin nicht bekannt und nicht gefordert worden sind. Der Markt ist maßlos bei der Suche nach neuen Absatzgebieten.

Was müssten wir tun, um die Katastrophen abzuwenden, die uns bedrohen? Gibt es einen Ausweg?

1. Kohlendioxid ausstoß innerhalb von 10 Jahren um 90 % senken

Das ist eine Forderung von Al Gore für die USA, die wir uns ebenfalls zu eigen machen sollten. Das bedeutet einen Umstieg auf erneuerbare Energien in einem Zeitraum von 10 Jahren. Die deutsche Industrie kann das technisch und auch investitionsmäßig bewerkstelligen, so sie denn dazu gezwungen wird. Gegenwärtig wollen die 4 Strommonopole vor allem die Laufzeiten für die abgeschriebenen Atommeiler verlängern und viele neue Kohlekraftwerke bauen, die dann 40 Jahre die Luft verpesten. Kohlekraftwerke deshalb, weil der vom Ölpreis unabhängige Brennstoff Braunkohle noch lange zur Verfügung steht und die Förderkosten sich nicht erhöhen. Da kann dann die Differenz zwischen niedrigen Stromgestehungskosten und dem steigenden Welthandelspreis für fossile Rohstoffe, der von den Strommonopolen als gängiger Weltmarktpreis verlangt werden kann, als Extraprofit mitgenommen werden. Frau Merkel unterstützt diese Investitionen durch Einweihung der Kraftwerke. Sie wendet damit keinen Schaden vom deutschen Volke ab, wie es ihr Amtseid verlangt, sondern sie vergrößert den Schaden durch den auch von ihr herbeigeführten Klimawandel.

Es kommt also in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages darauf an, den Aufbau von Offshore-Windfeldern, das Repowering der Inland-

Windräder, den Aufbau von kleinen Wasserkraftanlagen, die Thermosolarheizung und die Umstellung auf Elektroautos intensiv voranzutreiben. Gelingt das weltweit nicht, dann kommt die Heißezeit.

2. Dematerialisierung der Wirtschaft um 90 %

Das ist notwendig, um den Gifftausstoß der Wirtschaft zu senken und um den nachfolgenden Generationen noch etwas von den Ressourcen dieser Erde übrig zu lassen. Nun werden sie sagen, wie soll das gehen? Ein Auto, das nur noch 10 % des Materials benötigt, ein Einfamilienhaus, das mit nur 10 % des Materials gebaut werden kann, ist für viele nicht vorstellbar. Und doch gibt es bereits heute ingenieurtechnische Vorschläge, wie das zu realisieren wäre. Vorstellbar ist aber für jeden, dass allein durch Verlängerung der Lebenszeit der Produkte der Materialaufwand um 30 bis 60 % gesenkt werden könnte.

3. Monopole in die Treuhand des Staates übernehmen.

Hier geht es nicht nur um die Stromkonzerne und ihre Netze und Kohlevorräte. Erdölderivate werden auch in der Chemieindustrie und Bauwirtschaft und anderen Industriezweigen als Rohstoff verwendet. Alle diese Betriebe haben kein Interesse, ihre Investitionen und patentierten Technologien zu gefährden. Sie möchten diese möglichst über die Abschreibungszeit hinaus nutzen. Erst dann bringen sie Extragewinne. Sie wollen die Erdölwirtschaft aufrechterhalten, so lange Erdöl gefördert wird. Sollte es knapp werden und die Preise steigen, dann werden sie die höheren Produktionskosten einfach an ihre Abnehmer weiterreichen.

Da die Monopole nicht daran interessiert und nicht gewillt sind, ihre Produktionsstruktur umzustellen und erheblicher Widerstand zu erwarten ist, müssen die Monopole in Staatshand übernommen werden. Das erfolgt am besten mit einer Treuhandgesellschaft, ohne die Kapitaleigner zu enteignen, was durch das Grundgesetz zwar möglich ist, aber die Finanzkraft des Staates bei Weitem überfordern würde.

Aus unserer jüngsten Geschichte ist uns die Treuhandgesellschaft des Bundes bekannt, die 8000 Unternehmen der DDR mit 45 000 Betrieben verwaltet hat. Aufgabe dieser Gesellschaft war die Privatisierung, Sanierung, Entflechtung, Verwertung und Schließung dieser Betriebe. Hier liegen Erfahrungen vor, wie man die Monopole entflechten, in ihrer Aufgabenstellung umdisponieren und ihre Investitionspolitik beeinflussen kann. Die Wege in den ökologischen und ökonomischen Abgrund könnten so wirkungsvoll versperrt werden. Bisher von der Industrie abgegebene halbherzige Selbstverpflichtungen wurden nicht eingehalten. Sie dienen nur der Verschleierung der wahren Ziele der Monopole.

4. Aufgabenstellungen für Wissenschaft, Forschung und Konstruktionsbüros in ihrer Zielrichtung umkehren

Technische Effizienzerhöhungen an vorhandenen Technologien haben im Schnitt der Jahre immer nur 0,5 % Material- und Energieeinsparungen ge-

bracht. Die industrielle Wirklichkeit ist: Je mehr Patentanmeldungen, desto mehr Ressourcenverbrauch. Auf den bekannten Wegen der Technologieentwicklung kommen wir also nicht zum Ziel, die auf uns zu kommenden Katastrophen aufzuhalten.

Notwendig ist also, nicht die vorhandenen Technologien weiter zu verbessern, sondern völlig neue Produkte und neue technologische Prozesse für neu zu definierende Bedürfnisbündel zu erfinden und einzuführen. Diese Aufgabe stellen kapitalistische Unternehmer ihren Ingenieuren nicht. Das würde den Umsatz und Gewinn erheblich senken und wäre im Konkurrenzkampf der Ruin des Betriebes. Auch deshalb ist es notwendig, die großen Konzerne in die Treuhand des Staates zu übernehmen.

Ein Schrumpfen des Materialverbrauchs muss nicht mit einem Schrumpfen des Wohlstandes einhergehen. Aber allein durch die Umstellung der Produktion auf langlebige und reparaturfähige Güter könnte bereits die Hälfte des Materials eingespart werden. Alle hier genannten Vorschläge zur Rettung der abendländischen Zivilisation in den Industriestaaten können nur gegen den Willen der Konzernmanager und -eigner durchgesetzt werden, wenn das Grundgesetz nicht weiter ausgehöhlt, die Demokratie erhalten wird und die Mehrzahl der Bürger erkannt haben, dass ein Umsteuern notwendig ist, und sie dann auch Parteien wählen, die das durchsetzen.

Ich glaube, dass ich ihnen genug Probleme für die nachfolgende Diskussion geliefert habe.

Prof. Dr. Dr. Götz Brandt ist Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform. Zuletzt veröffentlichte er die Broschüre „Grünes oder Solarauto?“

Ökologische Zeitenwende einleiten

Marko Ferst

In Deutschland werden rund 14 % des Stroms bereits aus Wind, Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaik etc. gewonnen. Über 30 Länder übernahmen das Erneuerbare-Energien-Gesetz, darunter auch China. Schon 2004 waren 130 000 Menschen in Deutschland durch den solaren Energiesektor beschäftigt. Erfolge sind also möglich. Die Linke positionierte sich 2005 im Wahlprogramm klar, bis 2050 soll alle Energie hierzulande aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Wir setzen uns dafür ein, auf der Ebene der Vereinten Nationen eine internationale Agentur für erneuerbare Energien aufzubauen.

Doch der weltweite Energiehunger ist gewaltig. Nach wie vor gehen global erheblich mehr fossile Kraftwerke an die Netze als solare Energien. Alle paar Tage wird ein neues Kohlekraftwerk in Betrieb

genommen. Selbst in Deutschland sind für 25 - 30 Anlagen zumindest Planungen vorhanden. Kanzlerin Merkel redet zwar viel von Klimaschutz, ebenso wie SPD-Umweltminister Gabriel. Wer aber die Energiezukunft mit neuen Kohlekraftwerken auf Jahrzehnte festlegt, der kommt nicht zu einer kohlenstofffreien Wirtschaftsweise, wie sie etwa der Klimaforscher Mojib Latif einfordert. Das Europa der 15 wird die Ziele des Kyotoabkommens nicht erreichen. Acht Prozent Minderung an CO₂-Ausstoß sind bisher nicht mal im Ansatz erkennbar. In den USA gab es seit 1990 mehr als 20 % Zuwachs.

Wir müssen Energie sparen und ökoeffizienter einsetzen. Eng verknüpft mit diesen Verbrauchsfragen sind die Stoffströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft leiten. Insgesamt müssen sie um den Faktor 10 reduziert werden, meint Friedrich Schmidt-Bleek. Jeder Deutsche schleppt im Jahr einen ökologischen Rucksack von 70 Tonnen Feststoffen hinter sich her, jeder Japaner jedoch nur 40. In Japan ist die Faktor 10-Strategie bereits 2001 als nationale Wirtschaftspolitik beschlossen worden. Wenn jeweils das energieeffizienteste Gerät innerhalb von 3 Jahren den gesetzlich vorgeschriebenen Standart in Deutschland vorgeben würde, ließen sich schneller Erfolge erzielen.

Solange man in Deutschland 70 % der Steuern auf Arbeit und nur 5 % auf Energie erhebt, werden Arbeitsplätze gestrichen und nicht Energie und Ressourcen gespart. Dazu braucht man einen ökologischen Umbau des gesamten Steuersystems. Damit bestraft sich jede Verschwendung von selbst auf allen Stufen der Herstellung, im Handel, dem Transport und dem Konsum. Abfälle werden zu echten Wertstoffen, Reparaturdienstleistungen rechnen sich wieder. Als Linke müssen wir hier substanziellere Strategien ausarbeiten.

Sinnvoll wäre zudem eine modifizierte Mehrwertsteuer. Für die unbedingt notwendigen sozialen Grundbedürfnisse könnte sie völlig wegfallen. Für zahlreiche Produkte bliebe alles wie bisher, während für klimaschädliche Luxusprodukte um 30 % zu entrichten wären. Konkret: Die Bahnfahrt zur Arbeit bliebe unbesteuert, während der Flugzeugtrip oder die Mercedes S-Klasse die hohe Last zu tragen hätten.

Gelänge es in Deutschland um 2030 herum, den Stromverbrauch auf ein Drittel zu senken, könnte dieser bereits vollständig aus solaren Quellen stammen. Dazu ist nur etwas mehr als eine Verdopplung des bisherigen Potenzials nötig. Selbst wenn man ein solches Ziel nicht schafft, zeigt die Fragestellung an, in welche Richtung man gehen muss. Deutschland und andere Industriestaaten besitzen Vorbildwirkung für die übrige Welt. Gedacht in den bisherigen Koordinaten, könnten China und Indien 2030 bereits 50 % des weltweit ausgestoßenen CO₂ verursachen.

Ohne ausreichend Öl würde das industriewirtschaftliche System zusammenbrechen, weil der Rohstoff in unzähligen Bereichen Anwendung findet. Wir haben die Spitzenförderung an Ölmengen inzwischen erreicht. Danach sinkt das Angebot un-

ter die ständig steigende Nachfrage. Das wird eine Dauerölkrise mit immer neuen Preisgipfeln. Die Bevölkerung büßt das mit sinkenden Einkommen. Eine solare Energiewende, ökoeffizienter Energieeinsatz und preiswerter öffentlicher Verkehr statt Börsenbahn und ausgedünnten Nahverkehrs, würde diese Schocks deutlich abmildern können.

Allzu warme Winter, Rekordsommer wie 2003, zurückweichende Gletscher etc. zeigen immer deutlicher an, der Klimawandel hat rasant Fahrt aufgenommen. In der Arktis sind die Veränderungen den Berechnungen um 30 Jahre voraus. Die Ozeane verzögern die Treibhauswirkung an Land um Jahrzehnte, weil sie große Mengen an Wärme und CO₂ aufnehmen. Einstweilen dämpfen die Rußpartikeln aus Industrie, Verkehr und Regenwaldabholzung die Sonneneinstrahlung. Die BBC-Dokumentation „Global Dimming“ verweist darauf, dass dieser Effekt viel stärker ist als angenommen. Ohne ständigen Nachschub an Aerosolen wird sich der Planet deutlich stärker aufheizen, um 8 - 10 Grad bis 2100. Beide Prozesse täuschen uns eine geringere klimatische Veränderung vor, als wir schon ausgelöst haben.

Alein im Permafrostboden des Planeten schlummern 400 Mrd. Tonnen vom Treibhausgas Methan, in der Barentsee könnte Methaneis schon bei einem Grad Temperaturerhöhung freigesetzt werden. Kommt in diese Prozesse richtig Dynamik, verschwindet unsere ganze Zivilisation bis auf die Grundmauern. Die Vorräte, die an den Festlandsockeln der Ozeane eingefroren sind, betragen im Minimum geschätzte 10 000 Mrd. Tonnen, beim Maximum sind zwei Nullen dranzuhängen.

Das vom Ozean aufgenommene CO₂ zerschneidet durch die Versauerung die Nahrungsketten. Wird langfristig Grönland wieder Grünland und bricht das Westantarktische Schelfeis auf, stiege der Meeresspiegel um rund 13 Meter. Auch in der Eem-Warmzeit vor 125 000 Jahren lag der Meeresspiegel um rund 6 Meter höher bei zwei Grad mehr gegenüber der jetzigen Warmzeit.

Die schwierigste Frage ist die nach den Maßen, um die Klimabalance zu erhalten. Die Menschheit hat 20 Jahre weitgehend verschenkt. Weitere Jahre werden im Kampf um Minimalien verstreichen. Jedes verschenkte Jahr engt den Handlungsspielraum weiter ein. 10 - 15 Länder sind dabei, zum verschwenderischen Lebensstil des Nordens schrittweise aufzuschließen. Zugleich wird die Erdbevölkerung bis 2050 auf 9 – 10 Milliarden ansteigen - alles Faktoren, die zu berücksichtigen sind. Wenn jeder Mensch gleich viel Treibhausgase verursacht und analoge Umwelträume nutzen darf, wirft das auch für linke Politik hierzulande fast unlösbare Dilemmata zur Umweltgerechtigkeit auf. Jeder Amerikaner nutzt 9,7 ha Umweltraum, der EU-Bürger kommt auf 4,7 ha und der Inder auf 0,7 ha.

Studien weisen darauf hin: Die vielzitierte Zwei-Grad-Grenze, die man nicht überschreiten dürfe, wird mit Sicherheit gebrochen, weil die Klimasysteme mit starker Verzögerung reagieren und der

Betrag faktisch längst gebucht ist. Der Punkt, von dem es keine Rückkehr mehr gibt, ist überschritten. Kohlendioxid bleibt ca. 100 Jahre in der Stratosphäre klimaaktiv. Selbst wenn man innerhalb weniger Jahre den Ausstoß global halbieren könnte und nicht bis 2050 darauf wartet, baut sich die Klimagefahr weiter auf, weil jedes Jahr Milliarden Tonnen zur bereits angesammelten Menge dazu kommen.

Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird sein, sich auf den bereits in Gang gesetzten Klimawandel einzustellen. Das bedeutet z. B., Wälder so anzulegen, dass sie extremem Klimastress widerstehen können. In alpinen Regionen müssen wegen Gletscherseen, Murengänge etc. gefährdete Ortsteile umgesiedelt werden. An Nord- und Ostsee sind Schutzmaßnahmen dem steigenden Meeresspiegel anzupassen. Die Landwirtschaft sollte sich auf zunehmende Trockenperioden und Starkregen vorbereiten und ihre Anbaumethoden grundlegend umgestalten. Wir brauchen regenerierte Landschaften, die eine starke Kühlfunktion wahrnehmen können und zugleich Bodenerosion verhindern. Trinkwasserreservoirs sind zu schonen und für künftige Generationen zu bewahren. Sollten sich Szenarien für einen erheblich beschleunigten Klimawandel bestätigen, ist die gesamte Infrastruktur unserer Gesellschaften schnell und grundlegend zu verändern.

Wir müssen den langfristigen sozialen Interessen Vorrang einräumen. Wirtschaftliches Wachstum zu Lasten der Lebenschancen zukünftiger Generationen zerstört die ökonomische Basis und richtet nicht bezahlbare Milliardenschäden an. Ungebremste globale Klimaveränderungen würden große Teile der Bevölkerung ins soziale Nichts stürzen und zwischen Arm und Reich in ungekanntem Ausmaß polarisieren, mit entsprechendem Konfliktpotential.

Wenn weite Teile von Afrika verwüsten, hält niemand die gigantischen Flüchtlingsströme auf. Als Linke sollten wir darüber nachdenken, ob nicht die reichen Staaten, um die Folgen der Klimaveränderungen in zahlreichen ärmeren Ländern abzdämpfen, auch einen erheblichen finanziellen und logistischen Beitrag leisten müssen. Schließlich tragen sie in hervorgehobener Weise Schuld an dieser Situation.

Die Berliner Republik kann ähnlich schnell verschwinden wie die Weimarer vor ihr. Wenn der heutige Kapitalismus scheitert, wird er neuartige totalitäre Gebilde hervorbringen. Gleichzeitig muss man aber sehen: Es gibt viele politische Instrumente vom Erneuerbare-Energien-Gesetz über ordnungspolitische Vorgaben etc., mit denen man die Gesellschaft in neue Bahnen lenken kann. Auch Instrumente, die eine antiplutokratischen Ordnung auf den Weg bringen würden, sind denkbar. Ob eine sozialökologische Volksbewegung zwischen 2020 und 2030 einen neuen Kurs erzwingt, hängt davon ab, ob sich im Laufe der Zeit dafür die geistigen Potenziale herausbilden. Neue gesellschaftliche Konstellationen entstehen in jedem Fall. Eine

Linke, die nur in eingefahrenen parlamentarischen Bahnen agiert, ist viel schwächer als eine Linke, die gesellschaftlichen Protest und Alternativen aktiv mitgestaltet. Darüber hinaus sind die Zielkonflikte dabei zu thematisieren.

Seit 2000 haben sich die globalen CO₂-Emissionen um rund 20 % erhöht. Setzt sich dieser Weg fort, wird vermutlich nur noch in Sibirien, Kanada und Alaska auf aufgetauten Arealen eine kleine Restzivilisation übrigbleiben. Wegen Übernutzung der Gebiete durch zu viele Menschen ist auch hier eine schwerwiegende Schädigung vorauszusehen, so daß die Übriggebliebenen in vorzivilisatorische Zeiten zurückfallen.

Wenn die Linke in dieser welthistorischen Herausforderung noch etwas zu Gunsten der Menschen gewinnen will, wird sie über ihre bisherigen Politikmuster hinauswachsen müssen. Laut Bundestagswahlprogramm will die Linke daß die Treibhausgasemissionen in den Industriestaaten gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 um 50 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 90 Prozent gesenkt werden. Diese Zielstellung setzt den Rahmen für alle anderen Politikbereiche. Ein grundlegender Kurswechsel ist am Ende jedoch nur möglich, wenn es gelingt den spekulativen „Casino-Kapitalismus“, der sich weitgehend von realwirtschaftlichen Prozessen abgekoppelt hat, durch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu überwinden.

Marko Ferst ist Mitglied im Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform, zuletzt veröffentlichte er den Band: Täuschungsmanöver Atomausstieg?

POLITIK

Das CDU-Programm und die Ökologie

Ralf Henrichs

Am 03. Dezember 2007 hat die CDU in Hannover ihr neues Programm „Freiheit und Sicherheit“ verabschiedet. Diese „Grundsätze für Deutschland“ gliedern sich in 366 Punkte.

Betrachtet man das Programm, sollte man annehmen, dass der Umweltschutz für die CDU eine herausragende Bedeutung einnimmt, wenn sie von der „Bewahrung der (göttlichen) Schöpfung“ spricht. (So in Pkt. 234: „Nach christlichem Verständnis sind Mensch, Natur und Umwelt Schöpfung Gottes.“ und in Pkt. 39: „Die Schöpfung ist bedroht.“) Dem widerspricht aber schon, dass in dem Umweltkapitel „Die Schöpfung und das Leben bewahren – Für eine lebenswerte Umwelt“ die Positionen der CDU zur Umwelt nachrangig behandelt werden - hinter denen zur Abtreibung,

Sterbehilfe und biomedizinischen Forschung.

Als Wirtschaftsmodell propagiert die CDU die soziale Marktwirtschaft (wobei hier nicht diskutiert werden soll, inwiefern das marktwirtschaftliche Modell der CDU noch sozial ist). Dieses Wirtschaftsmodell will die CDU auch exportieren, denn „wir sehen in freiheitlicher Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung und einer sozial verpflichtenden marktwirtschaftlichen Ordnung, die zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Diese Ziele sind Kernelemente unserer Entwicklungspolitik“ (Pkt. 366). Mit anderen Worten: Die Entwicklungshilfe für nicht-marktwirtschaftliche Staaten könnte demnach gestrichen werden.

Für die CDU ist „nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum“ auch unproblematisch, denn „wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz (widersprechen sich) nicht“. Die Rangordnung macht die CDU in Pkt. 237 deutlich: „Darüber hinaus ist ein effizienter und sparsamer Ressourceneinsatz auch zunehmend ein Kosten- und Standortvorteil. **Aus diesem Grund** setzen wir uns für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft ein.“ (*Hervorhebung vom Autor – d. Red.*) Der Kosten- und Standortvorteil stellt also das Oberziel dar.

In der Energiepolitik setzt die CDU weiterhin auf die Atomenergie. Selbst ein Neubau von Atomkraftwerken ist nicht auszuschließen, denn „auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden“ (Pkt. 248): Endlagerung, Atommülltransporte etc. sind für die CDU kein Thema. Selbst langfristig wird weiter auf Großkraftwerke gesetzt, denn die Forschung in „moderne saubere Kohle- und Gaskraftwerke ... wie ... im Bereich der Kernfusion“ soll ausgebaut werden (Pkt. 249). Natürlich soll der „Einsatz fossiler Energieträger ... so klimaneutral wie möglich“ gestaltet werden (Pkt. 245), doch ob es so kommt; überlässt die CDU dem Markt, denn sie fordert einen „funktionierenden Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt, ... (den) Abbau von Wettbewerbshemmnissen und .. den beschleunigten Ausbau einer frei zugänglichen Infrastruktur für den grenzüberschreitenden Strom- und Gasmarkt im Europäischen Wirtschaftsraum“ (Pkt. 250). Im Bereich der regenerativen Energieträger, die bis 2020 einen Anteil von mindestens 20 Prozent am Gesamtenergieverbrauch und bis 2050 von mindestens 50 % einnehmen sollen (Pkt. 247), will die CDU „die Entwicklungschancen der Windenergie im Offshorebereich sowie der Solar-, Bio- und Geothermie ... nutzen ... (und die) Technologien für die Energiespeicherung forcieren“ (Pkt. 246): Dabei ist bemerkenswert, dass die Windenergie im Onshorebereich sowie die Wasserkraft nicht erwähnt werden. Die Energieeinsparung findet keine Berücksichtigung, aber die Energieproduktivität soll bis 2020 im Vergleich zu 1990 verdoppelt werden. Explizit

erwähnt werden die „erheblichen Potenziale ... in der energetischen Gebäudesanierung“ (Pkt. 244): In der Klimapolitik setzt die CDU auf ein internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012, das „marktwirtschaftliche Anreize enthält“ und möglichst alle Länder einbindet (Pkt. 239). Dabei bekräftigt die CDU die Verpflichtung „den Ausstoß von Treibhausgasemissionen bis 2012 um 21 Prozent zu reduzieren“ (Pkt. 240, der Pleonasmus ist Original-CDU-Programm!). Bis 2020 sollen die „Treibhausgasemissionen um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990“ gesenkt werden, wobei auch die anderen Industrieländer ihre Emissionen weitgehend reduzieren sollen (Pkt. 240). Weitergehende Emissionsziele über 2020 hinaus finden sich im Programm nicht. Das Ziel „die Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal 2 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Ausgangssituation“ zu begrenzen (Pkt. 241), erwähnt die CDU. Als klimaschützende Maßnahme wird „der Handel mit Emissionsrechten ebenso wie der Technologietransfer in Entwicklungsländer“ genannt (Pkt. 241). Aber auch einen verstärkten Hochwasser- und Küstenschutz erwähnt die CDU (Pkt. 242). Von einer höheren Verpflichtung der Industrieländer oder auch von einer Verbesserung/Veränderung des Zertifikatshandels ist im CDU-Programm nichts zu lesen. Da die hohen Investitionen zum Ausbau der Infrastruktur im Verkehrsbereich von der öffentlichen Hand nach Ansicht der CDU nicht allein getragen werden können, „müssen im Sinne der Nachhaltigkeit rentable Möglichkeiten der privaten Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur intensiver als bisher genutzt werden“ (Pkt. 168), d. h. es werden PPP(Public Private Partnership)-Modelle angestrebt. Die Verringerung von Umweltbelastungen in allen Verkehrsbereichen und Reduzierung der Luftbelastung sollen ausschließlich mit technischen Maßnahmen wie „intelligente verkehrlenkende Maßnahmen, eine konsequente Senkung der Schadstoffgrenzwerte, die steuerliche Förderung schadstoffarmer Fahrzeuge“ (Pkt. 251) erreicht werden. Von Verkehrsreduzierung ist nicht die Rede. Gefordert wird zwar eine „Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs“ (Pkt. 251), aber der Öffentliche Personenfernverkehr sowie der gesamte Güterverkehr werden nicht erwähnt. Nur allgemein heißt es: „Im Hinblick auf eine umweltgerechte Verkehrsgestaltung kommt auch dem Schiffs- und Schienenverkehr eine wachsende Bedeutung zu“ (Pkt. 252). Der weißen, für medizinisch Zwecke gedachten, Gentechnik steht die CDU kritisch gegenüber. Zwar „tragen biomedizinische und gentechnische Forschung wesentlich zur Heilung von Krankheiten und Linderung von Leid bei“, aber „sie bergen auch zugleich Risiken: Wenn sich grenzenloser Erkenntnisdrang und gewissenlose Vermarktung verbinden, sind Schöpfung und Menschenwürde in Gefahr“ (Pkt. 40). Der grünen Gentechnik steht die CDU hingegen

weitaus unkritischer gegenüber. So kann diese „zukünftig einen wichtigen Beitrag sowohl zur Ernährungssicherung als auch zur Energiesicherheit leisten“. Zwar „muss die Frage der Sicherheit und Unbedenklichkeit“ gegenüber wirtschaftlichen Überlegungen Vorrang haben, aber „nach einer erfolgreichen Forschung soll auch die praktische Umsetzung in Deutschland zu neuen Produkten führen können“ (Pkt. 263). Eine Förderung des ökologischen Landbaus ist nicht vorgesehen, da die CDU „keinen Unterschied ... zwischen konventionellem und ökologischem Landbau“ machen will (Pkt. 259). Fazit: Auch wenn die CDU dem Umweltschutz als „Bewahrung der (göttlichen) Schöpfung“ eine formal äußerst hohe Bedeutung zumisst, rangiert er tatsächlich doch stets hinter den kapitalistischen Wirtschaftsinteressen.

Ralf Henrichs ist Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform in Nordrhein-Westfalen und auch bundesweit.

„Ökologische Industriepolitik“: Kritische Bemerkungen zu einer Broschüre des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Götz Brandt

Das Bundesumweltministerium (BMU) hatte bereits im Oktober 2006 ein „**Memorandum für einen ‚New Deal‘ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung**“ mit dem Titel „**Ökologische Industriepolitik**“ herausgegeben. Nunmehr liegt seit August 2008 eine erweiterte, präziserte und veränderte Fassung vor. Damit soll ein erneuter Impuls für eine Debatte gegeben werden. Zum Memorandum von 2006 hatten sich sowohl der BDI als auch der BUND geäußert.

Der BDI äußerte sich in einem **Diskussionspapier „Industriepolitik in der Marktwirtschaft“** vom 23.8.2007 zum Memorandum. „Die Vorschläge des BMU gehen grundsätzlich in die richtige Richtung, müssen sich aber am ordnungspolitischen Leitbild des BDI messen lassen.“ Eingriffe des Staates sind nicht notwendig, weil der wirtschaftliche Selbsterhaltungstrieb umwelt- und klimaschonende Produktionsverfahren, Technologien, Produkte und Dienstleistungen verursacht. Die Industrie wäre nicht Problemverursacher, sondern Problemlöser. Das BMU sollte deshalb nur Rahmenbedingungen setzen. Die lässt das BMU aber vermissen. Das BDI vertraut auf die „unsichtbare Hand des Marktes“ und lehnt deshalb eine interventionistische Industriepolitik ab und tritt für das „Primat privatwirtschaftlichen Handelns“ ein. Vom BDI war nichts anders zu erwarten. Die Auswirkungen der gegenwärtigen

Finanzkrise haben diesen Standpunkt etwas aufgeweicht. Der Staat wird doch von der Wirtschaft gebraucht, wenn es ihr schlecht geht.

Wenn ein Umweltministerium Industriepolitik machen will, dann muss es zwangsläufig mit den Widerständen des Wirtschaftsministeriums rechnen. Für Wirtschaftler bedeutet Ökologie Kostensteigerung, staatliche Restriktionen für die Produktion und die Produkte, internationale Wettbewerbsnachteile und Behinderungen in der Ausbeutung der Natur und des Menschen.

Deshalb wurde sicherlich auch in der neuen Ausgabe ein **neuer Untertitel** beigefügt, der mit „**Innovation, Wachstum und Beschäftigung**“ sicherlich zur Entschärfung der Streitschrift beitragen sollte. Das sind nämlich Ziele, die auch das Wirtschaftsministerium verfolgt. Es wird damit eine Einheit in den Zielen der Wirtschaftspolitik unterstellt, die die ökologischen Hauptprobleme ausspart. Der „nachhaltige Entwicklungspfad“ ... „hin zu mehr Wachstum und Beschäftigung“ ... mit „neuer Prosperitätskonstellation“ wird in den Detailforderungen nicht sichtbar.

Mit den „präsentierten Instrumenten“ soll ein „Umbau der Industriegesellschaft“ erzielt werden, der kein „Abbau“ sein soll, sondern es sollen durch den Umbau „mehr Wachstum und Beschäftigung“ kommen. Wie mehr Wachstum mit Ökologie einhergehen kann, darauf erfolgt keine Antwort.

Der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre wird die gegenwärtige Klima- und Energiekrise in ihrer Bedeutung gleichgestellt. Nur fehle heute ein F. D. Roosevelt, der mit einem „New Deal“ die „schlimmen Verwerfungen einhegen“ kann. Das BMU befürchtet eine Weltklimakrise und Weltwirtschaftskrise, wenn wir die Entwicklungen nicht in den Griff bekommen. Dabei soll die vorgeschlagene „Ökologische Industriepolitik“ keine neue Ideologie sein, sondern ein „Policy-Mix“ pragmatischer Maßnahmen.

Es gibt in der Broschüre auch nicht die „konkrete Antwort auf die großen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit“, wie versprochen wird. Eine der Herausforderungen ist bekanntlich das absehbare Ende der Rohstoffressourcen. Nachlassende Fördermengen, Preissteigerungen bei den Rohstoffen und Knappheit gibt es schon heute. Die Antwort des BMU auf diese Herausforderung, das Ende der Rohstoffe mit dem Ausweichen auf erneuerbare nachwachsende Rohstoffe (Nahrungsproduktionsflächen) hinauszuschieben, ignoriert den Umfang und die Bedeutung dieses Problems. Eine Senkung des Rohstoffverbrauchs um 80 %, wie es zahlreiche Ökonomen und Ökologen verlangen, wird erst gar nicht in die Broschüre aufgenommen. Das wird nicht zum Streitthema gemacht, weil dann nämlich die gesamte Industriestruktur umgekrempelt werden müsste, was auf keinen Fall den Beifall des Wirtschaftsministeriums und der Wirtschaft finden würde.

Auch das große Thema, wie wir in 10 Jahren (wie Al Gore es für die USA gefordert hat) zu einer

Stromversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Energien kommen könnten, wird ausgeblendet und nur ein Weiteres mit dem EEG und EEWG gefordert.

Die Mitarbeiter des BMU haben zwar in einer Fleißarbeit alle möglichen industriepolitische Maßnahmen aufgelistet, um die Front zum Wirtschaftsministerium aufzureißen, aber nach der Methode „wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Geködert wird das Wirtschaftsministerium mit einem neuen Wachstumsschub. Der wird aber nur realisiert, wenn dabei auch die Profite steigen. Das ist mit noch so ausgefeilten End-of-pipe-Technologien aber nicht automatisch der Fall. Technologien, die auf die Umwelt keine Rücksicht nehmen, sind immer noch rentabler.

Nach dieser allgemeinen Einschätzung einige Bemerkungen zu Einzelproblemen.

In **Teil 1 „Ökologie ist die Ökonomie des 21. Jahrhunderts“** wird uns weisgemacht, dass die Ökologie die Ökonomie unserer Zeit sein solle. Allen Lesern wird bekannt sein, dass bei der heutigen kapitalistischen Industrieproduktion Ökologie und Ökonomie Gegensätze sind und sich nicht gegenseitig ersetzen können. Es kann zwar eine ökologische Ökonomie geben, aber die Ökonomie kann die Ökonomie nicht ersetzen. Welchen Sinn hat diese Begriffsverwirrung?

Im Text heißt es: „Niemand kann ein Interesse am Klimawandel und am Raubbau an unserer Natur haben.“, es wird aber nicht gefragt, wer ein Desinteresse daran hat und wer diese Fakten ignoriert oder kleinredet, nämlich die Wirtschaft und auch die Regierung.

Es wird postuliert, dass auf Wohlstand und Mobilität nicht verzichtet werden kann und beklagt, dass der umweltverträgliche „Volks-Wagen“ fehlt. Warum kommt hier nicht die Forderung nach einer Großserienproduktion von Elektroautos, wenigstens für den Stadtverkehr? Da wird tatsächlich die vergangene Internationale Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt/Main als „Grüne Woche“ mit Einsicht der Automobilkonzerne in Umweltzielstellungen gewertet. Dabei müsste dem BMU doch bekannt sein, dass alle spektakulären Ankündigungen von Elektro-, Hybrid- und Wasserstoffautos nur Werbekampagnen ohne folgende Massenproduktion sind. Da gibt es keine „Einsicht“. Bis 2030 werden nach dem Willen der Autoindustrie Verbrennungsmotoren gebaut. Bis dahin reichen auch noch die Erdölvorräte.

Es werden „umweltverträgliche Technologien“ gefordert. Aber End-of-pipe-Technologien reichen nicht aus, um zukünftige Katastrophen zu verhindern. Bisher ist die Abkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch noch nicht gelungen und nur wenige, nicht ausreichende, Beispiele können vorgewiesen werden. Umweltverträgliche Technologien durchzusetzen, bedeutet Stilllegung vieler Werke.

Die Nanotechnologie zu den „grünen Leitmärkten“ zu zählen, ist abenteuerlich. Die von der Nanotechnologie ausgehenden Gefahren für Natur und

Mensch sind nicht ausreichend erforscht, und es gilt die vorausschauende Verantwortung, besonders für das BMU.

Beim Fahrzeugbau prognostiziert das BMU bis 2030 eine Verdopplung der Produktion und beim Maschinenbau eine Steigerung um 70 %. Wie soll da der Material- und Energieverbrauch sinken? Es wird nicht erklärt, warum die Umwelttechnik so viel langsamer wächst.

Das BMU schlägt vor, „die externen Kosten endlich zu internalisieren“. Dass das aus Wettbewerbsgründen nur international zu regeln geht, darüber schweigt das BMU.

Das Sparen von Ressourcen soll durch eine „effizientere Verstromung fossiler Brennstoffe“ erreicht werden. Dabei ist doch bekannt, dass der Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken nur noch marginal gesteigert werden kann und die geplante Kohlendioxidabscheidung, wenn sie denn 2020 praxisreif wird, den Wirkungsgrad um 10 bis 15 % verringert und die Kraftwerksinvestitionen verdoppelt.

Wie die zukünftig umgestellten Produktionsstrukturen „sozialverträglich gestaltet“ werden können, darauf bleibt das BMU auch eine Antwort schuldig.

Im **Teil 2, „Prinzipien einer ökologischen Industriepolitik“**, wird der Markt vom BMU richtig eingeschätzt. Der Markt hat die Herausforderungen „nur unzureichend antizipiert“ (vorweggenommen) und reagiert aber zunehmend auf veränderte Realitäten. Der Anstieg der Rohstoffpreise führt jedoch nicht zur grundlegenden Umstellung der Produktionsprozesse und Konsumgewohnheiten, wird vom BMU erkannt. Die Marktsignale werden nicht wahrgenommen, der Markt bleibt „lethargisch“. Er reagiert nicht auf Rohstoffpreissignale. Daraus folgert das BMU, dass wir uns marktgesteuerte Anpassungsprozesse unter ökologischen Gesichtspunkten nicht leisten können. Da der Markt allein die Probleme beim Schutz der Natur nicht lösen kann, muss die Politik „einen Beitrag leisten“ mit Zielsetzungen und Rahmenbedingungen. Das bisherige Markt- und Staatsversagen mit „wahren Preisen“ im globalen Konkurrenzkampf zu korrigieren, kann nicht gelingen, weil es international zu solchen Absprachen nicht kommen wird. Wozu solche rhetorischen Vorschläge? Auch der Hinweis, dass die Verbraucher ihre Marktmacht klug nutzen sollten und nur Ökoprodukte kaufen sollten, geht an der Marktmacht der Werbung und der mangelnden Information der Käufer vorbei. Das hat bisher nicht funktioniert und wird sich auch kaum ändern.

Im „Spannungsfeld zwischen Markt- und Staatsversagen“ durch eine „kluge Umweltpolitik“ einen „programmatischen Weg zu finden“ wird dem BMU mit den gemachten Vorschlägen wohl kaum gelingen.

Die ökologische Industriepolitik will vor allem die Märkte der Umwelttechnikunternehmen profilieren. Deren Marktanteil soll von heute 4 % bis zum Jahr 2030 auf 16 % anwachsen.

Im **Teil 3 „Ökologische Industriepolitik – Wachstumspolitik für eine nachhaltige Zukunft“** wird die Wachstumspolitik aus BMU-Sicht erläutert. Ei-

gentlich müsste hier eine Stellungnahme zum Wirtschaftswachstum stehen, die klarlegt, dass Wachstum Gift für die Natur und den Ressourcenschutz ist.

Zuerst werden die Energieziele der Bundesregierung ohne Kommentar genannt. Wie bis 2020 die Treibhausgas-Emissionen um 40 % gesenkt werden sollen, wenn gleichzeitig die Bundesregierung dem Bau von über 20 neuen Kohlekraftwerken zustimmt, wird gar nicht erst thematisiert. Hier müsste doch die Forderung nach einem Verbot des Neubaus von Kohlekraftwerken stehen oder wenigstens die Forderung nach einem Moratorium, bis die CCS-Technologie praxisreif ist und zur Norm wird.

Wie im Wärmebereich 14 % erneuerbare Energie erreicht werden können ohne Ausdehnung der Pflicht auch für Altbauten, auch dazu gibt es keine Ausführungen.

24 % Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung innerhalb von 12 Jahren zu erreichen, sind eine utopische Vorstellung, wenn das gegenwärtige Tempo bedacht wird.

Noch abenteuerlicher erscheint die Forderung, die Energieproduktivität in 30 Jahren (Basisjahr 1990) zu verdoppeln. Was wurde denn in den vergangenen 18 Jahren erreicht?

Ebenso ist die Forderung, innerhalb von 26 Jahren (1994 bis 2020) die Rohstoffproduktivität zu verdoppeln, eine Forderung, die die tatsächliche Entwicklung in den letzten 14 Jahren außer Acht lässt. Alle hier gemachten Vorschläge bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum zu realisieren, geht an der industriellen Wirklichkeit vorbei.

Emissionsrechte haben bisher nur den Effekt der Preissteigerung und der Maximalprofite (jährlich 5 Mrd. € zusätzlich für die Energiekonzerne) gebracht. Eine Ökosteuer wird in der Regel auf die Verbraucher umgelegt, und wenn diese Wasser oder Strom einsparen, dann werden die Preise erhöht wegen der Umverteilung der Fixkosten auf einen geringeren Absatz. Das sind Vorschläge, die wenig Erfolg versprechen. Der Abbau „umweltschädlicher Subventionen“, wie der Eigenheimzulage oder der Flugzeugbenzin-Steuerfreistellung wird ebenfalls kaum Wachstum initiieren. Besser sind da schon die Vorschläge, für Umwelttechnik Sonderabschreibungen zuzulassen und die Mehrwertsteuer ökologisch zu spreizen. Auch das Dienstwagenprivileg soll etwas beschnitten werden. Ebenso wären Kernbrennstoffe zu besteuern. Das sind gute Vorschläge, denen das Wirtschaftsministerium nicht folgen wird.

Ob allerdings der Umbau der Agrarförderung in der EU mit 40 Mrd. € jährlich bei den steigenden Weltmarktpreisen für Agrarprodukte in Richtung auf spezifische Förderung von Maßnahmen mit positivem Effekt auf Natur und Umwelt erfolgen kann und die unspezifische Förderung weitgehend abgeschafft werden kann, das bedarf einer fachlichen Prüfung durch Landwirtschaftsexperten. Die Preise für die Produktionsmittel der Agrarbetriebe steigen nämlich noch schneller als die für die landwirt-

schaftlichen Produkte. Erstaunlich ist, dass bei den großen Umweltproblemen, die die industrielle Landwirtschaft verursacht, keine Förderung der biologischen Landwirtschaft gefordert wird.

Im Abschnitt **3.1 „Ökonomische Instrumente stärken“** wird vorgeschlagen, über Steuern und Abgaben den Preismechanismus zu nutzen. Dem wird eine Schlüsselrolle zudedacht. Wohingegen Verbote, Gebote und Grenzwerte im Ordnungsrecht als zweitrangig eingestuft werden. Über Aufschläge sollen die externen Kosten „eingepreist“ werden. Das ist ein Vorschlag, der bei dem eingeschränkten Handlungsspielraum der nationalen Regierungen und der internationalen Standortkonkurrenz sehr stark eingeschränkt wird, wie auch das BMU erkennt.

In **3.2 „Investitionen anreizen“** sorgt sich das BMU um die Erneuerung des Produktionsmittelparkes. Die Nettoinvestitionsquote sinkt nämlich in Deutschland seit Jahrzehnten und liegt im internationalen Vergleich niedrig. Vor allem sollen die Investitionen auf die Substitution von fossilen Brennstoffen durch erneuerbare oder nachwachsende gelenkt werden. Die Industrie folgt aber diesen Empfehlungen trotz „Meseberger Programm“ nicht. Sie investiert in Braunkohletagebaue und Kohlekraftwerke. Warum werden diese Fehlinvestitionen nicht genannt und vertuefelt?

Im Abschnitt **3.3 „Finanzierung erleichtern“** wird für die klein- und mittelständischen Betriebe der Umweltbranche eine erleichterte Kreditvergabe verlangt. Es gibt kaum Hilfe bei Unternehmensgründungen. Die Banken zeigen nur eine mangelhafte Risikobereitschaft. Deshalb wird ein „GreenTech-Fonds“ gefordert.

Im Abschnitt **3.4 „Ordnungsrecht nutzen“** wird die Nutzung des Ordnungsrechts als klassisches umweltpolitisches Instrument behandelt. Das Ordnungsrecht soll stärker genutzt werden. Gefordert werden mehr Gebote, Verbote und Grenzwerte sowie die Einwirkung der Politik auf die Technologieentwicklung. Bisher veranlasste strikte Umweltpolitik die Unternehmen zu Qualitätsverbesserungen, Effizienzsteigerungen und Innovationen. Allerdings steht heute eine internationale Einigung im Vordergrund, oft wird nur der kleinste gemeinsame Nenner Grundlage von Vereinbarungen, wenn sie denn überhaupt zustande kommen. Das EE-Wärmegesetz gilt nur für Neubauten zwingend. Das reicht bei Weitem nicht aus, um den Gas- und Ölverbrauch in großem Umfange zu senken. Da hätte man doch eine weitergehende Gesetzesänderung zum Vorschlag bringen müssen. Auch bei den PKW-Abgasen wird um prozentuale Verringerungen gerungen, aber nicht ein Nullwert und Elektroautos verlangt. Das ist alles sehr halbherzig.

Sich Hoffnungen auf die Biokraftstoffe der 2. Generation zu machen, noch dazu bei nachhaltigem Anbau der Pflanzen, kann doch nur in weiter Ferne liegen.

Auch dass man die Steuerbefreiungen der energieintensiven Betriebe kritisiert, ist zwar richtig, würde

aber nur zum Abwandern dieser Branchen aus Wettbewerbsgründen ins Ausland fördern, wo es diese Steuern nicht gibt. Deshalb wird auch nur die zwingende Einführung von Energiemanagementsystemen gefordert.

Für das Energie-Contracting wird mehr Rechtssicherheit gefordert, was eine notwendige Forderung darstellt.

Die in den letzten Jahren bei 66 % stagnierende Abfall-Verwertungsquote soll erhöht werden, aber wie?

Im Abschnitt **3.5 „Benchmarks transparent machen, Labels und Top-Runner etablieren“** geht es um das Transparentmachen von Benchmarks, die Etablierung von Labels und Förderung von Top-Runnern, wie es die Japaner vormachen. Der Staat soll Vorgaben machen und die Nachfragemacht der Verbraucher soll durch Information gestärkt werden.

Im Kapitel **3.6 „Markteinführungsprogramme nutzen und ausbauen“** geht es um die Nutzung und den Ausbau von Markteinführungsprogrammen. Für die Umstellung auf erneuerbare Wärmeenergie wird eine Erhöhung der staatlichen Förderung von 350 auf 400 Mio. € gefordert. Bei der Brisanz dieses Themas dürfte das ein Witz sein.

Die Markteinführung höchst effizienter Endgeräte soll durch Stromrechnungsgutschriften unterstützt werden, sicherlich eine notwendige Maßnahme. Die Elektromobilität soll 2008 durch einen Feldversuch mit Plug-in-Hybrid-Fahrzeugen (50 km elektrisch, danach fossil) unterstützt werden. Feldversuche mit Elektrofahrzeugen gab es bereits in den vergangenen Jahren, was ist also neu? In Arbeit ist ein „Nationaler Entwicklungsplan Elektromobilität“.

Im Abschnitt **3.7 „Mit einem Investitions- und Beschaffungspakt Kräfte bündeln“** wird vorgeschlagen, mit einem Investitions- und Beschaffungspakt der öffentlichen Hand Kräfte zu bündeln. Ein umweltorientiertes Beschaffungswesen soll nur umweltfreundliche Produkte kaufen. Warum wurde das nicht schon längst realisiert?

Der Abschnitt **3.8 „Bildung und Ausbildung verbessern“** befasst sich mit der sicherlich notwendigen Verbesserung von Bildung und Ausbildung auf dem Gebiet der Umwelt.

Letztlich wird im Abschnitt **3.9 Forschungsförderung konzentrieren, Leuchttürme schaffen“** die Konzentration der Forschungsförderung vorgeschlagen, indem „Leuchttürme“ geschaffen werden. Offensichtlich reichen die Mittel nicht für eine breite Förderung aller Erfolg versprechenden Forschungsvorhaben. Da könnte doch vorgeschlagen werden, die Mittel für die Atomforschung umzuleiten!

Der Abschnitt **3.10 „Exportinitiativen und Außenhandel intensivieren“** will durch Exportinitiativen den Außenhandel intensivieren, was gewiss den Beifall des Wirtschaftsministeriums finden wird. Im „**Ausblick: Weichen für einen neuen Wachstumsschub stellen**“ wird behauptet, dass die „konkrete Antwort auf die großen ökonomischen

und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit“ eine ökologische Industriepolitik ist, die eine Modernisierungsstrategie im Sinne einer nachhaltigen Produktion und Entwicklung zum Ziel hat, sowie den Ersatz von endlichen Rohstoffen durch nachwachsende und den Umstieg auf erneuerbare Energien.

Der Beitrag zu einem „umweltverträglichen Wirtschaften“, der in dieser Broschüre geleistet wird, ist ungenügend und halbherzig, nimmt auf die Industrie als eigentlichen Verursacher der kommenden Umweltkatastrophen viel zu viel Rücksicht, und die „Debatte über konkrete Maßnahmen“ muss tatsächlich noch viel weiter vorangetrieben werden, sonst bleibt die „nachhaltige Gesellschaft und eine neue Prosperitätskonstellation“ ein weit entfernter Traum.

Aufgabe des BMU ist die kompromisslose Analyse der Umweltsituation und sich daraus ergebende Vorschläge zu machen. Diese Aufgabe wird nicht erfüllt. **Das BMU ist mit dieser Broschüre eher ein Teil des Umweltproblems geworden.** Die Märkte der Zukunft werden damit nicht „grün“, sondern eher schwarz.

PS: Man erhält den Eindruck, dass die Redakteure dieser Broschüre der deutschen Sprache nicht mehr vollkommen mächtig sind. Die Verwendung englischer Vokabeln ist nicht notwendig. Es gibt auch deutsche Ausdrücke für: Policy-Mix, Maßnahmeneset, Goods fördern, Bads verteuern, green-Tech, Seed-Unternehmen, Start-up-Unternehmen, Seedphase, GreenTech-Dax, Energie-Contracting, Benchmark, Energielabel, Top-Runner, Footprint, Öko-Design, Performance-Standard, Plug-in-Hybrid-Fahrzeug, Jobstarter-Programm, Urban-Mining, Policy-Export, German-Water-Partnership, best-practice, Capacity-Building-Projekt.

ENERGIE

Wie viele Braunkohletagebaue in der Lausitz brauchen wir?

Damian Arikas

Der Braunkohletagebau steht immer wieder in der Diskussion. Befürworter behaupten gerne, dass es sich bei den Gegnern des Tagebaus um eine Handvoll Ökos handelt, die ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze argumentiert und kein realistisches Energiekonzept hat. Warum das Gegenteil der Fall ist und warum alle Brandenburger das vom 10.10.08 bis 09.02.09 laufende Volksbegehren gegen neue Tagebaue unterstützen sollten, wollen wir anhand einiger Fakten klären.

Der Braunkohletagebau hat eine lange Tradition in Brandenburg. Zu DDR-Zeiten arbeiteten ca. 75 000 Menschen im Tagebau. Nach der Wende wurde der Kohleabbau von der schwedischen Firma Vattenfall Europe Mining weiterbetrieben. Heute sind bei Vattenfall noch ca. 4 190 direkt Beschäftigte (Prognos, Oktober 2008) im Braunkohlebereich tätig.

Unter den zur Verfügung stehenden fossilen Energieträgern ist die Braunkohle am energieärmsten und setzt die größten Mengen an CO₂ frei (950 g CO₂/kWh). Sie gilt daher als extrem klimaschädlich. Die Tatsache, dass internationale Klimaziele mit der Braunkohle nicht einzuhalten sind ist bekannt, auch bei den Energiekonzernen wird an dem Problem der CO₂-Emission seit langem gearbeitet. Die Antwort der Industrie heißt CCS, eine Technologie, mit der ein großer Teil des CO₂ im Verbrennungsprozess isoliert und in flüssiger Form in unterirdischen Endlagern gespeichert werden soll.

In dem Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgeabschätzung zur „CO₂-Abscheidung und -Lagerung bei Kraftwerken“ vom Juli 2008 wird dem Oxyfuel-Verfahren ein „hoher Energieverbrauch“ bescheinigt. Darüber hinaus sei allen CCS-Verfahren gemein, „einen zusätzlichen Brennstoffbedarf von bis zu 40 % zur Folge“ zu haben. Das heißt, um die gleiche Menge Strom zu produzieren, müsste die Braunkohleförderung um 40 % erhöht werden. Ob die Serienreife dieser Technologie jemals erreicht wird, hängt zudem von Forschungsergebnissen in zehn bis fünfzehn Jahren ab. Auch der Transport und die Endlagerung des flüssigen CO₂ sind ein ungelöstes Problem. Experten wie Prof. Dr. Rolf Kreibich vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin bezweifeln, dass es möglich sein wird, für die anfallenden Mengen CO₂ in Deutschland ausreichende Endlager zu finden. Mit massivem Widerstand in Politik und Zivilbevölkerung ist dabei ebenfalls zu rechnen. Der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), sagte am 29.10.08 im RBB, sein Land „sei nicht bereit, verflüssigtes Kohlendioxid aus Brandenburg in großen Mengen unterirdisch zu lagern“. Ob das Gas über einen längeren Zeitraum aber auch wirklich unter der Erde bleibt ist bisher noch nicht wissenschaftlich bewiesen. Diese Unwägbarkeiten und ihre Folgen werden von Vattenfall jedoch stets verschwiegen oder heruntergespielt. Für den Fall, dass die CCS-Technik nicht zum Einsatz kommen kann, sagte der Konzerchef Lars Göran Josefsson am 12.04.07 in der Zeit: „Dann haben wir ein echtes Problem. Dann müssen wir die Dämme höher bauen.“

Eine weitere Hürde für die Braunkohleindustrie ist die neue Auflage des Emissionshandelsgesetzes, das auf europäischer Ebene im Jahr 2013 eingeführt wird. Die EU beabsichtigt, die Zertifikate für CO₂-Emissionen stark zu verteuern, um globale Klimaschutzabkommen einhalten zu können. Daher ist es absehbar, dass der Handel mit den CO₂-

Zertifikaten den Braunkohlestrom unwirtschaftlich macht. Ob die CCS-Technik daran etwas ändern kann, falls sie jemals die Serienreife erlangt, ist schon deshalb fraglich, weil sie große Kosten für neue Kraftwerke, höhere Brennstoffmengen sowie den Transport und die Endlagerung des CO₂ verursachen würde. Diese Unsicherheiten lassen den langfristigen Bestand der Arbeitsplätze in der Lausitzer Braunkohlewirtschaft in einem anderen Licht erscheinen.

Für den Tagebau werden große Mengen Wasser benötigt. Derzeit pumpt der aktive Braunkohlebergbau in der Lausitz mit 230 Mio. Kubikmetern pro Jahr mehr Grundwasser ab als alle anderen Nutzer zusammen (160 Mio.). Im ohnehin niederschlagsarmen Brandenburg ist die Höhe des Grundwasserspiegels aber entscheidend für die Zukunft der Land- und Forstwirtschaft. Experten wie Heiko Sonntag vom Regierungspräsidium Dresden kritisieren als Folge des Bergbaus auch eine Versalzung der Flüsse mit Sulfat. Dies hat besonders für die Trinkwassergewinnung Berlins und Brandenburgs große Auswirkungen. Die Überschreitung des zulässigen Grenzwertes von 240 mg Sulfat pro Liter ist schon heute problematisch, eine technische Lösung zur industriellen Reinigung des Wassers gibt es bisher nicht.

Der Abbau von Braunkohle erfordert gewaltige Eingriffe in die Landschaft. Für die Gewinnung einer Tonne Kohle müssen bis zu 11 Tonnen Erdreich abgebaggert werden. Menschen in den betroffenen Regionen müssen umgesiedelt werden, Dörfer verschwinden von der Landkarte (in der Lausitz wurden seit 1922 136 Dörfer umgesiedelt, 54 weitere Siedlungen stehen auf den wirtschaftlich gewinnbaren Reserven). Abgesehen von der Zerstörung von Naturschutzgebieten, gewachsenen Landschaften und Kulturräumen gibt es bis heute keine Untersuchung darüber, wie viele Arbeitsplätze in Land- und Forstwirtschaft, produzierendem Gewerbe und Tourismus durch das Abbaggern vernichtet werden.

Die bestehenden Abbaugelände würden aber nach Berechnungen des BUND auch ohne neue Tagebaue bis zum Jahr 2040 ausreichen. Aus diesem Grund vertreten die Initiatoren des Volksbegehrens „Gegen neue Tagebaue“ die Auffassung, dass neue Abbaugelände weder wirtschaftlich noch umweltpolitisch sinnvoll seien. Es reiche völlig aus, die bestehenden Gebiete bis zum Ende abzubauen. Dies wäre ohne die Gefährdung von heutigen Arbeitsplätzen möglich. „Aufgabe von Politik und Energiewirtschaft ist es, in die Zukunft zu denken und in den nächsten 32 Jahren bis zum Ende der Braunkohleförderung eine wirtschaftlich und umweltverträglich zukunftsfähige Energieversorgung aufzubauen“, sagt Axel Kruschat, Geschäftsführer des BUND Brandenburg. Dieses Ziel ist für das Land Brandenburg schon in naher Zukunft erreichbar. 53 % der hier erzeugten Strommenge wurden 2004 exportiert. Bei einem vorgesehenen Anteil der erneuerbaren Energien am Brandenburger Stromhaushalt von 34 % für 2020 könnte demnach schon

in zwölf Jahren fast der gesamte Strombedarf Brandenburgs aus erneuerbaren Energien bezogen werden. Eine zusätzliche Steigerung der Stromproduktion mit Braunkohle macht also nur dann Sinn, wenn der überschüssige Strom von Vattenfall gewinnbringend in andere Länder verkauft wird. Warum Brandenburg dafür die Rechnung zahlen soll bleibt offen.

Infos: www.keine-neuen-tagebaue.de

Hintergrund zum Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“

Christian Rehmer

Das Volksbegehren "Keine neuen Tagebaue" wird von einem breiten Bündnis getragen. Es besteht aus Umweltverbänden wie dem BUND, dem NABU und der Grünen Liga. Auch die beiden Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE waren von Anfang an aktiv dabei. Weitere kleinere Organisationen gehören zum aktiven Kreis. Das Bündnis eint die Überzeugung, dass die klimafeindliche Braunkohleverstromung vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels nicht dauerhaft weiter so betrieben werden kann wie bisher. Daher schlossen sich die Organisationen im Sommer 2007 zusammen.

Gestartet ist das Bündnis mit der Volksinitiative "Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik". Hierbei wurden vom Oktober 2007 bis Mai 2008 landesweit 26 574 Unterschriften gesammelt. Dadurch konnte die Hürde (von 20.000 Unterschriften) für eine erfolgreiche Volksinitiative genommen werden. Nachdem CDU und SPD die Volksinitiative am 10. Juli 2008 mit ihrer Landtagsmehrheit abwiesen, war der Weg für das Volksbegehren frei.

Bei diesem müssen sich nun vom 10. Oktober 2008 bis zum 9. Februar 2009 80 000 Brandenburgerinnen und Brandenburger auf den Einwohnermeldeämtern eintragen, damit es erfolgreich ist.

Das Volksbegehren hat nicht nur einen wichtigen fachpolitischen Hintergrund, es zeigt auch, welche neuen Bündnisse der Wunsch zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik schmieden kann. So ist DIE LINKE. Brandenburg positives Beispiel für alle anderen Landesverbände.

Christian Rehmer ist Mitarbeiter der agrarpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Dr. Kirsten Tackmann.

Brandenburgs Zukunft sinnvoll gestalten statt Politik für Konzerngewinne

Interview mit Thomas Nord, Vorsitzender der LINKEN Brandenburg

Die LINKE hat sich zum Bündnis gegen die Braunkohle bekannt. Warum?

Es ist kein Bündnis gegen Braunkohle. Es ist eine Volksinitiative gegen den Aufschluss neuer Tagebaue und für eine zukunftsfähige Energiepolitik. Dieser Teil wird häufig weggelassen, ist aber ein wichtiger Bestandteil, weshalb wir das Projekt unterstützen. Wir wollen Brandenburgs Zukunft sinnvoll gestalten, die Dörfer retten, Klima sowie Umwelt schützen und Landespolitik nicht zum – wahrscheinlich auch noch untauglichen - Hilfsmittel für die Sicherung von Gewinnen großer Stromkonzerne machen. Die Volksinitiative ist im Übrigen in der Lausitzer Region entstanden. Wir haben sie nicht erfunden. Oft wird praktisch so getan, als würde das Volksbegehren verschwinden, wenn DIE LINKE aussteigt. Das ist ein schwerer Irrtum, weil sich eben nicht nur die lokalen Betroffenen organisiert haben, sondern weil sich auch Umweltverbände und die Grünen eingebracht haben.

Wie schätzen Sie die Chancen des Volksbegehrens ein? Glauben Sie an die notwendigen 80 000 Unterschriften?

Ich kann zwei Argumente sagen, warum ich daran glaube. Erstens, weil in Brandenburg nach Umfragen eine Mehrheit, d. h. 61 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für den mittelfristigen Ausstieg und zwölf Prozent der Bürger für den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung sind. Das allein sind hochgerechnet rund 250 000 Brandenburger. Zweitens haben wir vier Monate Zeit. Unsere Kampagne steht, wir werden mit einer professionellen Agentur arbeiten, wir haben entsprechende Mittel und wir haben einen hauptamtlichen Koordinator. Ich denke, wir sind gut aufgestellt!

Welche Alternativen sehen Sie, um eine sichere Stromversorgung zu sichern?

Wir gehen davon aus, dass mit den vorhandenen und genehmigten Tagebauen der Weiterbetrieb der bestehenden Kraftwerke noch zirka 20 bis 30 Jahre möglich ist. Das halten wir für eine vernünftige Zeit, um Alternativen vor allem auch für die jetzt noch in der Braunkohleverstromung Beschäftigten aufzubauen. Möglichkeiten dafür gibt es und benötigen eine politische Lobby. Im Übrigen glaube ich sogar, dass wir nicht mal mehr so viel Zeit haben. Der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments hat vor kurzem beschlossen, dass die Zertifikate für

den CO₂-Ausstoß komplett versteigert werden müssen, dass es keine Ausnahme für die Kohlekraftwerke geben wird. Lassen Sie das Zertifikat mal 50 Euro pro Tonne CO₂ kosten – bis zu 80 € werden für möglich gehalten. Nur für das Kraftwerk Jänschwalde z. B. heißt das 25 Millionen mal 50 – da kann sich jeder ausrechnen, was das für einen finanziellen Verlust für Vattenfall bedeuten würde. Und dieser Verlust kann nach dem Willen der EU schon ab dem Jahre 2013 eintreten.

Aber Vattenfall investiert in großem Umfang in der Lausitz und setzt – wie auch die Landesregierung - auf neue Technik, die den Kohlendioxid-Ausstoß verringern soll.

Das mag ja aller Ehren wert sein, aber der Knackpunkt ist doch, dass niemand weiß, ob und wann diese Technologie je funktionieren wird und wie viel ihr Einsatz dann den Konzern kostet. Fest steht aber bereits jetzt, dass jede Tonne CO₂ teuer werden wird. Und das schon sehr bald, nämlich zehn Jahre, bevor die Technologie zur CO₂-Abscheidung überhaupt einsatzfähig sein soll. Was passiert, wenn ein Konzern plötzlich mit dem, was er produziert, keinen Gewinn mehr macht? Das kann man in diesem Land leider oft genug besichtigen. Ich wünsche mir das nicht, das sage ich hier ausdrücklich. Ich glaube aber nicht, dass der schwedische Staat für Verluste eintritt. Die Alternative wäre eine unglaubliche Erhöhung der Preise, was ebenfalls die Wettbewerbsfähigkeit von Braunkohlestrom auf Null senken kann.

Das heißt, die Landesregierung setzt auf das Prinzip Hoffnung?

In einer politischen Auseinandersetzung, wo die Bundesregierung sagt, bis 2050 werden wir als Bundesrepublik aus der Braunkohleverstromung de facto aussteigen und eine entsprechende Politik auf EU-Ebene verfolgt, kann man als Landesregierung nicht so tun, als wenn das auf Brandenburg alles nicht zutrifft. Das Problem ist doch, wie die Landespolitik in dieser Situation agiert und reagiert. Ich finde, man darf den Lausitzern keinen Sand in die Augen streuen. Man muss den Menschen sagen, was da auf sie zurollt. Wenn dann die verantwortlichen Politiker - wie im Landtag geschehen - den Dialog verweigern, sind solche Reaktionen wie diese Volksinitiative zwingend notwendig. Dieser politische Gegendruck muss stattfinden, um deutlich zu machen, dass man so mit einer Region und den Leuten nicht umgehen darf. Auch um politischen Raum für eine Debatte über die Gestaltung von Alternativen beim unvermeidlichen Strukturwandel in der Region zu schaffen.

Quelle:
www.die-linke.brandenburg.de

Nach der Moorburg-Entscheidung. Ein Kommentar

Heike Rocks, Jürgen Stoppel

Nach der Moorburg-Entscheidung. Ein Kommentar

Heike Rocks, Jürgen Stoppel

Die Würfel sind gefallen: Moorburg wird genehmigt, und die Grünen werden die schwarz-grüne „Ehe“ fortsetzen. Grüne: „Wir haben diese Schlacht leider verloren.“ Im Focus stand/steht vielfach die Frage, ob es zu einem Bruch der Koalition aus CDU und GAL im Hamburger Rathaus kommt. Diese Frage ist aus unserer Sicht jedoch nicht die entscheidende. Worauf es gerade jetzt ankommt, ist, zu analysieren, was die Genehmigung für Moorburg und damit der Bau des Kohlekraftwerks (und die beschlossene Elbvertiefung) für die sich abzeichnende klimatische Entwicklung bedeuten.

Aus einer Hörfunkmeldung (NDR Info) vom 09.10.2008: „Der Klimawandel verläuft noch dramatischer als befürchtet. Der Meeresspiegel werde bis Ende des Jahrhunderts um einen Meter ansteigen“, sagte der Leiter des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, Professor Hans Joachim Schellnhuber. Die Situation sei „dramatischer“ als vor drei Jahren, so der Forscher. Der erhöhte CO₂-Ausstoß ist die Ursache für diese Entwicklung. Dieser wird vor allem von Kohlekraftwerken „produziert“.

In einem Gespräch mit dem Forum für eine neue Energiepolitik erklärte Robert Krause von der AG Umwelt, Energie und Verkehr: „Moorburg war nicht der erste Sündenfall der Grünen; es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie auch AKWs genehmigen werden“. Die Entscheidung für Moorburg ist fatal. Dass der BUND in aussichtsloser Lage gegen die Entscheidung klagen will, verdeutlicht die Situation. Doch nicht nur der BUND wird klagen, der Antragsteller (Vattenfall) wird auch gegen Teile der Genehmigung zu Felde ziehen - und das mit wesentlich mehr Geld und Erfahrung in der Rückhand.

Die Wirksamkeit der „Auflagen“ in dem Bescheid, der Vattenfall von der Umweltbehörde zugestellt wurde, ist mehr als zweifelhaft. Aufgrund der eingeschränkten wasserrechtlichen Genehmigung sei das Kraftwerk ab dem Jahr 2050 nur mit Teillast zu betreiben. Die Möglichkeiten, Kühlwasser zu kompensieren, sind vielfältig, vom Kühlturm, der Erwärmung von Straßen, Gehwegen und Ackerflächen bis hin zur Nutzung anderer Wasserressourcen (auch Trinkwasser!).

Die Auflage, CO₂ abzuscheiden und einer „Endlagerung“ zuzuführen, ist hoch gefährlich und würde den Bau eines weiteren Kraftwerks mit rund

300 Megawatt Leistung nach sich ziehen. Kohlendioxid gilt als nicht giftig, und doch kann es tödlich sein. Sollte der endgelagerte CO₂-Ausstoß von nur einem Jahr plötzlich in die Atemluft gelangen, so würde sich der Austrittsort in eine Todeszone verwandeln. Es reichten 1,5 Millionen Tonnen CO₂ aus, um 1986 fast 2 000 Menschen am Nyos-See zu töten.

Aber auch die übrigen Abgase haben es in sich. Der Feinstaubausstoß von zwei Tagen reicht aus, damit in ganz Hamburg der Grenzwert überschritten wird. Und ob der Ausstoß von mehr als 1 000 kg Quecksilber und 3 000 kg Blei jährlich die HamburgerInnen gesünder macht, darf bezweifelt werden. Ein Rücktritt der grünen SenatorInnen und Staatsräte von ihren Ämtern und ein Bruch der Koalition sind hier angeraten. Doch leider gilt auch hier: „Money makes people buy!“

Atomausstieg beschleunigen – Gesellschaft entschleunigen

Stefan Seum

Die Stromerzeugung aus Kernkraftwerken ist von ca. 150 Mrd. Kilowattstunden (kWh) in 1990 auf 165 Mrd. in 2000 gestiegen und blieb seitdem konstant, mit einem politisch motivierten Knick in 2007/08. Der Gesamtstromverbrauch stieg von 550 Mrd. kWh in 1990 auf 617 Mrd. kWh in 2006. Eine nachhaltige Gesellschaft sieht anders aus. Die CDU wird den Ausstieg aus dem Atomausstieg zum Wahlkampfthema machen und die potenziellen Koalitions-Grünen werden in Zugzwang geraten. Ein beschleunigter Ausstieg aus der Nuklearenergie wäre aber eine Frage globaler Gerechtigkeit und globalen Umweltschutzes.

Der steigende Bedarf nach Uran verstärkt den Druck, immer dünner konzentrierte Uranvorkommen auszubeuten, mit gewaltigen Konsequenzen für Natur und Gesundheit. Viele dieser Uranvorkommen liegen in Übersee und werden dort unter Verneinung indigener Rechte ausgebeutet. Zwei Ereignisse haben zu einer Renaissance der nuklearen Energie als Option zur Stromerzeugung geführt: die globale Erwärmung der Erdatmosphäre und die Endlichkeit der Öl- und Gasvorkommen.

Dass Kernkraftwerke eine CO₂-arme Alternative zur Stromerzeugung sind, ist ein Mythos. Kernkraftwerke stoßen deutlich mehr als 100 Gramm Treibhausgase pro kWh Strom aus. Holländische Wissenschaftler errechneten 84 – 122 Gramm inklusive Abriss.¹ Nach Umweltminister Gabriel² können aber hier alleine durch den Uranabbau 126 Gramm

¹ Freitag 7.12.2007: Mythos Atomkraft.

² Süddeutsche Zeitung 28.06.2008: Gabriel plant angeblich Sondersteuer auf Atomstrom.

hinzukommen. Zum Vergleich, ein Gasheizkraftwerk emittiert etwa 150 Gramm pro kWh, ein Steinkohlekraftwerk zwischen 600 und 950 Gramm pro kWh. Damit liegen Kernkraftwerke zwar unter den CO₂-reichen Kohlekraftwerken, stellen aber bei Weitem keine CO₂-lose Energiequelle dar. Zudem haben die Erfahrungen mit Asse und Gorleben gezeigt, dass die Abfallsituation nicht beherrschbar, und damit deren Folgen und Energiebilanz auch nicht kalkulierbar sind.

Kernenergie würde uns aber ebenfalls nicht aus der Abhängigkeit endlicher Ressourcen bringen: Uran, das zur Herstellung von Brennelementen notwendige Metall, ist ein begrenzter Rohstoff. Selbst nach optimistischen Schätzungen der OECD sollen die erschlossenen und geschätzt noch zu findenden Uranreserven den heutigen Bedarf für 67 Jahre decken³. Nach Szenarien einer von Greenpeace vorgelegten Studie enden die Uranreserven bei mittleren Annahmen der Nutzung aber bereits in 40 Jahren; bei Szenarien, die eine Zunahme der Kernenergie zu Grunde legen, sogar schon 2040 beziehungsweise 2026⁴. Zugrunde liegt hier eine wesentlich dezidiertere Untersuchung der Quellen sowie die Berücksichtigung, dass sekundäres Uran aus Aufbereitungsprozessen, im Wesentlichen militärische Ressourcen, in wenigen Jahren auslaufen wird. Sekundäres Uran trägt heute noch zu mehr als 40 % zu den Rohstofflieferungen bei.

Die Uranvorkommen nehmen also ab, um so schneller, je länger deutsche Atomkraftwerke Strom liefern und je mehr neue Atomkraftwerke in anderen Teilen der Welt gebaut werden. Mit abnehmenden Reserven steigen Preise. Mit den steigenden Preisen lohnt es sich, auch niedriger konzentrierte Uranvorkommen auszubeuten. Umgekehrt, mit abnehmender Urankonzentration in den verbleibenden Urangesteinen und mit Wegfall der sekundären Quellen wird der Preis für Uran weiter steigen.

Die reichsten Uranvorkommen liegen heute in Kanada, wo die Urankonzentration mehr als 17 % betragen kann. Allerdings machen diese reichen Quellen nur wenige Prozente der globalen Reserven aus, den größte Anteil der bekannten weltweiten Ressourcen haben dagegen Urangelhalte von unter 0,1 % Uran⁵. Die OECD-Rechnungen basieren auf Uranpreisen bis \$ 130 pro kg Uran. Der Spottpreis für ein Kilogramm Uran lag in 2000 bei \$ 7/kg U und Ende 2006 bei \$ 37,50. Das heißt, dass, wenn uns noch 67 Jahre Nuklearenergie bevorstehen, dann allerdings zu deutlich höheren Preisen und bei Ausbeutung deutlich ärmerer Ressourcen.

³ OECD/IAEA 2006: Uranium 2005: Resources, Production and Demand. Paris.

⁴ Greenpeace 2006: Reichweite der Uran-Vorkommen der Welt. Erstellt von Peter Diehl für Greenpeace Deutschland.

⁵ Oxford Research Group 2006: Energy from Uranium. Prepared by Jan Willem Storm von Leeuwen.

Szenenwechsel: Kingston, Ontario, Kanada. Dort wo der Lake Ontario in den Saint Lorenz River mündet, liegt die Kleinstadt. Hier kommt das Grundgestein bis zur Oberfläche, durchbricht die massiven Kalkschieferplatten. Das formt das Land der Tausend Inseln im St.-Lorenz-Strom. Nach Norden erstreckt sich das Land der Tausend Seen. Wunderbare Natur, klares Wasser umrahmt von Ahornwäldern, findet seinen Weg nach Westen, Richtung Ottawa und Montreal., Land der Algonquin First Nations (Indianer)⁶. Seit 1992 unter einem Landanrechtsprozess – so wie ca. 800 weitere in Kanada – das den Algonquins unter anderem die Rechte an Mineralien zuteil werden lassen könnte. Derzeit allerdings greift das kanadische Minenrecht, das dem Staat alle Rechte an Ressourcen unter der Erdoberfläche zuspricht.

Oktober 2006: Im Auftrag der Regierung von Ontario steckt eine private Firma 12 000 Hektar Land ab und markiert damit die Rechte zum Sondieren und Abbau von Uran. Das hier Uran vorkommt, ist nicht neu. Schon in den 70er Jahren ergaben Sondierungen uranhaltiges Gestein mit einer Konzentration zwischen 0.1 % – 0.2 %. Zu arm zur Ausbeutung im Vergleich zu anderen Vorkommen in Kanada. Doch Zeiten ändern sich. „Ausgelöst durch den Preisanstieg der letzten beiden Jahre scheinen wir am Anfang eines neuen Explorationszyklus zu stehen, der (...) es ermöglicht, den laufenden Verbrauch durch Entdecken neuer Reserven mindestens auszugleichen.“ (AREVA Argumente 2005 - Servicefirma der Nuklearindustrie)

Basierend auf Zahlen von Greenpeace Deutschland⁷ werden für 33 Tonnen angereicherten Brennstoffs, 400 Tonnen U³⁰⁸, sogenanntes Yellow Cake, benötigt. Dies entspricht bei Lagerstätten mit 0,1 % Uran wie die in Ontario einer Menge von 400 000 Tonnen Uranerz. Nicht selten wird zusätzlich noch eine 10-fache Menge an taubem Gestein bewegt, um das Uranerz zu fördern. Das Ausgangsgestein wird zunächst zermahlen, wobei große Mengen an radioaktivem Radongas frei werden. Der Schritt von Uranerz zu Yellow Cake ist in der Regel die Lösung des Uranoxids mit Schwefelsäure. Zurück bleibt ein hochtoxischer und radioaktiver Schlamm, nach den obigen Zahlen 396 000 Tonnen, um letztlich die 33 Tonnen Brennstoff zu gewinnen. Beim Abbau in Ontario würden dieser Schlamm und die Abwässer unweigerlich Tausende von Quadratkilometern der Wassereinzugsgebiete des Ottawa-Flusses verseuchen. Radioaktiver Staub würde die Lungenkrebsraten mit Sicherheit erhöhen.

Zwischen 1946 und 1990 starben in der DDR-Uran-Mine Wismut AG 7 163 Bergleute an Lungenkrebs, in 5 237 Fällen wurde Radioaktivität als Ursache anerkannt. Für die 220 000 Tonnen Uran wurden

⁶ Karte der Algonquin Gebiete um 17. Jahrhundert: <http://www.levillee.net/ancestry/algonkin.jpg>

⁷ Im Original basierend auf Annahmen von Uranerzen mit einem Gehalt von 1 %. Greenpeace: Atom - Daten, Fakten, Hintergründe.

500 Millionen Tonnen radioaktiver Müll produziert, gelagert auf Abraumhalden, die eine Fläche von 32 km² bedecken.

Am 28. Juni 2007 besetzte eine Gruppe von Ardoch Algonquin First Nations einen der Zugänge zu dem abgesteckten Gebiet. „Weiße“ Siedler unterstützen die Ardoch Algonquins in einer der wenigen Bewegungen, wo „Weiße“ und First Nations eine Koalition eingehen⁸. Ardoch Algonquin First Nations verwalten sich durch einen Familienrat. Ihr Selbstverständnis ist das einer kollektiven Übersicht über die Gemeinde und die Naturlandschaft. Gesetze der Algonquin Nation gelten im Selbstverständnis der Ardoch Algonquin parallel zu den Gesetzen der kanadischen Regierung. In einer Proklamation an die Regierung von Kanada erklärten Ardoch Algonquin First Nations jegliche Exploration nach Uran im Herbst 2007 für illegal⁹.

Am 24. Juli verklagt die private Firma Frontenac Ventures vier Ältere der Ardoch Algonquin First Nations zu 77 Millionen Dollar Schadenersatz. Die Verlagerung von Bürgerrechten in das Feld privater Personen gegen Unternehmen ist eine der Schattenseiten der neoliberalen Privatisierung. Der Kampf um Uranminen, Kohlekraftwerke, sauberes Wasser wird dem politischen Prozess entzogen und dem Privatrecht übertragen, mit Geld als Waffe gegen unterfinanzierte Gegenbewegungen. Am 13. August ergeht ein richterlicher Erlass, dass alle „unbefugten“ Personen das geplante Uranabbaugebiet verlassen müssen. Am 15. Februar 2008 wurde Bob Lovelace, ehemaliger Häuptling, zu sechs Monaten Gefängnis und zur Zahlung von \$ 25 000 Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilung löst weite Proteste aus¹⁰. Am 27. Mai 2008 erklärt ein Revisionsgericht die Urteile für unverhältnismäßig und hebt sie auf. Die Exploration nach Uran geht jedoch unvermindert voran.

Die Nettoenergiegewinnung von Uran fällt exponentiell mit abnehmendem Gehalt U³⁰⁸ im Ausgangsgestein ab. Je dünner die Konzentrationen werden, desto mehr Energie und Materialien werden für die Urangewinnung benötigt. Ab einem Bereich zwischen 0,01 % und 0,02 % Uran wird wahrscheinlich mehr Energie zum Abbau des Urans, Bau des Reaktors und zur Abfallentsorgung aufgewendet werden müssen, als in einer optimistischen Lebenszeitannahme vom Reaktor produziert werden kann.

⁸ Citizen Coalition against Uranium Mining: <http://www.ccamu.ca/>

⁹ Ontario has been consistently guilty of regarding Aboriginal rights as an inconvenient demand on the moral character of a tolerant society. But Aboriginal rights are your laws, not ours. (...) Our laws do not involve a concept of „rights“. In our cultures, mutual respect and benefit are understood as imperatives for survival. Aboriginal cultures regard law as a complex set of responsibilities to the land and in human relations. The emphasis is on protecting sustainability and avoiding conflict. When Europeans first came to settle in the Ottawa valley in 1800, this is what our ancestors asked of them: to share the land and get along. (Robert Lovelace, retired Chief Ardoch Algonquin First Nation, 11.5.2008, <http://www.aafna.ca/index.html>).

¹⁰ U. a. Amnesty International Canada, Christian Peace Maker, The Council of Canadians, David Suzuki Foundation etc.

Kanada ist der größte Uranlieferant von europäischen Energieversorgern, gefolgt von Russland, Australien und Niger (Greenpeace 2006). Der weltweite Uranabbau stieg 2004 gegenüber 2002 um 12 %. Das Weiterbetreiben der deutschen Atomkraftwerke wie auch das Betreiben aller anderen Atomkraftwerke ist unverantwortbar, einer nachhaltigen Entwicklung gegenläufig und unethisch, da insbesondere indigene Bevölkerungen die negativen Konsequenzen des Uranabbaus tragen müssen. First Nations in Kanada sind kein Einzelfall: Vom dem neuen Uranboom sind die Adivasi-Ureinwohner der Völker Ho und Santhal in Indien, die Tuareg im Niger, die Navajo- und Pueblo-Indianer im Südwesten der USA, die Dene-Indianer in Kanada und zahlreiche Aborigines-Gruppen in Australien betroffen¹¹. Die Atomkraftwerke abschalten - und zwar mindestens nach dem Fahrplan des Atomausstiegvertrages - ist das, was Deutschland zur Unterstützung von globalen Antiuranbewegungen in Kanada, in Niger, Indien, USA (GfV 2008) und anderswo tun kann. Darüber hinaus trägt nur das schnellstmögliche Ende der zivilen Nutzung der Kernenergie dazu bei, kriegerische Verwendungen und die unendlichen negativen Umweltfolgen zu begrenzen.

Stefan Seum lebte von 2006-2008 in Kingston, Kanada, und arbeitet heute beim Öko-Institut e. V.

NATUR- UND ARTENSCHUTZ

Ein Viertel der Säugetierarten bedroht. Die Rote Liste der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten wird immer länger

Ralf Streck

Mehr als ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten sind weltweit vom Aussterben bedroht. Dies geht aus der Roten Liste der bedrohten Tiere und Pflanzen hervor, die die Weltnaturschutzunion am Montag vorlegte.

Um den Naturschutz steht es schlecht: Mehr als ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten könnten weltweit vom Aussterben bedroht sein. Das ist ein Zwischenergebnis des 4. Weltkongresses der Internationalen Naturschutz-Union (IUCN) in Barcelona. Noch bis zum 14. Oktober ist die katalanische Metropole der Gastgeber der Generalversammlung, zu der die Mitglieder alle vier Jahre zusammenkommen. Insgesamt zehn Tage lang wollen etwa 7 000 Regierungsvertreter und Experten aus fast 150 Staaten unter anderem beraten, wie der Ar-

¹¹ Gesellschaft für bedrohte Völker 6.08.2008: Suche nach Energiequellen gefährdet 90 Millionen Ureinwohner.

tenschutz verbessert werden kann und welche Auswirkungen der Klimawandel für die Artenvielfalt hat.

Bekannt ist die IUCN durch die Veröffentlichung der Roten Liste, auf der die bedrohten Tier- und Pflanzenarten aufgeführt werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dieses Jahr auf den Säugetieren. An der ersten umfassenden Studie nach über zehn Jahren arbeiteten Wissenschaftler aus 130 Ländern mit. Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen sind erschreckend: Mehr als 1000 von den rund 4500 untersuchten Säugetierarten auf der Erde sind vom Aussterben bedroht. 188 Arten gelten sogar als „stark bedroht“. Dazu gehört zum Beispiel der Iberische Luchs, der einst in Spanien in großer Zahl anzutreffen war und von dem heute, trotz Schutzmaßnahmen, nur noch etwa 100 ausgewachsene Exemplare leben. 29 Arten gelten als „stark gefährdet und möglicherweise ausgestorben“. 450 Spezies werden als „gefährdet“ aufgelistet.

Die Wissenschaftler halten für möglich, dass noch viel mehr Säugetierarten gefährdet sind. Denn über mehr als 800 Arten liegen nicht genug Informationen zur Bewertung vor. „Es ist erschreckend, dass der Mensch eine über Millionen Jahre entwickelte Biodiversität so gefährdet, dass zwischen 25 und 36 Prozent dieser Spezies für immer verschwinden könnten“, erklärte Andrew Smith, Professor der Arizona State University in Tempe.

Besorgniserregend ist diese Entwicklung deshalb, weil das Verschwinden eines Säugetiers eine Kettenreaktion auslösen kann. „Dann sind gleichzeitig viele andere Tierarten gefährdet“, sagte Smith. Von den 44 800 auf der Roten Liste verzeichneten Tier- und Pflanzenarten sind fast 17 000 in Gefahr, das sind 1 300 mehr als noch vor einem Jahr.

Für die „Artenkrise“ machen die Wissenschaftler den Menschen verantwortlich. Sie habe zu tun mit dem Verlust von Lebensräumen und der Jagd auf bedrohte Tierarten, bei Meeressäugern seien vor allem die Überausbeutung, die Verschmutzung und der Klimawandel schuld. Als Notprogramm fordern die Experten deshalb, besonders gefährdete Arten auszuwählen und Schutzgebiete für sie einzurichten. „Je länger wir warten, desto teurer wird es“, unterstrich die Leiterin des IUCN-Artenschutzprogramms Jane Smart. Die Forscher verwiesen aber auch auf positive Projekte, mit denen es gelungen war, fast ausgestorbene Tierarten wieder einzuführen. So wurden der Schwarzfuß-Iltis in den USA und das mongolische Wildpferd in der Mongolei nach Aufzucht in Gefangenschaft erfolgreich in der freien Natur ausgesetzt.

Quelle: Neues Deutschland, 8.10.2008

LANDWIRTSCHAFT

Pestizideinsatz konsequent reduzieren

Karin Binder

Rede im Bundestag am 17.10.2008

Anfang dieser Woche hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) die Ergebnisse des Lebensmittel-Monitorings für 2007 vorgestellt. Insgesamt ist die Sicherheit der Lebensmittel in Deutschland zwar recht hoch. Trotzdem hat das Bundesamt erneut zu hohe Pestizidrückstände in Obst und Gemüse festgestellt. Insbesondere bei Kopfsalat, Äpfeln, Zuchtchampignons, in Grünkohl und Wirsing wurden die gesetzlichen Grenzwerte für Pestizide häufig überschritten. Bei einigen Proben von Kopfsalat, Grünkohl, Austerseitlingen und Tomaten lag die Belastung sogar so hoch, dass selbst bei einmaligem Verzehr gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen werden können.

Besorgnis erregend ist auch der Umstand, dass immer häufiger Rückstände mehrerer Pestizide gefunden werden. Bei Kopfsalat zum Beispiel ist das in 80 Prozent der Proben der Fall, bei Tomaten ist jede zweite Probe mehrfach belastet. Das ist nicht akzeptabel! Zumal es noch gar keine belastbaren Untersuchungsergebnisse gibt, ob oder wie sich die verschiedenen Pestizidrückstände verstärken und welche gesundheitlichen Auswirkungen daraus resultieren.

Der Antrag der Koalition widmet sich nun der Problematik der Pestizide.

Bis dato wurde von Seiten der Bundesregierung ja meistens gemauert, dass Überschreitungen von Rückstandshöchstmengen nicht mit einer akuten Gefährdung der Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gleichzusetzen seien. Leider mündet der im Antrag erkennbare Erkenntniszuwachs der Koalition nicht in die erforderlichen Konsequenzen.

Weltweit sind laut einer Greenpeace-Studie vom Januar 2008 etwa 1 350 Pflanzenschutzmittelwirkstoffe bekannt. Davon konnten in den vergangenen Jahren in den staatlichen ÜberwachungsLaboratorien bzw. in den EU-Referenzlaboratorien gerade mal vier- bis sechshundert Wirkstoffe analysiert werden. Das heißt im Klartext, dass mögliche Belastungen von Lebensmitteln, Grundwasser und damit auch der Verbraucherinnen und Verbraucher durch Pestizide nicht umfassend erkannt werden können.

Da frage ich mich dann schon: Wie kann es denn sein, dass Pestizide zum Gebrauch zugelassen werden, die aus technischen Gründen oder mit dem üblicherweise angewendeten Prüfraster bei der Lebensmittelkontrolle nicht nachgewiesen werden können? Diese Praxis setzt doch völlig leicht-

fertig den gesundheitlichen Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher aufs Spiel!

Pestizide, deren Rückstände nicht kontrollierbar sind, dürfen nicht auf den Markt kommen und zum Gebrauch zugelassen werden. Falls sie bereits erlaubt sind, müssen sie aus dem Verkehr gezogen und die Zulassungen widerrufen werden.

Die Koalition fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, zusammen mit den Ländern die Anstrengungen zur Aufdeckung, Verfolgung und Rückführung von nicht akzeptablen Belastungen der Lebensmittel mit Pflanzenschutzmittelrückständen zu verstärken und die selbst gesetzten Ziele im Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz mit Nachdruck anzugehen. Diese Forderung unterstützen wir voll und ganz. Ich frage mich nur, warum die koalitionsgeführte Bundesregierung im April 2008 – also 5 Monate, nachdem der heute behandelte Antrag eingebracht wurde – einen „Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ auflegt, der keinerlei Vorgaben dazu enthält, wie stark der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sinken soll. Von dem Ziel, den Einsatz von Pestiziden innerhalb von zehn Jahren um 15 Prozent zu senken und Überschreitungen von Pestizidgrenzwerten in Lebensmitteln auf unter ein Prozent zu drücken, ist in diesem „Aktionsplan“ gar keine Rede mehr. Ein Maßnahmenpaket mit verbindlichen Reduktionszielen und Instrumenten wäre jedoch dringend erforderlich. Skandinavien hat es vorgemacht: Dort ist der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft deutlich gesunken. Und damit verringert sich auch die Gefahr von toxischen Rückständen in Lebensmitteln.

Gerne erzählt insbesondere die CDU/CSU das Märchen, dass importierte Ware das Problem sei und deutsche Ware sicher. Das ist ja auch in der vorliegenden Beschlussempfehlung dokumentiert. In Deutschland werden jährlich rund 30 000 Tonnen Pestizide eingesetzt. Das BVL hat im Lebensmittel-Monitoring 2007 festgestellt, dass mitnichten nur ausländisches Obst und Gemüse Pestizidrückstände enthalten. So ist zum Beispiel bei Kopfsalat aus Deutschland eine inakzeptable Belastung festgestellt worden.

Es muss klar und konkret festgelegt werden, wie stark der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel gesenkt werden soll, wie stark nichtchemische Alternativen ansteigen und gefördert werden sollen und wie stark Pestizidrückstände in Lebensmitteln sinken sollen. Das wurde im Nationalen Aktionsplan versäumt und deshalb ist auch der Antrag der Koalition nur halbherzig.

Quelle:

www.linksfraktion.de/rede.php?artike=1302234696
Karin Binder ist MdB der LINKEN.

Der Ökolandbau kappt seine Wurzeln. Im Bio-Landbau klaffen Theorie und praktische Umsetzung weit auseinander

Michael Machatschek

Die Herstellung von Lebensmitteln in der biologischen Landwirtschaft ist an die Regeln naturschonender Landnutzungsformen gebunden. Doch der Begriff „bio“ ist weit ausleg- und interpretierbar, und die Richtlinien können unterschiedlich gehandhabt werden. Die „ökologische“ Deklaration der Bioprodukte ist mittlerweile zum Deckmäntelchen geworden, da in der Praxis Naturkreisläufe und die Aspekte der Regionalität des Verbrauchs, also echte Ressourcenschonung und Klimaschutz, nur ansatzweise berücksichtigt werden.

Auf dem Papier klingt der Verzicht auf synthetische Kunstdünger und Spritzmittel fantastisch. Allerdings kann man mit den hofeigenen organischen Düngern auch das Grünland kaputtwirtschaften und Böden unter dem Druck der Maschinen stark verdichten. Die Pflanzengesellschaften bestätigen zwischen konventioneller und ökologischer Arbeitsweise keinen Unterschied. Die Ansätze kluger Gedanken und die guten Absichten stimmen uns großteils milde. Und wir glauben, mit dem Kauf von Bioahrungsmitteln wäre unser Beitrag zur Nachhaltigkeit geleistet und unser Gewissen zu Recht beruhigt. Dem ist heftig zu widersprechen. Den ökologischen Wandel sähen wir gerne als vollzogen an. Doch ein Blick in die Landschaften und Ställe des ökologisch orientierten Landbaus spiegelt keinen Vollzug einer ersehnten Agrarwende wider. Auch wenn mit Hecken und Biotopchen die Landschaft zu schönen versucht wird.

Landschaften sind Visitenkarten

Von wegen nachhaltiges Wirtschaften in der Landschaft: Bei der Betrachtung von Wiesen und Weiden werden wir stutzig, wenn wir im Frühling weite Bereiche mit dem Gelb des blühenden und dominant auftretenden Löwenzahns vorfinden. Der Wiesen-Löwenzahn ist Indiz für intensive Kunststoff- oder Biodüngerbringung, verdichtete Böden und Grundwasserverschmutzung.

Eine gewissenvolle Debatte darüber, inwiefern die eigentlichen Ziele der ökologischen Orientierung noch gegeben sind oder nicht, ist überfällig. Denn wenn wir auf charakteristischen Untersuchungsflächen durchschnittlich zwölf Pflanzenarten finden, bestätigt dies, dass der Ökolandbau seine Ziele aus den Augen verliert. Auch bei der Orientierung an der Massenproduktion steht der Biolandbau der konventionellen Intensivlandwirtschaft keineswegs nach. Eine Ursache dafür ist, dass Biobetriebe – mit Ausnahmen – biologisch hergestelltes Kraft-

und anderes Futter ohne Obergrenze auf ihren Höfen einsetzen können. Daraus resultiert ein Überhang an organischen Düngern, welche auf den Wirtschaftsflächen „entsorgt“ werden, was wiederum erkennbar ist am häufigen Auftreten großblättriger Ampferarten.

Ökologisierung der Industrialisierung

Von wegen Berücksichtigung ökologischer Kreisläufe: Das aktuell vorherrschende ökonomische Denken zwingt die ökologisch orientierten Landnutzer auf eine agroindustrielle Strukturschiene. Anstatt kleine, stabile Einheiten und ressourcen- und klimaschonende Landnutzungsformen zu fördern, gleitet auch der Ökolandbau immer mehr in die konventionellen Muster von Wachstum und Fortschritt ab. Aus ökologischer Sicht ist der Ökolandbau dem Produktionswahn mit all den Folgen der Intensivlandwirtschaft verfallen.

Konsument/-innen gehen von einem tadellosen Funktionieren einer ökologisch orientierten Landbewirtschaftung aus, weil ihnen eine heile Welt der Ökolandschaft vorgegaukelt wird. Dabei ist bis auf die Frage der Spritzmittelrückstände kaum ein Unterschied in den Qualitäten konventioneller und ökologisch erzeugter Nahrungsmittel feststellbar. Ein Unterschied – bis auf den synthetischen Chemieeinsatz – ist deshalb nicht herleitbar, da im Grunde genommen zwei annähernd gleiche Produkte und Wirtschaftsweisen verglichen werden. Bis auf wenige Ausnahmen wie etwa den biologisch-dynamischen Landbau (Demeter) stehen die sich heute dem biologischen Landbau zurechnenden Betriebe in punkto agroindustrieller Wirtschaftsideologie den konventionell wirtschaftenden nicht nach.

Dies äußert sich etwa in großen Betriebseinheiten, Massenproduktion und hohen Leistungsansprüchen, in Überdüngung und Grundwasserbelastung durch Gülleüberhang, in Selbstausbeutung der Bewirtschafter, in nicht artgerechter Fütterung, Haltung und Enthornung der Tiere sowie ihrer kurzen Lebensdauer, in offenen Fragen der Tiermedizin, weiten Viehtransporten und hohem Maschineneinsatz.

Die Schweinekuh

Von wegen artgerechte Tierernährung: Alle unsere Kühe werden heute wie die Schweine gefüttert. Die Kuh hat einen Rohfaser und keinen Stärke und Eiweiß verdauenden Magen. Diese Tatsache wird auch im Biolandbau vergessen, wenn ihr in der Hauptsache Silage, zweiter und dritter eiweißreicher Aufwuchs (Grummetheu) und Kraftfutter verabreicht werden. Es wird zwar von der Heufütterung gesprochen, aber echtes und rohfaserreiches Heu des ersten Aufwuchses, zur richtigen Zeit ge-

mäht, erhalten Kühe kaum mehr. Zudem beweiden heute die Kühe die Wiese und nicht die Weide.

Was den Bewegungsbedarf angeht, ersetzen Stallauslauf oder die Haltung im Laufstall nicht den Weidegang. Auch mit biologisch hergestellten Futtermitteln können sich unsere Nutztiere zu Tode fressen. Die Hauptursache für das Krankwerden und den Abgang der Kühe ist infolge der hohen Futtergaben und in Ermangelung falscher Futtermittel schlicht ihre Überfressenheit und dadurch bedingt Selbstvergiftung und Kreislaufprobleme. Auch Schafe, Ziegen und Pferde werden heute bereits wie Schweine gefüttert.

Aus dem unbegrenzten Einsatz von Futtermitteln resultieren sehr hohe Mengen organischer Dünger, obwohl der Viehbesatz pro Fläche theoretisch eingehalten wird. Aus der über Gebühr anfallenden und eingesetzten Gülle entwickelt sich arten- und kräuterarmes Grünland so weit das Auge reicht. Die Pflanzen werden mit Gülle „gemästet“, damit möglichst oft und viel geerntet werden kann. Stark gemästetes Futter soll sodann gesundes Vieh und gesunde Nahrungsmittel für uns Menschen schaffen?

Bauern oder Landwirte?

Von wegen Biobauern: Ohne heimattümliche Absichten zu suggerieren sei ein Spruch des volksmündlichen Gebrauchs wiedergegeben: „Bauern brachten sich fort, Landwirte bringen sich um.“ Warum es heute fast keine Bauern mehr gibt, ist ein Zeichen der wirkungsvollen Agrarpropaganda von mehr Technikeinsatz und Wirtschaftlichkeit, welche die Politik über Institutionen wie Beratungsstellen oder Landwirtschaftsschulen verbreiten lässt.¹ Im Grunde genommen müssten heute übliche Biobauern demzufolge als Biolandwirte bezeichnet werden, weil sie sich um ihre Existenz bringen. Den Wert sorgsam hergestellter Lebensmittel bestimmte etwas ganz anderes, auf alle Fälle nicht die geldwertorientierte Massenproduktion und zählbare Parameter.

Das größte Manko der heutigen Zeit ist der Verlust des Hausverständes und der Naturbeobachtung, denn wer aufmerksam wäre, hätte die Methoden der ökologischen Herstellung schon längst hinterfragt. Wir ergießen uns in Superschriften über den Biolandbau, vergessen allerdings dabei die Überprüfung und Auswirkungen der Inhalte auf ihre praktische Bedeutsamkeit. Der Mangel an Bodenhaftung und Biologik der Wissenschaftler und Verbände führt zu einer Abgehobenheit ihrer Aussagen von den praktischen Ebenen, die auf die Vermutung hin, dass sie in der Praxis Bestand hätten, in Richtlinien geformt zur ökologischen Nachhaltigkeit führen sollen.

¹ Sigmar Groeneveld: Agrarberatung und Agrarkultur, Kassel 1996.

Nachhaltige Wirtschaftsweisen werden einer abstrusen Technikgläubigkeit untergeordnet und durch den erhöhten Einsatz von Agrartechnik kompensiert. Je größer die Betriebseinheiten werden, umso eher geht das ökologisch nachhaltige Handwerks- und Erfahrungswissen wie auch der handsame Umgang mit den Nutztieren verloren und umso willfähriger werden die Landwirte, die sich Biobauern nennen. Mit der Vereinnahmung des Biolandbaus in das konventionelle Wirtschaftssystem sind den Bauern Geschehen und Diskurs entglitten und der Dirigismus kommt von oben herab zum Durchschlag.

Missbrauch des Naturschutzes

Trotz aller Sympathie für den Biolandbau werden die derzeit bestehenden Grundvoraussetzungen des biologischen Landbaus keiner ehrlichen Auseinandersetzung unterzogen, sondern vielmehr die Konsumenten einer Propaganda mit romantischem Flair ausgeliefert. Und innerhalb der Verbände wird die Kritik absichtsvoll übersehen. Die viel zitierte Agrarwende ist nur scheinbar in der Praxis angekommen. De facto wird sie nicht Fuß fassen können, wenn der Ökolandbau weiterhin wie die konventionelle Agrarindustrie wirtschaftet und der Realität in der Landschaft und in der Viehhaltung lediglich das Wunschdenken einer abgehobenen Debatte gegenübersteht.

Es bleibt auch unreflektiert, dass die Agrarpolitik den Naturschutz als marktausgleichendes Steuerungsinstrument missbraucht. Ehemals ökologisch wertvolle Schutzflächen verbrachen zunehmend oder wachsen mit Gehölzen zu, weil sie durch den Käseglocken-Naturschutz regelrecht „kaputtgeschützt“ wurden. Das genutzte Land indes wird scheinbar „ökologisch“, aber intensiv bewirtschaftet. Dass Trinkwasserbrunnen in diesen intensiv genutzten Landschaften geschlossen werden und Brauchwasser aus weiter Entfernung herantransportiert werden muss, bezeugt diese Verfehlungen. Im Kompromiss werden Ökologie und die Ökobewegung ökonomisiert und zur „nachhaltigen“ Perfektionierung des Wirtschaftssystems missbraucht, denn Öko ist in und wird unter Mithilfe der Sozialökologie zum Konzept erhoben.² 2) Innovationen werden zur Wirtschaftsbelebung verwendet, wodurch noch mehr Wachstum und Fortschritt und eine noch effizientere Ausbeutung vorhandener Ressourcen bewirkt werden – getragen von einem obskuren Bild von Ökologie.

Anstatt die Situationen prüfend zu hinterfragen, werden die hier vorgetragenen Beobachtungen wieder schön geredet werden und die Landschaft und die Nutztiere verharren weiterhin in Daseinsformen, die mit Ökologie nichts zu tun haben.

Erstausgabe des Artikels in: Politische Ökologie 110, München 2008

Michael Machatschek lebt als Bauer und Wanderforscher in einem Kärntner Bergdorf und beschäftigt sich mit alten Landnutzungsweisen, Landschafts- und Nutzpflanzenkunde.

Kontakt: Tel. 0043-664 4271676, michael.machatschek@aon.at

GENTECHNIK

GVO im Streichelzoo

Christian Rehmer

Im sachsen-anhaltinischen Üplingen gibt es seit Juli dieses Jahr einen Schaugarten, in dem in erster Linie gentechnisch veränderte Pflanzen gezeigt werden sollen. Ein Besuch.

Üplingen im September. In spätherbstlicher Sonne wiegen sich die Pflanzen im Wind. Hier wirken sie ganz friedlich, andernorts stiften sie Unfrieden. Über gentechnisch veränderte Pflanzen (GVP) wird viel gestritten. „Das sind oftmals rein theoretische Debatten. Wir kommen nur weiter, wenn wir den Leuten zeigen, worum es dabei geht“, erläutert Dr. Uwe Schrader seinen Besuchern. Er ist ehrenamtlicher Vorsitzender von InnoPlanta e. V. und agrarpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Begeistert steht er in seinem Schaugarten vor großen Maispflanzen und erläutert die Geschichte der Pflanzenzüchtung.

Auf insgesamt 1;2 der gut 500 Hektar des wunderschönen Stiftungsgutes Üplingen GbR befindet sich seit diesem Sommer der Schaugarten Üplingen. Die landwirtschaftlichen Gebäude aus dem 18. Jahrhundert sind liebevoll wieder hergerichtet. Ihre hellen Mauern leuchten in der Herbstsonne. Im Schatten steht idyllisch ein John-Deere-Schlepper. Ein guter Ort, um Leute von einer guten Idee zu überzeugen?

Über dem Eingang zum Schaugarten hängt ein großes Schild „Biotech-Farm“. Doch im Schaugarten werden nicht nur GVP ausgestellt. Besuchergruppen haben von Juni bis September die Möglichkeit, sich ganz allgemein über Pflanzenzüchtung zu informieren. Dabei sind sowohl traditionelle als auch gentechnische Zuchtverfahren zu besichtigen. Die Finanzierung des Schaugartens erfolgt über die Ausstellerfirmen. Öffentliche Gelder seien nicht geflossen, versichert der InnoPlanta-Fachmann und ehemalige Landesbauerngeschäftsführer Karl-Friedrich Kaufmann. Betreiber ist die Biotech Farm GmbH & Co KG mit Sitz in Üplingen.

² Joachim Radkau: *Natur und Macht*, München 2002.

Monsanto und BASF

Auf dem Gelände des Schaugartens sind aktuell fünf verschiedene GVP zu finden: MON810, die einzige in Deutschland und der EU angebaute gentechnisch veränderte Pflanze. Die Maissorte NK603, zugelassen in der EU für den Import und die Verarbeitung. Und ein herbizidresistenter gv-Mais, der entsprechend dem mit ihm gemeinsam eingesetzten Herbizid „Roundup“ auch als „RoundupReady“ bezeichnet wird. Alle gv-Maissorten stammen von dem US-Biotechkonzern Monsanto. Dazu kommen die gentechnisch veränderte Amflora-Stärkekartoffel sowie einige gegen den Phytophthora-Pilz resistente Speisekartoffeln - beide von der BASF entwickelt. Zum direkten Vergleich stehen neben den gv-Pflanzen konventionelle und ökologische Sorten. Um die Vielfalt landwirtschaftlicher Nutzpflanzen zu demonstrieren, können die Besucher im hinteren Bereich des Gartens weitere Kulturen besichtigen. Sonnenblumen, Zuckerhirse, Öllein, Miscanthus, Sudangras und Hanf sind hier zu finden. „Der enthält aber kein THC“¹, betont Dr. Schrader, „eignet sich aber sehr gut als Pufferpflanze, da er sehr feine Haare hat“. Ob man ihn auch als Mantelsaat für Genmais einsetzen könne, will ein Zuhörer wissen. „Das wäre mal einen Versuch wert“, meint Kaufmann.

Die Berliner Besuchergruppe ist beeindruckt von den Ausführungen der beiden Experten. Sie lassen sich von den Fortschritten durch die Züchtungsmethode Agrogentechnik fesseln. Am Beispiel einer Wildkartoffel erläutert Dr. Schrader das Dilemma der klassischen Züchtung: „Wir bräuchten zirka 20 Jahre, um durch natürliche Kreuzung nur die gewünschte Eigenschaft der natürlich in die Sorte vorkommenden Phytophtheraresistenz in eine andere Kartoffel einzukreuzen.“ Mit Hilfe der Agrogentechnik ginge das viel schneller. Direkt daneben steht bildhaft die transgene resistente Kartoffel. So einfach scheint das zu sein.

Doch die Herren Schrader und Kaufmann finden auch kritische Töne. Sie sprechen sich gegen die Patentierung von Leben aus und bemängeln die Übermacht der transnationalen Saatgutkonzerne wie Monsanto. Auch mit einigen GVP sind sie nicht einverstanden. Schrader findet zum Beispiel das Koppelgeschäft zwischen Saatgut und Pestiziden bedenklich: „Herbizid und Herbizidtoleranz der Pflanze sind nicht geeignet, die Gentechnik attraktiv zu machen“, kritisiert der Agrarexperte. Ob es stimme, dass MON810 einen erhöhten Ligningehalt habe, will ein junger Mann wissen. „Davon weiß ich nichts“, entgegnet Dr. Schrader².

¹ Rausch erzeugender Wirkstoff, der aus manchen Hanf-Sorten gewonnen werden kann. Fällt in Deutschland unter das Betäubungsmittelgesetz.

² Siehe: D. Saxena und G. Stotzky (2001): Bt Corn Has a Higher Lignin Content than Non-Bt Corn. American Journal of Botany, Band 88, Nr. 9, S. 1704 - 1706.

Bald in jedem Bundesland?

Die heutige Besuchergruppe aus Berlin ist die letzte in diesem Jahr. Danach wird abgeerntet. Die Kartoffelpflanzen wurden bereits gespritzt und liegen darnieder. Egal ob gentechnisch verändert oder nicht. Im kommenden Juni öffnet der Schaugarten wieder seine Tore. Mit transgenem Getreide soll es dann auch eine dritte GVP geben. Wie die Vertreter von InnoPlanta e. V. berichten, gibt es bereits Expansionspläne. Die Bundesministerien für Landwirtschaft, Forschung und Wirtschaft hätten bereits signalisiert, einen solchen Garten in jedem Bundesland einzurichten. Die Debatte um die Chancen und Risiken der Agrogentechnik wird weitergehen. Im Streichelzoo für GVO.

Monsanto

Gedicht von Marko Ferst

Mit verdrehten Genen
vielleicht erfand der Konzern
diese bestimmte Maissorte
nur um das Wachstum
der Weltbevölkerung
zu stoppen?

Wenn davon künftig
Menschen unfruchtbar werden
und nicht nur die gefütterten Schweine
würde sich die Menschheit
schnell reduzieren lassen!

Für solche ökologische Wohltat
lohnt es sich schon
störende Leute herauszukanten
aus Zulassungsbehörden
im Netzwerk treuer Vasallen
auch missliebige Journalisten
und ihre Sendungen kaltzustellen-

Bis Monsanto
Land für Land
die Agrarminister selbst nominiert
und die eigenen Gesetze beschließt
ist es dann nur noch
ein kleiner Schritt.

Ihre Rechtsanwälte
bekommen das schon hin.

Quelle:
Axel Görlach u. a.: *Tango tanzen. Gedichte, 2008*

Verwirrung bei den LINKEN. An der Gentechnik scheiden sich die linken Geister

Susanne Götze

Ein Besuch der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sachsen-Anhalt im neuen „Schaugarten Üplingen“, in dem genmanipulierte Pflanzen ausgestellt werden, wirft Fragen auf: Wie steht die LINKE eigentlich zur grünen Gentechnik, und braucht es eine einheitliche Position? - Das Problem der Grünen Gentechnik ist in der LINKEN noch lange nicht geklärt. Nicht nur, dass es derzeit keinen verbindlichen Beschluss der Partei zum Umgang mit der umstrittenen Technologie gibt. Problematisch ist auch, dass es immer noch verschiedene Positionen in und um DIE LINKE zu dem Thema gibt. Das führt manchmal zu Verwirrungen. So haben sich die Ökologische Plattform und zahlreiche Kreisverbände in Ost und West klar gegen den Einsatz von Grüner Gentechnik ausgesprochen. Dabei geht es vor allem um die Ablehnung von Freisetzungen genmanipulierter Pflanzen, die nach Ansicht der Gentechnikgegner eine Gefahr für das Ökosystem sowie den ökologischen und konventionellen Landbau darstellen. An der Basis haben sich deshalb schon etliche Kreisverbände sogenannten gentechnikfreien Zonen angeschlossen und unterstützen offen den Protest gegen die Technologie.

Doch es gibt auch andere Stimmen. Ein gutes Beispiel dafür ist die morgige Veranstaltung in Sachsen-Anhalt vom Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) zu dem Thema. Das Bundesland bildet bei der Diskussion hierüber schon immer eine Ausnahme. Dort ist die Pflanzenforschung traditionell angesiedelt, und es ist kaum verwunderlich, dass auch heute an der neuesten Zucht- und nun auch Gentechnik geforscht wird. Neben dem bekannten Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben existiert seit Juli 2008 der „Schaugarten Üplingen“ der BioTech Farm GmbH am westlichen Rand der Magdeburger Börde. Dort will der RLS-Gesprächskreis auf Einladung des Vereins InnoPlanta über die Grüne Gentechnik diskutieren. Auf dem fünf Hektar großen Gelände werden konventionelle und gentechnisch veränderte Pflanzen wie Mais und Kartoffeln ausgestellt.

Tatsächlich ist der Schaugarten dafür gedacht, öffentlichkeitswirksam über die neuesten Forschungen im Zucht- und Gentechnikbereich „aufzuklären“ und für Akzeptanz zu werben. Umstritten war schon im Vorfeld die geplante Freisetzung von genmanipuliertem Weizen. Gegen Widerstand hat man sich von vornherein mit hohen Zäunen und entsprechendem Sicherheitspersonal gerüstet.

An Protesten gegen den Schaugarten haben in den vergangenen Monaten vor allem Umweltschützer, aber auch Aktivisten aus linken Kreisverbänden

teilgenommen, wie der umweltpolitische Sprecher der Linksfraktion in Sachsen-Anhalt, André Lüderitz, erklärte. Er selbst habe nichts gegen den Schaugarten und lehne Grüne Gentechnik nicht „pauschal“ ab. Die Mehrheit der Linksfraktion im Landtag befürworte Forschung und Entwicklung der Grünen Gentechnik, wenn diese unter strenger staatlicher Kontrolle stehe. Dennoch sei die Freisetzung bei vielen derzeit angebauten Sorten, wie dem Monsanto-Mais Mon810, eigentlich nicht notwendig, meint Lüderitz. Im Kreisverband Börde hingegen sei man sich nicht so einig. Dort gebe es vehemente Kritiker wie Befürworter, so Lüderitz.

Dass ausgerechnet der RLS-Gesprächskreis Nachhaltigkeit den Schaugarten besichtigt, verärgert vor allem Gentechnikgegner in der Partei. „Gentechnik hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun“, schimpft die Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter. Sie ist auch Mitglied im Gesprächskreis. Man hätte wenigstens die Gegenseite einladen sollen, sagt Bulling-Schröter. Sie kämpfe derzeit im Wahlkampf für ein „gentechnikfreies Bayern“.

Andere Mitglieder sehen das nicht so eng: RLS-Geschäftsbereichsleiter Klaus Meier betonte, dass es vor allem um einen breiten Bildungsansatz gehe. Es gebe in der RLS keine feste Position zur Gentechnik. Deshalb würden aktuelle Entwicklungen in Wissenschaft und Forschung „interessiert verfolgt“. Allerdings räumte Meier ein, dass es in der Partei und der Stiftung Leute gebe, die sehr „wissenschaftsnah“ und „innovationsorientiert“ seien. Insgesamt sei man eher kritisch, aber nicht technologiefeindlich. Man habe in den vergangenen Jahren so gut wie gar nicht mit Umweltverbänden zusammengearbeitet. Diese würden kein besonderes Interesse an der LINKEN und an der RLS zeigen.

Klar ist, dass die LINKEN hier an verschiedenen Fronten kämpfen. Da es seitens der Partei keine klare Position gibt, entscheiden Kreis-, Landes-, und Kommunalpolitiker je nach interner Diskussion. Als einzig gültiges Dokument kann nur das Bundeswahlkampfprogramm gelten. Darin wird Grüne Gentechnik „weder für erstrebenswert noch für notwendig“ gehalten. In den programmatischen Eckpunkten taucht sie nicht auf. Dennoch spielt auch die Bundestagsfraktion eine nicht zu unterschätzende Rolle: Sie kämpft seit Jahren gegen die Grüne Gentechnik. Wann ein eindeutiger Beschluss für die gesamte Partei ins Auge gefasst wird, ist unklar. Demnächst soll zumindest ein Anti-Gentechnikpassus in das Programm für den Europawahlkampf eingeschrieben werden, so Bulling-Schröter

Quelle: Neues Deutschland, 11.09.2008

Anmerkung der Redaktion: Im Parteiprogramm der WASG wurde die Agrogentechnik konsequent abgelehnt. Durch Antrag der ÖPF wurde im Europawahlprogramm der PDS 2004 und im Bundeswahlprogramm der Linkspartei.PDS 2005 die Ablehnung der Agrogentechnik dokumentiert. Es gibt also klare Aussagen der LINKEN zum Thema.

ABFALLWIRTSCHAFT

Schärfere Grenzwerte bei Müllverbrennung gefordert

Eva Bulling-Schröter

Rede zur BT-Plenarsitzung am 16.10.2008 - Tagesordnungspunkt 29. - Beratung der Empfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16.Ausschuss) – zu der Verordnung der Bundesregierung zur Vereinfachung des Deponierechts – zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grenzwerte bei Müllverbrennungsanlagen dem technischen Fortschritt anpassen und deutlich absenken – Drucksachen 16/10330, 16/10398 Nr. 2, 16/5775, 16/10602 – (zu Protokoll)

Das zentrale Element des Verordnungsentwurfs ist die Integration der Deponieverwertungsverordnung und der Abfallablagerungsverordnung in die Deponieverordnung. Wir begrüßen diese Zusammenführung. Das vereinfacht sicher das Verständnis der Materie und den praktischen Umgang in der Sache, gerade das Abfallrecht ist ja äußerst kompliziert.

Zu prüfen wäre nun, ob bei der Vereinfachung des Deponie-Regelwerkes Umweltstandards gesenkt bzw. Beteiligungs- und Informationsrechte unzulässig eingeschränkt werden. Dies können wir noch nicht abschließend beurteilen. Darum enthalten wir uns bei der Abstimmung.

Der Antrag der Grünen fordert niedrigere Grenzwerte für Müllverbrennungsanlagen. Diese Grenzwerte sind – obwohl sich die Technik rasant weiterentwickelt hat und moderne Anlagen nur ein Bruchteil der geltenden Grenzwerte emittieren – seit Jahren unverändert. Momentan drohen Anlagen sogar wieder auf den Emissionsstand der 80er Jahre zurückzufallen. Denn viele haben ihre Kapazitäten schrittweise erheblich ausgeweitet, ohne entsprechende Filter nachzurüsten. Zudem werden neue Anlagen gebaut, die von vornherein einen höheren Schadstoffausstoß haben.

Obwohl hier die Problematik der sogenannten Ersatzbrennstoffkraftwerke (EBS-Kraftwerke) im Antrag nicht explizit angesprochen wird, geht es wohl dabei vor allem um diese. Es sind Müllverbrennungsanlagen, die Strom und zum Teil auch Wärme produzieren. Sie werden im Unterschied zu klassischen Müllverbrennungsanlagen mit dem Ziel gebaut, Energie zu liefern. Dabei stört aber jeder Filter. Denn dieser senkt den Wirkungsgrad.

Die Änderung der 17. BImSchV, wie sie die Grünen vorschlagen, würde also auch sie betreffen. Die Betreiber könnten nicht mehr bis „Oberkante Unterlippe“ an die heutigen Grenzwerte fahren, um Filter einzusparen und somit den Wirkungsgrad des Kraftwerksteils zu erhöhen. Das unterstützen wir.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Kritik an EBS-Kraftwerken nicht nur von der Linken kommt. Auch das Umweltbundesamt sieht dies ähnlich. So hat der UBA-Abfallexperte Markus Gleis in der Süddeutschen Zeitung erklärt, in klassischen Müllverbrennungsanlagen lägen die Dioxinmissionen am Rande der Nachweisgrenze. Sehr niedrige Werte würden auch für Quecksilber, Arsen und Kadmium gelten. Ferner seien die deutschen Grenzwerte für Schadstoffe in der Abluft die strengsten weltweit und würden dennoch meist um 80 Prozent unterschritten. Aufwendige Filtermethoden entfernten alles aus dem Rauchgas, was technisch möglich sei. Die neuen Ersatzbrennstoffkraftwerke hingegen nutzten die gesetzlichen Grenzwerte viel stärker aus als die klassischen Müllverbrennungsanlagen. Der Grund: minderwertige Filter für diese Anlagen. So würden die Grenzwerte für Schadstoffe deutlich geringer als bisher unterschritten. Aber genau dies rechnet sich.

Michael Braungart von der Uni Lüneburg hat ermittelt, dass die Verbrennung einer Tonne Müll in den besten Anlagen Kosten von bis zu 400 Euro verursacht, bei vielen Ersatzbrennstoffkraftwerken hingegen nur 50 Euro. Braungart wortwörtlich: „Viele Emissionswerte sind um ein Mehrfaches höher als bei den bestehenden Anlagen, die Profite dafür umso größer“.

Ich frage mich nun, was macht eigentlich die Bundesregierung? Sie sollte die Augen aufmachen und auch berücksichtigen, dass der Boom bei der Planung und beim Bau sogenannter Ersatzbrennstoffkraftwerke unzählige Bürgerinitiativen auf den Plan gerufen hat. Industrieunternehmen wie Holzverarbeitungs- und Papierverarbeitungsbetriebe bauen Heizkraftwerke, die angeblich mit eigenen Produktionsabfällen beschickt werden sollen. Doch die meisten dieser Anlagen sind vollkommen überdimensioniert. Sie werden nicht im Entferntesten mit eigenen Abfällen gefüttert werden können. In Brandenburg etwa sind Anlagen in Betrieb, im Bau oder in Planung mit einer Gesamtkapazität von drei Millionen Jahrestonnen. Das ist das Sechsfache dessen, was tatsächlich an Ersatzbrennstoffen im Land anfällt. Hier steht ein gigantischer Mülltourismus bevor, nicht nur in Brandenburg. Und die jüngst liberalisierte EU-Abfallrahmenrichtlinie wird diesen Mülltourismus noch erleichtern.

Vielleicht kann die Senkung der Emissionsgrenzwerte hier dämpfend wirken, deshalb stimmen wir dem Antrag der Grünen zu. Für eine grundlegende Lösung bedarf es aber unserer Meinung nach einer koordinierten Planung von EBS-Kapazitäten. Leider lehnt die Bundesregierung so etwas oder entsprechende Bedarfsnachweise grundsätzlich ab. Sie setzt hier allein auf den Markt. Auch hier werden dies die Bürgerinnen und Bürger zu bezahlen haben. Diesmal mit ihrer Gesundheit.

Quelle:

www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1369102176
Eva Bulling-Schröter ist MdB der LINKEN:

PROGRAMMATIK

Zuarbeit zu Anfragen zum Bundestagswahlprogramm

Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform

Unter welchen sozial-ökonomischen Bedingungen im Land wird Politik in den kommenden vier Jahren nach eurer Einschätzung voraussichtlich stattfinden, wovon sollten wir ausgehen?

Die sozial-ökonomischen Bedingungen werden sich zum Nachteil breiter Bevölkerungsschichten durch die Globalisierungspolitik der supranationalen Konzerne auch hierzulande weiter verschlechtern. Dazu kommen die Auswirkungen der Hypothekenkrise in den USA und anderen Ländern, die einen Abschwung der Weltwirtschaft und damit eine Beendigung oder zumindest eine Abschwächung des deutschen Exportbooms zur Folge haben wird. Das ist verbunden mit einer ansteigenden Arbeitslosigkeit und noch mehr prekären Arbeitsverhältnissen. Die ökonomischen Verhältnisse dürften gekennzeichnet sein durch Instabilität auf den Finanz- und Immobilienmärkten, durch den Kampf um Rohstoffe bis hin zu neuen Kriegen, durch weiteren Abschwung und stagnierendes oder sinkendes Bruttosozialprodukt und sinkende Reallöhne sowie die weitere Öffnung der Einkommensschere. Aufgrund der höheren Kosten für Material und Klimaschutzmaßnahmen werden alle Preise steigen, was nicht durch Produktivitäts- und Lohnsteigerungen ausgeglichen werden kann. Das Kapital wird weiter versuchen, die Profite zu privatisieren und die Verluste zu sozialisieren, auch unter dem Deckmäntelchen sozialerer Ansagen.

Aus diesen Entwicklungen leiten sich die politischen Kräfteverhältnisse ab. Unter dem Druck der Konzerne und Lobbyisten wird der Bundestag immer mehr zum Erfüllungsgehilfen des Großkapitals bei der Profitmaximierung. Die anderen Parteien vertreten und befördern diesen Kurs im Wesentlichen. Einige wollen bestenfalls nur die Auswüchse des kapitalistischen Gesellschaftssystems mildern und die Lasten anders verteilen.

Solange die LINKE in Opposition bleibt und die Regierungsparteien und die Opposition von Grün und Gelb vor sich hertreibt, werden die politischen Kräfte der LINKEN gestärkt.

Will die LINKE aber mitregieren und die turbokapitalistische Realität nur marginal erträglicher machen, wird sie Wählerstimmen massiv verlieren (siehe Berlin) und im Grund überflüssig werden, da auch die anderen Parteien, weil sie wiedergewählt werden wollen, vorgeben, die Lage der ärmeren Schichten etwas besser machen zu wollen. Ein Mitregieren kommt für die LINKE nur in Frage, wenn

sie nachhaltig ihre politischen Forderungen durchsetzen kann. Eine Koalition, wo der schwächere Partner in vielen grundsätzlichen Fragen klein beigeben muss (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), wäre eine Kapitulation der LINKEN.

Wie sind die politischen Kräfteverhältnisse im Wahljahr 2009 einzuschätzen?

Die Kraft der Regierungsparteien wird nachlassen. Es werden wie bisher vornehmlich die ärmeren Schichten der Bevölkerung sein, die auch die Lasten der ökologischen und ressourcenbedingten Veränderungen zu tragen haben. Wenn es der LINKEN gelingt, Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten dafür klar zu benennen, kann sich das Kräfteverhältnis weiter zu ihren Gunsten verschieben.

In prinzipieller Opposition zur Politik der Regierung muss sie gangbare Wege aus dem ökologischen und sozialen Niedergang aufzeigen. So könnte sie erreichen, dass sie über die für die LINKE prognostizierten 12 Wählerstimmen hinaus weitere Wähler der Grünen und linken Sozialdemokraten und auch religiös gebundener Bevölkerungsschichten gewinnen kann.

Welche gesellschaftlichen Großthemen sollten im Mittelpunkt unseres Wahlprogramms stehen, welche 3 Forderungen sollten uns von den anderen Parteien unterscheiden?

1. Klimawandel und Energieerzeugung

Im Unterschied zu anderen Parteien, die den Klimawandel auf das unveränderliche Wohlstandsdenken und -handeln der Bevölkerung zurückführen, sollten wir die global wirkenden Konzerne, insbesondere die Energie- und Autokonzerne mit ihren kapitalhörigen Regierungen der Industrieländer als die dafür Verantwortlichen darstellen. Die Jagd nach dem Maximalprofit verbietet den sparsamen Umgang mit den Ressourcen sowie den Umstieg auf erneuerbare Energie. Der Kohlendioxid ausstoß hat jährlich weltweit (von 2000 bis 2006 um 20 %) und in den letzten Jahren auch in Deutschland zugenommen. Die Erklärungen und Beschlüsse der Regierung sowie die Selbstverpflichtungen der Industrie sind nicht eingehalten worden. Das Kapital und die Regierung führen uns in die ökologische und ökonomische Katastrophe. Diese Zusammenhänge werden von keiner anderen Partei öffentlich gemacht. Z. B. müssen wir klarstellen, dass der Neubau von Kohlekraftwerken, die bis 2050 laufen werden, ein Verbrechen an unseren Lebensgrundlagen ist und verboten werden muss. Diese Zusammenhänge werden von den Grünen nicht thematisiert.

Konkrete Vorschläge müssen ins Wahlprogramm, was die vier Hauptverursacher im Energiebereich zur Eindämmung der bereits spürbaren Klimaveränderungen zukünftig leisten müssen. Die Strom-

konzerne müssen ihre gesamten Investitionsmittel in Anlagen der erneuerbaren Energie stecken. Die Stromerzeuger und Netze müssen rekommunalisiert, in Treuhand übernommen oder verstaatlicht werden. Der öffentliche Nahverkehr muss massiv ausgeweitet werden. Die Automobilindustrie muss schnellsten emissionsarme oder emissionslose Autos in großer Stückzahl produzieren.

Die Regierung muss Gesetze und Fördergelder beschließen, um einen Durchbruch bei der Anwendung von Thermosolarheizungen bei allen Gebäuden zu erzielen. Die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung ist ungenügend. Die Landwirtschaft ist entschiedener und wirksamer beim Übergang zur biologischen Bewirtschaftung zu fördern. Durch die Regierung sind Initiativen ins Leben zu rufen, um Fleischverzehr und -produktion massiv zu senken. Zu allen Maßnahmen müssen machbare und finanzierbare, aber die ärmeren Schichten nicht weiter belastende, Vorschläge gemacht werden.

2. Gerechtigkeit auf allen Gebieten der Gesellschaft herstellen

Hervorgetan hat sich die LINKE mit Vorschlägen, wie **soziale** Gerechtigkeit auf vielen Gebieten hergestellt werden kann. Das sollte auch weiterhin im Wahlkampf verfolgt werden.

Hinzu kommen muss der Gesichtspunkt der **ökologischen** Gerechtigkeit in Verbindung mit dem Internationalismus. Die Bevölkerung muss wissen, dass wir auf Kosten der Natur und der Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern unseren Lebensstandard halten und dass die Frist, in der das noch weiterhin möglich ist, nur noch eine Generation betrifft. Unsere Kinder und Enkel werden uns vorwerfen, dass wir bedenkenlos die Ressourcen und die Natur irreversibel verbrauchen und vernutzen. Die **intergenerative Gerechtigkeit** muss im Parteiprogramm ebenso Platz finden wie die **ökonomische und ökologische** Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd.

Nicht zuletzt geht es um die Gerechtigkeit zwischen den Unternehmern bei den Verwertungsbedingungen der Kapitale. Die Unternehmer der Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe werden nämlich von den Konzernen ausgebeutet. Auch hier sind Wählerstimmen zu gewinnen.

3. Auswirkungen der Verknappung und Verteuerung der Ressourcen

Alle Rohstoffe und Energieträger der Industrie haben sich in den vergangenen Jahren rapide verteuert, was zum „Sprengsatz für unsere Wirtschaft wird“ (Institut der deutschen Wirtschaft). Nicht nur Öl, Gas und Uran werden in wenigen Jahrzehnten versiegen, sondern auch wichtige Industrierohstoffe. Ihre Förderung wird immer teurer und energieaufwendiger, weil der Erzgehalt der Lagerstätten sinkt und die Erreichbarkeit der Bodenschätze sich schwieriger gestaltet. Schon zwischen 2010 und 2020 wird die Nachfrage das Angebot weit übersteigen und damit zu Verteuerungen führen. Das ist bei einer vorausschauenden Sozialpolitik unbedingt zu berücksichtigen.

Auf diese Probleme der Rohstoffverknappung muss die LINKE eingehen, weil die übrigen Parteien so tun, als ob es eine Energie- und Rohstoffversorgung wie bisher bis in alle Ewigkeit geben wird. Der gegenwärtige Grundwohlstand kann nur gehalten werden, wenn es gelingt, den Ressourcenverbrauch durch geringen Materialaufwand sowie Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit der erzeugten Güter entschieden zu senken. Diese Aufgabe wird von den Konzernen nicht gestellt, weil dadurch der Profit erheblich sinken würde. Aus Profitgier werden nachhaltige Technologielösungen verhindert. Das Kapital und seine Apologeten wollen so weiter machen, bis die ökonomische Katastrophe da ist. Diese Zusammenhänge kann nur die LINKE aussprechen und die Lösung aufzeigen. Eine Kurskorrektur der industriellen Produktion ist notwendig und muss vom Staat gefordert, gelenkt und über Vergabe von Forschungsmitteln unterstützt werden.

Eine grundsätzliche Umgestaltung der heutigen Industriegesellschaft ist notwendig, eine ökologische Zeitenwende ist einzuleiten. Dazu muss das Steuersystem schrittweise umgestaltet werden, so, dass Arbeit weniger und Rohstoffe mehr kosten. Dabei darf die Bevölkerung mit geringem Einkommen nicht zusätzlich belastet werden. Auch könnte die Mehrwertsteuer so verändert werden, dass umweltbelastende und Luxusprodukte einen höheren Steuersatz bekommen. Das System des Emissionshandels muss beendet werden, da es eine angebotsreduzierende Wirkung hat mit enormen Preissteigerungen und Extraprofiten für die beteiligten Konzerne.

4. Die LINKE braucht eine ökologische Ökonomie in Theorie und politischer Praxis.

Zukünftig sind für heutige und zukünftige Generationen hohe ökonomische und sozial-kulturelle Standards nur vertretbar, wenn die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit der Erde eingehalten werden. Das ist bei der heutigen Wirtschaftsweise vor allem in den Industrieländern nicht der Fall. Die natürliche Tragfähigkeit wird bereits weitgehend überschritten. Die erneuerbaren natürlichen Ressourcen werden übernutzt und die nicht erneuerbaren Ressourcen werden gnadenlos progressiv ausgebeutet bis zum Ende der Versorgung. Daraus entsteht die Aufgabe, die gesamte Volkswirtschaft entsprechend der Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung umzustrukturieren.

Aufbauend auf dem im Grundgesetz festgeschriebenen Staatsziel der Nachhaltigkeit (Art. 20 a), muss die LINKE eine Theorie der Ökologischen Ökonomie erarbeiten, wobei sie sich auf die Forschungsergebnisse der ökonomischen Schule der Ökologischen Ökonomie stützen kann. Eine nachhaltige Entwicklung beruht auf den ethischen Prinzipien der **intra- und intergenerativen Gerechtigkeit und Verantwortung, dem Vorsorgeprinzip, der partizipativen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit**. Wir müssen das neoliberale Dogma der Konsumentensouveränität und des homo oeconomicus mit durch Werbeterror erzeugten unbe-

grenzten Bedürfnissen sowie deshalb notwendiger kontinuierlicher Produktionssteigerung angreifen und dem eine Ökologische Ökonomie mit folgendem Inhalt entgegensetzen: Die Produktion wird durch die Grenzen der dauerhaften Erhaltung der Natur begrenzt. Das Wachstumsparadigma muss durch ein Nachhaltigkeitsparadigma ersetzt werden. Ein selektives Wachstum (Anlagen für erneuerbare Energien) ist nur bei sinkendem Ressourcenverbrauch möglich. **Lebensqualität und Konsum sind nicht identisch** und können nicht gleichgesetzt werden. Der Staat muss durch Setzung der erforderlichen Rahmenbedingungen seine Verantwortung wahrnehmen und so den Begleiterscheinungen der Marktwirtschaft (Armut, Übernutzung natürlicher Ressourcen, Unterausstattung an kollektiven Gütern, Kriege um Rohstoffe) entgegensteuern. Dies betrifft insbesondere die Bereitstellung von Lebensmitteln und die Nutzung der Energieressourcen. In diesem Zusammenhang muss auch die Produktion von Treibstoffen aus Agrarprodukten, im Besonderen aus Lebensmitteln, thematisiert werden.

Ohne globale Maßnahmen wird sich eine Ökologische Ökonomie nicht durchsetzen lassen. Es muss ein Ordnungsrahmen für alle Staaten geschaffen werden. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Material in den Industrieländern muss bis 2050 um 80 – 90 % gesenkt werden. Weltweit muss die Bevölkerungszunahme gestoppt werden. Vorrangig sind die Industrieländer als Verursacher der gegenwärtigen prekären Lage verantwortlich. Der Staat kann bei weiterer Demokratisierung und Entwicklung der direkten Demokratie die treuhänderische Verantwortung für die Natur übernehmen. Er muss sich wirksam in die Wirtschaft einmischen, um umweltfreundliche und materialsparende Techniken und Technologien durchzusetzen, Produktinnovationen auszulösen und Konsumstile zu verändern. Eine Dematerialisierung der Bedürfnisbefriedigung muss wichtiges Staatsziel werden. Diese geschilderte, für den Weiterbestand der Menschheit entscheidende Problematik wird von keiner Partei thematisiert.

Diese Zuarbeit erfolgte auf Anforderung des Bundeswahlkampfleiters Dietmar Bartsch vom 24.7.2008.

Frieden, Demokratie, Solidarität - Für ein besseres Europa. Entwurf des Parteivorstands DIE LINKE für ein Europawahlprogramm. Überarbeitung vom 29.11.2008

Ökologische Plattform, BAG Umwelt, Energie und Verkehr und Mitarbeiter für Umwelt der Bundestagsfraktion der LINKEN
(Änderungen am Entwurfstext durch Plattform oder BAG sind kursivgekennzeichnet - d. Red.)

Ergänzung – Seite 1, Zeile 12:

DIE LINKE hat das Ziel, dass alle Menschen in Würde selbst bestimmt und solidarisch miteinander leben können – in Europa und weltweit. Deshalb sind der Kampf um soziale Gerechtigkeit und die Stärkung des Friedens Kompass für unser Handeln in Europa, in den Ländern und den Kommunen. Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen sind zwei Seiten einer Medaille. So ist eine fortschrittliche Klimaschutzpolitik nicht nur Überlebenswichtig für die natürliche Umwelt. Sie ist zugleich ein Beitrag zum Kampf um globale soziale Rechte, verschärft der fortschreitende Klimawandel doch das tägliche Ringen von Millionen Menschen ums Überleben. Die konkrete Ausgestaltung von Umweltpolitik darf aber nicht zu einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft führen. Bezahlbare Energie und Mobilität muss auch für einkommensschwache Gesellschaftsschichten gewährleistet bleiben. Der Ökologische Umbau bedarf daher eines starken sozialen Sicherungssystems.

Ergänzung – Seite 5, Zeile 159 Überschrift:

Soziale, *ökologische* und politische Rechte garantieren

Ergänzung – Seite 5, Zeile 166:

Die LINKE will daher den Vorrang der politischen, sozialen und *ökologischen* Grundrechte vor den Marktfreiheiten in die europäischen Verträge aufnehmen. [...]

Ergänzung – Seite 5, Zeile 170:

Um soziale und *ökologische* Rechte zu verteidigen und auszubauen, müssen politische Rechte gestärkt und erweitert werden. Das gilt für die Durchsetzung eines grenzüberschreitenden Koalitions- und Streikrechts, einschließlich des Grundrechts auf politischen Streik und für EU-weite Volksabstimmungen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen zu allen grundlegenden Angelegenheiten verbindliche Volksentscheide erwirken können.

Streichung/Ergänzung – Seite 8, Zeile 300 ff.:

DIE LINKE ist der Auffassung, dass ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Effizienz kein Widerspruch sein müssen. Wir treten ein für eine gerechte und solidarische Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient und die Umwelt bewahrt. Die Kluft zwischen Arm und Reich muss verringert werden. Öffentliche Dienstleistungen müssen für alle zugänglich und erschwinglich sein. *Öffentliche Investitionen, eine zukunftsfähige Energieversorgung und ein leistungsfähiges soziales System* müssen den ökologischen Umbau der Gesellschaft absichern. Wir sind überzeugt, dass die geforderten Veränderungen für *den Schutz der Umwelt* einen Innovationsdruck erzeugen, der einen größeren Markt für umweltverträgliche Waren, Technologien und Dienstleistungen schafft und so auch für Investitionen, neue zukunftsfähige Arbeitsplätze und Wertschöpfung sorgt.

Die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erwartet, dass die Politik der Europäischen Union ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert. Beschäftigungssicherung und die Überwindung sozialer und ökologischer Probleme rangiert in der derzeitigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Europäischen Union weit hinter der „Wettbewerbsfähigkeit“. Deshalb ist sie nicht geeignet, die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen geschweige denn einen positiven Beitrag zur Lösung globaler Probleme zu leisten. Im Gegenteil, die EU trägt zu einer weiteren Verschärfung der internationalen Konkurrenz mit allen negativen Folgen für Mensch und Umwelt bei. Es ist das Profitstreben der Konzerne, Banken und Finanzfonds, welches die europäische Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik bestimmt. Dies muss beendet werden.

Ersatz – Seite 13, Zeilen 549 - 559:

In der Politik der LINKEN ist der Kampf gegen die negativen sozialen Auswirkungen der neoliberalen Politik zentrales Thema. Es genügt nicht, soziale Gerechtigkeit zwischen den Völkern, den Bevölkerungsschichten und den Geschlechtern einzufordern, die Forderung muss immer auch mit der Lösung von Umweltproblemen verbunden sein. Die soziale Frage wird nur dann ausreichend geklärt, wenn umweltpolitische Belange damit verbunden sind.

DIE LINKE fordert die Wiederherstellung, Bewahrung und Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaatsmodells. Sozialstaatlichkeit muss zum Vorsorgeprinzip erhoben werden, zu den Werten und Zielen der Union gehören und höchste Priorität bei der Umsetzung aller EU-Politiken haben. Wir fordern, dass sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf gemeinsame soziale, ökologische und kulturelle Mindeststandards als bindende Ziele festlegen: für die Überwindung von Armut, insbesondere von Kinderarmut, von Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung, von gesundheitsgefährdenden Wohn- und Wohnumfeldbedingungen und struktureller Benachteiligung – insbesondere von Frauen. DIE LINKE fordert einen europäischen Pakt gegen Armut, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Zahl derjenigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, um jährlich 3 Prozent zu reduzieren. Würde das Ziel unterschritten, treten Sanktionen in Kraft. Das wäre auch ein konkreter Beitrag für das für 2010 angekündigte „Europäische Jahr des Kampfes gegen Armut und Ausgrenzung“.

Einfügung – Seite 13, Zeile 561, Streichung - Zeile 563 und Ergänzung – Zeile 564:

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollen gemeinsame ökologische Mindeststandards verbindlich festlegen: für *gesunde Ernährung* und für die Reduzierung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen, von Energieverbrauch aus konventionellen Energieträgern, von Flächenversiegelung, und Lärmbelastung.

Der Ausstoß an Klimagasen muss in der EU bis Mitte des Jahrhunderts um rund 90 Prozent gegenüber 1990 vermindert werden und bis 2020 um mindestens 40 Prozent. Diese Minderungsziele sollen durch Maßnahmen in der EU erreicht werden. Der Zukauf von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt sollte rigoros eingeschränkt werden, weil dabei Missbrauch in großem Stil stattfindet. Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird sein, sich auf den bereits in Gang gesetzten Klimawandel einzustellen. Sämtliche Planungsmaßnahmen zu Raumordnung, Stadtentwicklung, Küstenschutz und Landschaftspflege sind unter Klimavorbehalt zu stellen.

Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bedingungen in den 27 Mitgliedsstaaten gehen zum Teil weit auseinander. „Sozial- und Ökologiekorridore“ wären hilfreich, um eine Angleichung zu erreichen: Länder mit ähnlichen Sozialleistungsquoten (Verhältnis der Sozialausgaben zum Bruttoinlandsprodukt) und Länder mit ähnlichen Ökoinvestitionsquoten (Verhältnis von Investitionen für ökologische Zwecke zum Bruttoinlandsprodukt) werden dabei jeweils in Gruppen zusammengefasst. Verbindliche "Korridor Grenzen" und Durchsetzungsmechanismen sollen verhindern, dass Länder die Anteile ihrer Sozialausgaben bzw. Umweltinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt absenken anstatt sie zu steigern.

Ergänzung – Seite 13, Zeile 577:

Der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument hat bislang versagt. Er hat zu Mitnahmegewinnen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe geführt und *nicht* zum Klimaschutz beigetragen. Die Vergabe von Emissionsrechten darf nicht länger kostenlos erfolgen. Die Zertifikate müssen vollständig versteigert werden. Der Emissionshandel muss zukünftig einen wirksamen Beitrag leisten, um den Neubau von Kohlekraftwerken zu verhindern. *DIE LINKE setzt sich für eine ökologisch gewichtete Energie- und Ressourcensteuer ein, die ein stufenweise ansteigendes Steueraufkommen erzielt. Dafür müssen alle Bürger und Bürgerinnen an anderer Stelle finanziell entlastet werden - sozial gerecht.*

Ergänzung – Seite 14, Zeile 585:

DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Erfordernisse des Umweltschutzes in allen EU-Politiken integriert und dabei nicht länger wirtschaftlichen Interessen einer Minderheit untergeordnet werden. Insbesondere geht es uns darum, über den verstärkten Einsatz von Umweltschutztechnologien zur Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz und zur Verringerung der Belastung von Boden, Wasser und Luft beizutragen. Dazu fordern wir die Etablierung von geschlossenen Stoffkreisläufen. Wir setzen uns ebenfalls für die ökologische Verantwortung der Hersteller für ihre Produkte über den ganzen Lebenszyklus ein, einschließlich einer ökologischen Entsorgungsstrategie. *Das Erdölzeitalter geht unwiderruflich zuende. Wir meinen, es muss sofort*

begonnen werden, diesen zentralen Rohstoff für viele Bereiche der Industriegesellschaft als endlich einzukalkulieren.

Ergänzung – Seite 14, Zeile 592:

Auch erneuerbare Energien müssen Nachhaltigkeitskriterien genügen. Statt allein auf Agrokraftstoffe zu setzen, muss eine grundlegende Neuausrichtung der Verkehrspolitik erfolgen. Priorität muss die Verkehrsvermeidung sowie der Ausbau von öffentlichem Personenverkehr sein. Der rasant ansteigende Güterverkehr muss eingedämmt und zunehmend von der Strasse auf die Schiene verlegt werden. Dazu sind die Fördermittel für den Ausbau der internationalen Schienenverkehrsprojekte im Rahmen der Transeuropäischen Netze zu Lasten der Straßenprojekte deutlich zu erhöhen. *Der durchschnittliche CO₂-Ausstoß von Autos muss bis 2012 auf 120 Gramm pro Kilometer und bis zum Jahr 2020 auf 80 Gramm gesenkt werden. Im Flug- und Schiffsverkehr setzen wir uns für eine europaweite Abgabe für fossile Kraft- und Treibstoffe ein.*

Der Zustand der Meere ist besorgniserregend: Überfischung, Zerstörung mariner Lebensräume und eine zunehmende Belastung aufgrund des Klimawandels. Die EU-Meeresstrategierichtlinie muss um klare zeitliche und ökologische Zielvorgaben für den Erhalt bzw. die Wiederherstellung einer intakten Meeresumwelt ergänzt und mit anderen meeresrelevanten Gesetzen verknüpft werden. Konkrete Maßnahmenpläne der Mitgliedsstaaten müssen früher als vorgesehen vorgelegt werden. Großflächige Meeresschutzgebiete sind einrichten, in denen Müllentsorgung oder Ressourcenentnahme ausgeschlossen sind. Der Zustand der Binnengewässer ist durch eine konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu verbessern.

DIE LINKE fordert die konsequente Umsetzung der EU-Vogelschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie in den Mitgliedsstaaten. Nur wenn bis 2010 ein umfassendes „Natura 2000“-Schutzgebietsnetz auf Land und im Meer geschaffen ist, kann das EU-Ziel, den Verlust der Artenvielfalt bis 2010 zu stoppen, vielleicht noch annähern. Der Natur- und Artenschutz ist darüber hinaus konsequent in die Agrar-, Verkehrs-, Forst- und Raumordnungspolitik der EU zu integrieren.

Änderung/Ergänzung – Seite 14, Zeile 601:

Zur Vermeidung von Schäden durch Chemikalien fordern wir die Umkehr der Beweislast bei allen Substanzen sowie die Einstellung der Produktion und Vermarktung von Substanzen, die Mensch oder Umwelt schädigen. EU-Importe von chemischen Substanzen und Produkten sollen den gleichen Sicherheitsstandards unterliegen müssen wie die innerhalb der EU hergestellten. Die EU-Chemikalienverordnung REACH bietet zu wenig Schutz vor gesundheitsgefährdenden chemikalischen Substanzen und muss grundlegend überarbeitet werden.

Ergänzung – Seite 14, Zeilen 606 und 609:

Die LINKE steht für eine energiepolitische Wende. Dies erfordert Maßnahmen zur radikalen Einsparung von Energie, zur Steigerung der Energieeffizienz, zum schnellstmöglichen Atomausstieg und zum Übergang zu einer vorrangig dezentralen Erzeugung und Nutzung von erneuerbaren Energien.

Als Etappenziel fordert die LINKE für 2020: Im Strombereich soll der erneuerbare Anteil 40 Prozent betragen, im Wärme- und Kältesektor 25 und im Kraftstoffbereich 20 Prozent. Der EURATOM-Vertrag muss beendet und die beträchtlichen Fördermittel für Atomforschung müssen zur Förderung erneuerbarer Energien umgewidmet werden. Davon sind jene Mittel auszunehmen, die für die Demontage von AKWs und die sichere Lagerung des angefallenen Atommülls benötigt werden. Der Betrieb atomarer Wiederaufarbeitungsanlagen und die damit verbundenen Atommülltransporte sind zu stoppen. Die LINKE fordert eine europäische Energie-Regulierungsbehörde, um gegen die Machtkonzentration vorzugehen und um dezentrale Erzeugungs- und Netztransportstrukturen zu schützen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Netz-Infrastruktur (Strom, Gas, Wasser, Bahn) in öffentlichem Eigentum bleiben bzw. in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden. Für eine verantwortungsvolle Agrarpolitik

Die LINKE unterstützt eine Landwirtschaftsentwicklung, die sozial und ökologisch nachhaltig produziert. Uns geht es dabei um die Nutzung und Bewahrung der Natur als Nahrungs-, Rohstoff- und Energiequelle und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen (Wasser, Boden, Luft und Artenvielfalt). Wir setzen uns ein für die Pflege und Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaften, die Gewährleistung von Wertschöpfung und Beschäftigung in den Dörfern, sowie einer artgerechten Zucht und Haltung von Nutztieren. Wir fordern faire Preise für Lebensmittelerzeuger. Die Marktmacht der Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten muss begrenzt werden.

Ergänzung – Seite 14, Zeile 625:

Wir wollen bis 2025 in der EU einen Anteil des ökologischen Landbaus von mindestens 40 Prozent erreichen, jedoch auch befördern, dass eine ökologisch ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft darüber hinaus für alle Betriebe vorgebracht wird. Der Einsatz von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln muss reduziert, Schlachttiertransporte quer durch Europa sollten unterbunden werden. Wir unterstützen eine tierfreundliche Politik, die u. a. eine artgerechte und weniger intensive Tierhaltung zum Ziel hat. Tierversuche sind auf ein unvermeidliches Maß zu beschränken.

Strukturelle Produktionsüberschüsse, die das Ergebnis einer verfehlten Förderpolitik sind, müssen beschleunigt abgebaut und künftig vermieden werden. EU-Agrarsubventionen sind zukünftig an Existenz sichernde Arbeitsplätze, Ressourcen schonende Agrartechnik und Landschaft gestaltende

Strukturen zu koppeln. Die Subventionen dürfen keine negativen Auswirkungen auf die Agrarproduktion außerhalb der EU haben. Exportsubventionen sind daher abzuschaffen. Die Agrarförderungspolitik muss die Gleichberechtigung aller Betriebsformen garantieren und jede Benachteiligung von Genossenschaften und anderen Gemeinschaftsunternehmen, die sozialer und effektiver sind, aufheben. Beim Zugang zum EU-Binnenmarkt ist zwischen großen Agrarexportländern und Entwicklungsländern zu unterscheiden, wobei letztere keineswegs homogen sind. Agrarhandel muss darauf abzielen, Probleme zu mildern und beseitigen. Dies heißt, dass die Interessen der Schwächeren und die Erfordernisse sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit Priorität haben müssen. Wir lehnen die zunehmende Fokussierung der Landwirtschaft auf Biospritprodukte ab. Ihr Anbau verdrängt zunehmend die Nahrungsmittelproduktion und trägt zur Verschärfung der globalen Nahrungsmittelkrise bei. Die von genmodifizierten Pflanzen ausgehenden Gefahren für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt sind erheblich. Ihre Verbreitung vertieft die Abhängigkeiten von internationalen Saatgut- und Pharmakonzernen. Deshalb lehnen wir ihren Anbau ab und setzen uns für strikte Einfuhrkontrollen und strenge Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte ein. Verbraucher und Verbraucherinnen, Produzenten und Produzentinnen, die Gentechnologien ablehnen, sollen nicht genötigt werden, an diesen partizipieren zu müssen. DIE LINKE lehnt das Klonen und die Patentierung von Lebewesen ab.

Wir treten für eine ganzheitliche und regional differenzierte ländliche Entwicklungspolitik ein. Sie setzt die Beteiligung der ländlichen Bevölkerung voraus. Vorrangiges Prinzip muss sein, die lokalen und regionalen Entwicklungspotenziale stärker zu fördern und zu nutzen. Dafür müssen die Mittel des EU-Budgets anders eingesetzt werden und stärker auf die Förderung ländlicher Räume orientieren. Einheitliche Rahmenbedingungen sollen die lokalen und regionalen Spielräume wesentlich erweitern, vor allem in den neuen EU-Mitgliedsländern.

Für eine solidarische Klimapolitik

Die EU muss ihre Anstrengungen verstärken, damit neue globale Vereinbarungen zum Klimaschutz getroffen werden. Das gilt insbesondere für die Zeit nach dem Ablauf des Kyoto-Abkommens. Nur so können ökologische Probleme gemildert und gelöst werden. DIE LINKE fordert, dass die EU angemessene Finanzmittel für den Klimaschutz und für Klimaanpassungsmaßnahmen auch in den Entwicklungsländern bereitstellt.

Streichungen/Ergänzungen – Seite 15, Zeile 663:

Die großen verbliebenen Naturräume des Planeten, wie z.B. die Antarktis, die Arktis, die Weltmeere und die Regenwälder ebenso wie die borealen Wälder müssen vor weiterer Ausplünderung und weiterer Klimaerwärmung wirksam geschützt werden.

~~den. Die Einfuhr und der Handel von illegal geschlagenem Tropenholz in die Europäische Union ist zu verbieten. Angesichts des Klimawandels und zunehmender Umweltzerstörung muss mehr zur Erhaltung der Regenwälder getan werden. Die EU sollte darauf hinwirken, dass die industrielle Holzgewinnung als vorrangige Aufgabe der Regenwald-Bewirtschaftung betrieben wird und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass innerhalb ihrer Grenzen nur legal und nachhaltig produziertes Holz importiert wird. Die Europäische Union muss bei Wasserkraft-, Erdöl-, Erdgas- und Bergbauprojekten, an deren Finanzierung sie beteiligt ist, auf strenge soziale und ökologische Standards bestehen.~~

Die EU soll Konzepte entwickeln, um in Entwicklungsländern den Einstieg in eine sozial und ökologisch nachhaltige Energiewirtschaft zu ermöglichen. So wären zum Beispiel dezentralisierte Energieversorgungssysteme auf der Basis erneuerbarer Energie – wie kleine Wasserkraftwerke, Windkraft, Sonnenenergie, Geothermie und Biomasse - angemessene Lösungen für ländliche Gebiete und entsprächen den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen und der Existenz kleiner Betriebe. Sowohl auf globaler als auch nationaler und lokaler Ebene ist es notwendig biologische Vielfalt und genetischen Ressourcen *rechtlich zu schützen.*

UMWELTNACHRICHTEN

IRENA kann in Bonn starten

**Eurosolar e. V.,
Pressemitteilung vom 25.10.2008, Madrid/Bonn**

Vorbereitungskonferenz zur Gründung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien in Madrid erfolgreich abgeschlossen.

Bei der abschließenden Vorbereitungskonferenz zur Gründung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) haben sich die beteiligten 51 Staaten am 23. und 24. Oktober über die Statuten dieser neuen weltweiten Organisation verständigt. „Damit ist der Weg frei für die Gründungskonferenz der IRENA am 26. Januar 2009 in Bonn“, erklärte der Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer, der als Präsident von EUROSOLAR und Vorsitzender des Weltrates für Erneuerbare Energien (WCRE) die IRENA-Initiative seit Beginn der 90er Jahre entwickelt und vorangetrieben hat.

Die Bundesregierung werde die verhandelten Dokumente an alle Mitgliedstaaten der UN schicken und alle interessierten Staaten zur Teilnahme an der Gründungskonferenz von IRENA nach Bonn einladen, teilte Scheer mit. „Gespräche mit Regie-

rungen weltweit und drei internationale Konferenzen in diesem Jahr haben die Notwendigkeit von IRENA erwiesen. Ich bin zuversichtlich, dass etwa 50 Länder Gründungsmitglieder der Agentur werden wollen", sagte Scheer, „IRENA wird die treibende Kraft bei der zügigen Umstellung auf eine weit verbreitete und nachhaltige Nutzung erneuerbarer Energien sein.“ Die internationale Agentur wird Regierungen von Industrie- und Entwicklungsländern praxisnah beraten, Unterstützung bei der Anpassung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen leisten und dazu beitragen, Kompetenzen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien aufzubauen.

Scheer weiter: „IRENA wird nach ihrer Gründung im Januar 2009 bereits Mitte des nächsten Jahres ihre Arbeit aufnehmen. Ihre Gründung ist überfällig. Inzwischen ist weltweit erkannt worden, dass die globale Energieversorgung schnell auf erneuerbare Energien umgestellt werden muss. Aber nur wenige Länder sind bisher politisch und wirtschaftlich darauf vorbereitet. Dies müssen sie jetzt schnell nachholen. Seit Jahren besteht weltweit das Missverhältnis, dass es für die Atomenergie und die fossilen Energien internationale Agenturen gibt, aber nicht für erneuerbare Energien. Diese Lücke wird IRENA schließen.“

Quelle: www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=view&id=938&Itemid=213

Zwei Jahre „Atomausstieg selber machen“. Kundenzahlen der Ökostromanbieter verdoppelt

Bündnis „Atomausstieg selber machen“, Pressemitteilung vom 01.10.2008, Berlin

Seit genau zwei Jahren heißt es für Stromkunden „Atomausstieg selber machen“. Als Träger der gleichnamigen Kampagne rufen seit Oktober 2006 Umwelt- und Verbraucherschutzverbände dazu auf, über ihre Stromrechnungen nicht länger die Atomindustrie zu finanzieren. Der Koordinator der Kampagne, Florian Noto, rät Kunden der Atomkonzerne EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall, „ganz einfach zu kündigen, wenn man mit der Konzernpolitik nicht zufrieden ist“.

„Es kostet Sie nur fünf Minuten“, heißt es auf der Internetseite www.atomausstieg-selber-machen.de. Eine wirkliche Alternative seien aber nur Ökostromanbieter, die ihren Strom selbst erzeugen oder aus von Atomkonzernen unabhängigen Quellen beziehen, so Noto: "Von den Stromrechnungen der Verbraucherinnen und Verbraucher soll ein immer geringerer Anteil in die Kassen der Atomkonzerne und Netzbetreiber fließen."

Atomausstieg selber machen empfiehlt den Wech-

sel zu den Elektrizitätswerken Schönau, Greenpeace Energy, LichtBlick oder Naturstrom. Seit dem Start der Kampagne vor zwei Jahren haben diese vier Unternehmen ihre Kundenzahl von rund 300 000 auf insgesamt über 600 000 verdoppelt.

„Ausgangspunkt der Kampagne Atomausstieg selber machen vor zwei Jahren war die Absicht der Atomkonzerne, den von ihnen selbst unterzeichneten Atomausstieg faktisch aufzukündigen“, erläutert Gerd Rosenkranz, Leiter Politik und Presse der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Diese Strategie verfolgten die marktbeherrschenden Konzerne nach wie vor. Sollten die Atomkonzerne ihr Ziel erreichen und ihre Atomkraftwerke länger betreiben können, werde die Dynamik der Energiewende schlagartig zu Ende sein, warnte Rosenkranz: "Es kommt darauf an, für die Konzerne den Preis für ihren Wortbruch so hoch wie möglich zu treiben. Jeder Wechsel zu einem Ökostromanbieter trägt dazu bei."

Atomausstieg selber machen wird von 21 Umwelt- und Verbraucherverbänden getragen: ausgestrahlt, Bund der Energieverbraucher, BBU, BI Lüchow-Dannenberg, BUND, Campact, DNR, DUH, Forum Umwelt und Entwicklung, genanet, Greenpeace, GRÜNE LIGA, IPPNW, Jugendbündnis Zukunftsenergie, KLAR, Mütter gegen Atomkraft, Natur-Freunde, NABU, Robin Wood, urgewald und WWF.

Quelle: <http://www.atomausstieg-selber-machen.de/presse/artikel/358/5aca81469a.html>

Info: Florian Noto, Deutscher Naturschutzring, Tel. 030 678177584,

kontakt@atomausstieg-selber-machen.de

Ausbau von Havel, Spree und Sacrow-Paretzer-Kanal ist überflüssig

Deutsche Umwelthilfe e. V., Pressemitteilung vom 29.09.2008, Berlin

Studie der TU Hamburg-Harburg zum Wasserstraßenausbau Mittellandkanal. Die Studie „Ausbau der Wasserstraßenverbindung Mittellandkanal-Berlin“ der TU Hamburg-Harburg kommt zu dem Ergebnis, dass es für das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit (VDE 17) derzeit keinen Bedarf gibt. Es fehlen sowohl die Gütermengen, die dieses große Projekt notwendig machen, als auch Einsatzkonzeptionen für Großmotorgüterschiffe und Großschubverbände, die einen Ausbau von Havel, Spree und Sacrow-Paretzer-Kanal rechtfertigen.

Die Studie, die im Auftrag von Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Natur (BLN) und Deutsche Umwelthilfe (DUH) erstellt wurde, kommt zu folgenden Ergebnissen: Da das gesamte Güterverkehrsaufkommen im Zeitraum von 1997 bis 2006 in Berlin um 41 Prozent und in Brandenburg um

10 Prozent gesunken ist und der Rückgang bei den Transporten mit Binnenschiffen noch höher liegt (53 Prozent für Berlin und 31 Prozent in Brandenburg), lässt sich keine Notwendigkeit für den verstärkten Infrastrukturausbau begründen.

Der Ausbau für Großschubverbände und Großmotorgüterschiffe im Begegnungsverkehr ist unnötig, da für diese Schiffstypen kein tragfähiges Einsatzkonzept vorliegt und die Wirtschaftlichkeit auf diesen Wasserstraßen mangels genügender Gütermengen sehr fraglich ist.

Der zweilagige Containertransport ist gegenüber Bahn und LKW schon jetzt konkurrenzfähig, um Einschränkungen abzubauen, müssten lediglich die Brücken angehoben werden.

Der Begegnungsverkehr kann schon heute mit reduzierter Geschwindigkeit zugelassen werden, daher ist bei dem geringen Verkehrsaufkommen eine Verbreiterung und Vertiefung abzulehnen.

Die Wirtschaftlichkeit des Bauvorhabens konnte das Bundesverkehrsministerium bisher nicht nachweisen; auch sind keine aktuellen Prognosen in dem Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Sacrow-Paretzer-Kanal berücksichtigt worden. Außerdem wurden keine Alternativen geprüft.

Der BUND, die BLN und DUH haben mit ihrer Studie eine umfassende und aktuelle Analyse vorgelegt, die nachweist, dass der Bedarf für den geplanten Ausbau nicht gegeben ist. Darüber hinaus werden Alternativen aufgezeigt.

„Aus unserer Sicht wird die Luft für das Ausbauprojekt VDE 17 immer dünner. Die Projektplanung ist eindeutig überdimensioniert und für das Ministerium wird es zunehmend schwieriger, den Ausbau zu rechtfertigen, der immerhin noch 1,2 Milliarden Euro verschlingen wird.

Baumfällungen, der drohende Verlust von geschützten Pflanzen, Tieren und Feuchtgebieten rufen immer größeren Widerstand in der Bevölkerung hervor, dem sich auch zunehmend mehr Politiker anschließen. Die ersten zwei Klagen sind eingereicht, und mit der Studie sehen wir gute Chancen, sie auch zu gewinnen“, so Tilmann Heuser, Landesgeschäftsführer des BUND.

*Quelle: [www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=1548&cHash=4e80a](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=1548&cHash=4e80a)
Info: Carmen Schultze Pressestelle BUND Berlin, Tel. 030 787900-12, 0179 5935912; Winfried Lücking, Leiter des BUND-Flussbüro, Tel. 030 787900-16, 01577 2898843; Albert Wotke, Deutsche Umwelthilfe, Tel. 030 2400867-11, 0160 5321050*

Ökologische Plattform NRW für Schließung der Delfinarien

Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung vom 01.12.2008

Die Ökologische Plattform NRW bei der LINKEN setzt sich für die Schließung der beiden Delfinarien in NRW, Duisburg und Münster, ein. „Delfine gehören ins Meer und nicht in größere Badewannen“, macht Ralf Henrichs vom Vorstand der Ökologischen Plattform NRW den Standpunkt deutlich.

Neben Fischerei, Unterwasserlärm, Lebensraumzerstörung und Umweltverschmutzung machen den Delfinen auch die Wildfänge für Delfinarien zu schaffen. Inzwischen sind viele Delfinpopulationen vom Aussterben bedroht. Der Direktor des Nürnberger Zoos, Dag Encke, wies kürzlich darauf hin, dass jeder zweite Delfin in dem Europäischen Erhaltungszuchtprogramm (EEP) ein Wildfang ist. Und das, obwohl Nachzuchtungen unter nicht artgerechten Haltungsbedingungen in Delfinarien nur selten erfolgreich sind.

In Gruppen von bis zu hundert Tieren schwimmen Delfine täglich bis zu 150 Kilometer und tauchen bis zu 300 Meter tief. Weder entspricht es dem Sozialverhalten noch dem natürlichen Bewegungsbedürfnis großer Tümmler, sie in kleinen Becken wie in Münster zu halten. Als besonders tierquälerisch kann hierbei die Einzelhaltung des Sotalia Paco angesehen werden.

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen hat nun auf Initiative des internationalen Wal- und Delfinschutz-Forums (WDSF) dem Delfinarium in Münster strengere Auflagen zur Delfinhaltung erteilt. Das Landesamt stellte fest, dass die Haltungsbedingungen nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Grundlage für die Beurteilung der Delfinhaltung ist das Säugetiergutachten von 1996. Darin sind die Mindestanforderungen an die Haltung von Wildtieren in Zoos beschrieben. „Dieses Gutachten“, so die tierschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Eva Bulling-Schröter, „ist veraltet und hat mit Tierschutz, geschweige denn Wildtierschutz, nach heutiger Auffassung nichts zu tun.“ Nach Einschätzung zahlreicher ExpertInnen enthält dieses Gutachten jedoch nur unzureichende Minimalanforderungen an die Tierhaltung und vernachlässigt neueste wissenschaftliche Erkenntnisse. Das sieht auch die Ökologische Plattform NRW so. Die Bewertung der Haltungsbedingungen im Zoo Münster auf Grundlage des Säugetiergutachtens, macht die Diskrepanz zwischen tatsächlichem und politischem Tierschutz deutlich.

Die Ökologische Plattform NRW unterstützt die Position der mehr als 200 anderen Tierschutzorganisationen, sich für die Schließung der deutschen Delfinarien einzusetzen. Importe von Delfinen aus Wildfängen nach Deutschland müssen verboten werden. Eine EU weite Regelung sowohl für ein vollkommenes Wildfangverbot als auch für ein Verbot jeglicher Haltung von Delfinen muss angestrebt werden. Die Ökologische Plattform NRW fordert noch vor der nächsten Bundtagswahl die Erstellung und Verabschiedung eines neuen Säugetiergutachtens.

Quelle: <http://www.oepf-nrw.de/>

Deutscher Tierschutzbund fordert ein Ende von Tierpatenten

Deutscher Tierschutzbund e. V.,
Pressemeldung vom 22.10.2008, Bonn

Bonn. Der Deutsche Tierschutzbund wendet sich gegen die Vergabe von Tierpatenten. „Tierpatente schaffen erhebliche Anreize, Tiere mit Hilfe der Gentechnik quälerisch zu züchten. Das ist ethisch nicht zu rechtfertigen“, so Brigitte Rusche, Vizepräsidentin des Deutschen Tierschutzbundes und Leiterin der Akademie für Tierschutz in München-Neubiberg. Seit Jahren werden Patente auf gentechnisch veränderte Tiere vergeben. Inzwischen patentiert das Europäische Patentamt (EPA) auch Verfahren, bei denen die Gentechnik zum Einsatz kommt, um das Erbgut zu analysieren. Ziel dabei ist es, Tiere aufzuspüren, die für die konventionelle Weiterzucht geeignet sind. Zuletzt hat das EPA ein Patent im Bereich der Schweinezucht veröffentlicht, bei dem der aufgespürte Erbabschnitt dazu führen soll, dass die Zuchttiere und deren Nachkommen schneller wachsen und weniger Fett ansetzen (EP 1651777). „Hinter jedem Patent steckt das Leiden und Sterben unzähliger Tiere. Kommerzielle Roulettespiele, die bei technischen Neuheiten noch angehen mögen, können im Umgang mit unseren empfindsamen Mitgeschöpfen nicht akzeptiert werden. Wir werden unseren Kampf gegen Tierpatente nicht aufgeben“, so Rusche.

Der direkte Eingriff in das Erbgut von Tieren ist umstritten. Er führt zu Missbildungen und hohen Todesraten bei den Tieren. Auch wenn die Gentechnik zu Analysezwecken eingesetzt wird, hat dies Folgen: Hochleistungsmerkmale werden gezielt ausgewählt, die Tiere einseitig überzüchtet, körperlich überfordert und krank. Zuchtverbände fürchten, dass durch Patente im konventionellen Bereich eine unabhängige Tierzucht gänzlich unmöglich wird. Die landwirtschaftliche Tierzucht wird schon heute von wenigen Monopolisten dominiert, so der Deutsche Tierschutzbund.

Die Patentregeln sehen vor, dass „im Wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Tieren“ nicht patentierbar sind (Artikel 53 des Europäischen Patentübereinkommens). Da auch Tiere, deren Erbzellen im Reagenzglas direkt verändert wurden, auf natürlichem Weg ausgetragen und weitergezüchtet werden, müsste die Verbotsklausel bereits dort greifen. „Es kann nicht angehen, dass konventionell gezüchtete Tiere auch noch patentiert werden können. Die bisherige Patentpraxis bei genveränderten Tieren muss eiligst korrigiert werden. Tiere sind keine Erfindung des Menschen und deshalb auch nicht patentfähig“, erklärt Rusche.

Quelle: <http://www.tierschutzbund.de/03301.html>

Treffen der LAG Ökologische Plattform Niedersachsen in Hannover – Für eine sozial-ökologische Landes- und Bundespolitik!

Karsten Plotzki

Am 13.09.08 tagte die LAG Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE. Niedersachsen im Freizeitheim Vahrenwald zum Thema: „Der totale Bahn-Ausverkauf – wie könnte stattdessen umweltfreundliche Mobilität möglich sein?“. Karsten Plotzki, Sprecher der LAG, führte mit der Vorführung und kurzen Zusammenfassung des Films: „Bahn unter dem Hammer“ in das Thema ein.

Die niedersächsische Bundestagsabgeordnete Dorothee Menzner berichtete in Ihrem Eingangsreferat von der Vorgeschichte zur geplanten Privatisierung der Bahn und dem aktuellen Stand der Dinge. Sie ist verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Die sich anschließende Diskussion vertiefte die Kenntnisse, weil ein „Bahninsider“ anwesend war. Insbesondere wurde den interessierten Zuhörern verdeutlicht, dass die DB die Instandhaltung der Eisenbahnanlagen für den Börsengang immer weiter zurückgefahren hat. Aus der Sicht vieler Experten gefährdet diese Vernachlässigung auch die Sicherheit der Passagiere. Wie sich gezeigt hat ist der ICE wegen der erforderlichen Untersuchungen an den Radreifen und Achsen mehr und mehr in den Werkstätten als auf der Strecke. Doch der DB-Konzern wiegelt ab und will nicht das Material ersetzen und fährt weiter auf Verschleiß.

Dorothee Menzner meint abschließend: „Die Deutsche Bahn ist ein Teil der Daseinsvorsorge und gehört nicht in private Hände. Es gilt andere Probleme bei der Bahn dennoch zu lösen. Als Folge der Renditenorientierung wurden Investitionen in das Schienennetz vernachlässigt. Die notwendige Umorientierung erfordert einen völlig neuen Ansatz in der Bahnpolitik. Es müssen mehr Verkehr auf die Schienen verlagert und nicht immer mehr Fernzüge abgeschafft werden. DIE LINKE fordert, die Pläne zum Bahnbörsengang nicht nur zu verschieben, sondern völlig aufzugeben.“ Das zeigt auch eine aktuelle Umfrage in der Bevölkerung: 78% der Bürger wollen eine Bahn in öffentlicher Hand! (*Neue Emnid-Umfrage 14.10.2008*)

In ihrem Heft „Halbzeit“ vermittelt Dorothee Menzner einen Einblick in ihre parlamentarische Tätigkeit im Bundestag. Ein neues Heft ist in Planung und wird im Herbst 2009 erscheinen. Mehr Infos finden sich natürlich auch im Internet unter: www.dorothee-menzner.de.

Nach der Mittagspause wurde über die aktuellen Probleme im „Endlager“ Asse gesprochen. Hier berichtete Rolf Köhne (ehemaliges MdB) von den momentanen Zuständen. In der Diskussion zeigte sich, dass nicht genügend Informationen vorhanden sind. Darum wurde beschlossen, das Thema

auf der nächsten Sitzung zu vertiefen. Kurt Herzog (MdL) soll als Referent gewonnen werden.

Auch konnten wir an diesem Tag einige neue Mitstreiter für die Ökologische Plattform gewinnen, darunter auch der erst kürzlich aus der SPD übergetretene Genosse Reiner Budnick aus Hannover-List. Er zeigt großes Interesse, die Frage der Erdwärmennutzung und von alternativen Energien in einem der nächsten Treffen vorzustellen. Menschen aus allen Strömungen der Partei und SympathisantenInnen kommen in unserer Plattform zusammen und streben eine sozial-ökologische Landes- und Bundespolitik an. Wir legen Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit den Umweltorganisationen/-verbänden und der LAG Umwelt-Energie-Verkehr. Wir stellen auch Kontakte zu den zuständigen Ansprechpartnern zur Energie- und Umweltpolitik auf Landes- und Bundesebene her.

Die Ökologische Plattform unterstützte die Bundesweite Anti-Atom Demonstration in Gorleben am 8.11.2008 und den Klimaaktionstag am 6.12.2008.

Infos: Karsten Plotzki, Sprecher der LAG Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE. Niedersachsen, Tel.: 0511 5331690, E-Mail: oekologische-plattform-die-linke-niedersachsen@gmx.de

Links zum Thema Bahnprivatisierung:

<http://privatisierungstoppen.deinebahn.de/channel/7.html>

<http://www.bahnvonunten.de/>

<http://www.bahn-fuer-alle.de/>

<http://www.bahn-unterm-hammer.de/>

Deutschland in der „Müllfalle“: Bald bis zu einem Drittel mehr Verbrennungskapazitäten vorhanden als nötig

BUND, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung vom 20.11.2008, Düsseldorf/Berlin

Überkapazitäten heizen Müllimporte an. - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat Bund und Länder zu einem Kurswechsel in der Abfallpolitik aufgefordert. Die Vermeidung und stoffliche Verwertung von Abfällen müssen stärker ins Blickfeld gerückt, die ressourcen- und energievergeudende Abfallverbrennung hingegen zurückgedrängt werden. Der Bau neuer Müllverbrennungsanlagen werde dazu führen, dass Anfang nächsten Jahres die Kapazitäten in Deutschland den Bedarf bei Weitem übersteigen. Bis 2015 könnten nach Voraussagen des Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos Überkapazitäten von bis zu 30 Prozent entstehen. Die mengenmäßig größte Steigerungsrate hätte demnach Nordrhein-Westfalen mit rund einer halben Million Tonnen zusätzlicher Verbrennungskapazität. Der BUND warn-

te vor einer „Müllfalle“, da durch die Überkapazitäten ein Zwang zum Import von Abfällen jeder Art entstünde. Die Folge wäre ein wachsender „Mülltourismus“ über die Landes- und Bundesgrenzen hinweg.

Hubert Weiger, der Bundesvorsitzende des BUND, hat vor der Presse in Düsseldorf einen Genehmigungsstopp für neue Abfallverbrennungsanlagen gefordert. „Am sogenannten Mülltourismus verdienen sich einige Unternehmen eine goldene Nase. Verbraucher müssen jedoch weiterhin die hohen Müllgebühren zahlen. Dem muss der Gesetzgeber einen Riegel vorschieben. Statt Überkapazitäten zu schaffen und künftig weiter Millionen Tonnen Müll kreuz und quer durch Europa zu karren, muss im Rahmen von Planfeststellungsverfahren zunächst der Bedarf einer jeden neuen Verbrennungsanlage nachgewiesen werden. Müllimporte müssen durch eine restriktive Genehmigungspraxis massiv eingeschränkt werden.“

In Nordrhein-Westfalen beispielsweise würden bereits rund ein Zehntel der im Land vorhandenen Müllverbrennungskapazitäten in Höhe von insgesamt sechs Millionen Tonnen mit Importmüll beschickt. Dirk Jansen, Geschäftsführer des BUND in Nordrhein-Westfalen: „Nordrhein-Westfalen ist Deutschlands Champion in Sachen Müllverbrennung. Aber selbst vermeintlich harmloser Hausmüll löst sich nicht einfach in Luft auf. Über die festen Verbrennungsrückstände gelangen immer noch große Mengen giftige Dioxine, Furane und Schwermetalle in die Umwelt. Hinzu kommen über die Schornsteine freigesetzte und die Gesundheit der Anwohner gefährdende Schadstoffe.“

Der BUND-Abfallexperte Hartmut Hoffmann wies darauf hin, dass die stoffliche Verwertung von Abfällen eine bessere Energiebilanz habe als das Verbrennen zur Energieerzeugung. „In Zeiten von Rohstoffknappheit muss mit Ressourcen sorgsam umgegangen werden. Wenn Müll verbrannt wird, kann daraus zwar etwas Energie gewonnen werden. Die meiste Energie, die bei der Herstellung der Rohstoffe eingesetzt wurde, geht jedoch verloren. Das ist eine unverantwortliche Verschwendung.“ Mehr Recycling entlaste außerdem das Klima. Berechnungen des Fraunhofer-Instituts hätten ergeben, dass durch die Wiederverwendung des Kunststoffes PET (Polyethylenterephthalat, wird z. B. in PET-Flaschen eingesetzt) im Vergleich zur Neuproduktion etwa 85 Prozent der Treibhausgase eingespart werden können. Bei Polyethylenfolie liege das Einsparpotenzial bei rund 70 Prozent, bei Kupfer über 60 Prozent. Bei Papier und Pappe können durch Recycling 56 Prozent der Treibhausgase eingespart werden.

Quelle:

[www.bund-nrw.de/presse/pressemitteilungendetail/artikel/deutschland-in-der-muellfalle-bald-bis-zu-einem-drittel-mehr-verbrennungskapazitaeten-vorhand/?tx_ttnews\[backPid\]=3371&cHash=731b76a49e](http://www.bund-nrw.de/presse/pressemitteilungendetail/artikel/deutschland-in-der-muellfalle-bald-bis-zu-einem-drittel-mehr-verbrennungskapazitaeten-vorhand/?tx_ttnews[backPid]=3371&cHash=731b76a49e)

Obama stellt Umwelt-Team zusammen

Wir-Klimaretter.de, 16.12.2008

Der designierte US-Präsident Barack Obama hat sein Umweltteam zusammengestellt: Offiziell nominiert ist nun der Physik-Nobelpreisträger Steven Chu als neuer Energieminister. Chu leitet derzeit das Lawrence Berkeley National Laboratory in Kalifornien und setzte sich in den vergangenen Jahren dafür ein, verschiedene wissenschaftliche Disziplinen beim Klimaschutz zusammenzubringen.

Carol Browner, eine enge Vertraute des früheren Vizepräsidenten Al Gore, wird zur Leiterin seines Beraterstabs für Energie und Klima im Weißen Haus, einem neu geschaffenen Posten. Browner war unter Präsident Bill Clinton Leiterin der Umweltschutzbehörde (EPA). Neue Leiterin dieses Amtes soll Lisa Jackson werden.

Bei der Vorstellung seines Umwelt-Teams forderte Obama eine globale Lösung für die Bekämpfung des Klimawandels. Er wolle eine neue „Hybrid-Wirtschaft“ schaffen und die USA aus der Ölabhängigkeit herausführen. Seine Personalentscheidung bringe seine Entschlossenheit zum Ausdruck, entschieden gegen die globale Erderwärmung vorzugehen und alternative Energieformen zu entwickeln.

Die Ernennung Chus zeige, dass seine Regierung wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel ernst nehme. Investitionen in erneuerbare Energien würden zudem zur Entstehung neuer Unternehmen und ganzer Industrien führen und Arbeitsplätze schaffen. Wirtschaftsförderung und Umweltschutz seien kein Widerspruch, betonte Obama.

Abrunden wird das mit Umweltfragen befasste Team der neue US-Innenminister, der mit der Überwachung von Öl- und Gasbohrungen und Nationalparks betraut wird. Nach Medienberichten soll der demokratische Senator des Bundesstaats Colorado Ken Salazar nominiert werden.

Quelle: http://www.wir-klimaretter.de/index.php?option=com_content&task=view&id=21148&Itemid=335

Wir-Klimaretter.de ist ein unabhängiges Online-Magazin.

BÜCHERECKE

Konsequente Umgestaltung der Abfallwirtschaft zu einer energieeffizienten Ressourcen- und Wertstoffwirtschaft

Manfred Wolf

Der Autor Thomas Scherzberg hat der Broschüre zu diesem Thema im Rahmen der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ die folgende Sentenz von Albert Einstein vorangestellt: „Man kann Probleme nicht mit den Denkweisen lösen, mit denen sie entstanden sind.“ Nun hat Einstein dabei sicher nicht explizit an die Abfallwirtschaft gedacht. Aber wie es bei großen Denkern so ist, sind ihre Äußerungen oftmals universal anwendbar. So auch hier.

In seinen sehr detaillierten und auf den gesellschaftlichen Grund der Problematik vorstoßenden Darlegungen vermittelt der Autor gerade auch diese Überzeugung, dass eine neue Denkweise aller Mitglieder und Teile einer Gesellschaft, ja eine neue Lebensweise, was die Umgestaltung gesellschaftlicher Grundlagen einschließt, erforderlich ist, um die im Titel genannte Zielstellung zu erreichen. Zugegeben: Der Einwand wäre berechtigt, dass eine neue Denkweise auch für die anderen Bereiche ökologischer Politik wie Klimaschutz, Reinhaltung von Boden und Gewässern u. a. unerlässlich ist. Thomas Scherzberg versteht es aber, sein Thema so exemplarisch darzulegen, dass er diesen Einwand dem Leser geradezu durchgehend selbst nahe bringt und ihn dadurch als Einspruch auflöst. Er begnügt sich also nicht mit einer nur formalen Darlegung der Instrumente, Ergebnisse, Aufgaben und Probleme der Abfallpolitik, sondern verweist auch auf die im Rahmen der bestehenden Marktwirtschaft nahezu unlösbaren Schwierigkeiten, Abfallwirtschaft in eine nachhaltige Wertstoffwirtschaft umzugestalten. Betriebswirtschaftliches Verhalten steht diesem Ziel auf Schritt und Tritt entgegen. Deshalb sei es eine Illusion, auf freiwillige Initiativen der Wirtschaft oder auch auf zielbewusstes Verhalten des Einzelnen zu setzen. Der aufgeklärte, nichtkorrumpierbare Staat muss umgehend die Rahmenbedingungen für die Entwicklung in die richtige Richtung schaffen. Sie müssen betriebswirtschaftlichem Denken die Grenzen weisen und allen ohne Ausnahme die erforderlichen Anreize geben.

Am Ende der Lektüre wissen wir, dass wir es mit einer Aufgabe zu tun haben, die sich keineswegs nur mit der Verwertung und Verbringung dessen, was nicht mehr gebraucht wird, befasst, sondern die den gesamten Produktionskreislauf, angefangen von der Forschung und Konstruktion über die Produktion und Logistik bis zum Gebrauch, die anschließende Wertstoffverwertung und schließ-

liche Entsorgung der Abfälle umfasst. Dabei kommt den Aufgaben am Anfang dieses Prozesses besondere Bedeutung zu. Hier muss die richtige Produktstrategie für den gesamten Produktkreislauf entwickelt werden. Das Ziel kann anlässlich der Ressourcen- und ökologischen Lage unserer Erde nur darin bestehen, mit immer weniger Ressourcen und Energie die für die Gesellschaft **notwendigen** Produkte zu erzeugen.

Jedem, der die Arbeit gelesen hat, muss sich am Ende die Feder sträuben, noch über „Abfall“-Wirtschaft zu schreiben, wenn eigentlich die ganze Breite der Wertstoffwirtschaft gemeint ist.

Die Broschüre bietet für alle, die mit der Materie enger befasst sind, als auch für interessierte Laien eine Fülle von Informationen und Zusammenhänge, eine gute und nützliche Übersicht zum Stand der Dinge in Deutschland und der dazugehörigen gesetzlichen Grundlagen sowie über grundsätzliche Zielstellungen ökologischer Wertstoffpolitik. Linken Umweltpolitikern kann sie außerdem noch deshalb hilfreich sein, da sie in einem Sonderabschnitt Schlussfolgerungen des Autors, eines gleichfalls gestandenen Umweltpolitikers, für linke Politik enthält. Die Arbeit zeichnet sich durch übersichtliche, lockere Strukturierung aus und enthält zusätzlich zum Innehalten und Nachdenken eingestreute, besonders hervorgehobene Thesen (insgesamt 30).

Die Broschüre ist wie alle in dieser Reihe bei der Ökologischen Plattform für eine Spende von 2 € abrufbar.

Buchempfehlungen

Zusammenstellung

Marko Ferst, Christian Rehmer

Elmar Altvater, Achim Brunnengräber (Hrsg.)
Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktba-
sierte Instrumente in der globalen Klimapolitik
und ihre Alternativen. Reader des Wissen-
schaftlichen Beirats von attac

Dem Klimawandel soll mit dem Emissionshandel und dem Mechanismus für saubere Entwicklung begegnet werden. Die Frage ist aber, ob marktba-sierte Instrumente nicht eher finanziellen Spekulationen einen neuen Markt öffnen und eine „kreative Kohlenstoffbuchführung“ ermöglichen, als dass sie einen positiven Beitrag für den Klimaschutz leisten. Der Band enthält Beiträge von Bernd Brouns, Uwe Witt, Lutz Mez, Uta v. Winterfeld, Tilman Santarius u. a.

VSA-Verlag Hamburg, 2008, 236 S., 15,80 €

Kurt Kretschmann

Ich will eine Eiche sein: Eine lyrische Lebens- **beschreibung**

Der Gedichtband erzählt von Kretschmanns Leben als Naturschützer und setzt sich auseinander mit den Fragen unserer Zeit. So findet man Gedichte zum Pazifismus, zur vegetarischen Lebensweise, er kritisiert die Agrotechnik und beschreibt die Schönheiten der Natur, alles in gereimter Form. Einige Gedichte sind seiner Frau gewidmet. Michael Succow verfasste das Vorwort für den Band.

Findling, 2008, 140 Seiten, 12 €

www.findling-verlag.de

Christoph Then

Dolly ist tot. Biotechnologie am Wendepunkt

Wer erinnert sich noch an das Klonschaf Dolly? Das erste aus einer Euterzelle geklonte Tier wurde sechs Jahre alt. Es steht sinnbildlich für eine Forschungssparte, die kritisch hinterfragt werden muss. Und genau das macht der Autor Dr. Christoph Then in seinem 228 Seiten starken Buch. Er beleuchtet die Biotechnologie und bewertet mögliche Gefahren für Umwelt und Mensch. Dabei greift er auf viele historische wissenschaftliche Grundlagen der Biologie zurück. Der Autor – vormals als Gentechnikexperte bei Greenpeace tätig – macht keinen Hehl aus seiner ablehnenden Haltung zur Biotechnologie im Allgemeinen und zur Agrotechnik im Besonderen. Er schafft es allerdings, ein sehr sachliches Buch über die Thematik zu schreiben. Das Buch ist hier und da für naturwissenschaftlich unbesessene Leserinnen vielleicht nicht geeignet, bietet für alle anderen jedoch einen interessanten Überblick. Then zeichnet bedenkenswerte Zukunftsperspektiven, die nachdenklich stimmen. Noch bleibt Zeit zu handeln. Vorher lesen.

228 Seiten, Rotpunkt, Zürich, 2008, ISBN 3858693685, 228 S.22 €

WIDERSPRUCH- Heft 54 „Energie und Klima“

Ein hochaktuelles WIDERSPRUCHs-Heft zur alternativen Energie- und Klimapolitik mit über zwanzig Beiträgen (u. a. von E. Altvater, T. Goethe, A. Brunnengräber, H. Scheer, B. Flieger, T. Santarius, U. Brand, A. Biesecker, R. Schäfer u. a.) ist aktuell erhältlich. Analysiert werden die herrschenden Energie- und Klima-Diskurse im Dienste der Atomlobby und zur Verharmlosung der natur- und umweltzerstörenden fossilen Produktionsweisen, Konsummustern, Verkehrssystemen und Konzernstrukturen. Kontrovers diskutiert werden Strategien ökologisch-sozialer Politik, die ein neues Energieregime einleiten sowie Menschenrechte und Ressourcengerechtigkeit wirklich anziehen.

224 S., 16 €, www.widerspruch.ch

Volker Pispers

Bis neulich 2007. Live in Bonn

Politisches Kabarett vom Feinsten. Vom Klimawandel, über Hartz IV, den Zustand der SPD, Angela Merkel als Diktaturexpertin oder den Segnungen der roten Gentechnik und in vielen anderen Punkten werden mit Wortwitz und -gewandtheit der deutschen Republik die Leviten gelesen. Auch die Irrungen der Grünen beim Atomausstieg unterzieht Pispers einer speziellen Betrachtung.

158 min + 45 min 3sat-Festival, DVD, 2007, 17,95 €

Max Otte

Der Crash kommt: Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten

Was, wenn sich der Traum von der Steuerbarkeit der Wirtschaftsentwicklung als große Illusion entpuppt? Wenn der anhaltende globale Aufschwung der letzten Jahrzehnte in einem großen Crash zu Ende geht und in eine lange Ära der Depression mündet? Der bekannte Finanzprofessor und Buchautor Max Otte ist sich sicher: Der Crash kommt. Sein Buch ist eine flammende Anklageschrift gegen die herrschende Lehrmeinung der ökonomischen Zunft. Und eine dringende Mahnung: Es ist wichtiger denn je, Vorsorge zu treffen. Otte argumentiert weder prophetisch noch besserwisserisch, sondern nüchtern und faktenreich. Welchen riesigen ökologischen Fußabdruck etwa Edelmetalle als Anlage verursachen, steht freilich auf einem anderen Blatt und wird durch Otte nicht thematisiert.

Ullstein, aktualisierte Aufl. 2008, 320 S., 8,95 €

LESERBRIEFE

Öffentlicher Verkehr muss stärker gefördert werden

Marko Ferst, Gosen

In der DDR hielt man bezahlbaren öffentlichen Verkehr für sinnvolle Sozialpolitik und kam nicht auf so verrückte Ideen wie Pendlerpauschalen und dgl. bürokratische Instrumente mehr. Auch die LINKE hätte guten Grund darüber nachzudenken, ob nicht gezielte politische Kampagnen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, die viel weitsichtigeren Strategie sind, ein Mindestmaß an Mobilität zu erhalten. Beispiel: Man könnte der Bahn 19 % Mehrwertsteuer vollständig erlassen, wenn sie im Gegenzug auf weitere 19 % ihrer Ticketpreise verzichtet. 38% weniger je Zugfahrt – das wäre ein An-

fang, um mehr Menschen zum Umsteigen zu bewegen. Das funktioniert nicht ohne strikte Vorgaben zur künftigen Begrenzung der Fahrpreise, denn schon seit einigen Jahren kann man die Preisentwicklung bei der Bahn nur unter dem Stichwort Wucher kennzeichnen.

Das Erdölzeitalter geht schneller zu Ende, als sich das die meisten wünschen dürften. Dass Autos, die nur ein bis zwei Liter auf 100 Kilometer verbrauchen, noch nicht das Straßenbild bestimmen, ist ein Versagen von Autokonzernen und Politik, wenngleich auch das nicht verhindern könnte, dass die Zeit kommt, in der der Individualverkehr in sich zusammensacken wird. Es ist absehbar, dass sich in den nächsten Jahren die Preise für ein Barrel Öl in immer schnelleren Abständen verdoppeln werden, weil die steigende Nachfrage nur noch zu einem Bruchteil bedient werden kann. Auch Biosprit mit der Folge von Hungerepidemien auf anderen Kontinenten dürfte sich nicht durchhalten lassen. Wenn man auf eine so konfigurierte Weltwirtschaftskrise zuläuft, ist es wirklich unverantwortbar, politische Lenkungsinstrumente wie die Pendlerpauschale wieder einzuführen, die dem Bürger suggerieren, lange Arbeitswege sind zukunftsfähig. Ulrich Mauer ist entgegen zu halten, dass steuerliche Vorteile auch in anderen Bereichen den Bürgern zurückgegeben werden können und nicht als antiökologische Wohltat. Es ist wirklich bedauerlich, dass in vielen Bundestagsreden von der LINKEN in den letzten Monaten populistisch eine Rückkehr zur alten Pendlerpauschale gefordert wird. Die ist klar umweltfeindliche Politik, und man muss sich nicht wundern, wenn uns die Umweltverbände dafür zurecht kritisieren. In der kommenden Krise werden bestenfalls die Arbeitsplätze überleben, die auf regionalen Wirtschaftskreisläufen aufbauen. Die Globalisierung von Warenströmen wird wegen nicht vorhandener bezahlbarer Treibstoffe in den nächsten Jahrzehnten implodieren. Politik und Gesellschaft müssen sich rechtzeitig auf die veränderte Agenda einer Zeit ohne Erdöl und darüber hinaus von unbezahlbaren Klimaschäden einstellen, die sie selbst verschuldet haben.

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:

Berliner Bank AG

BLZ 10020000

Konto 4384840000

C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

Abbildung auf der Titelseite

Stand der Ökologischen Plattform auf dem Umweltfestival in Berlin am 01.06.2008

Inhaltsverzeichnis

GRUNDPOSITIONEN	1	Frieden, Demokratie, Solidarität – Für ein besseres Europa. Entwurf des Parteivorstands DIE LINKE für ein Europaawahlprogramm. Überarbeitung vom 29.11.2008	26
Ist die Menschheit noch zu retten? <i>Götz Brandt</i>	1	<i>Ökologische Plattform, BAG Umwelt, Energie und Verkehr und Mitarbeiter für Umwelt der Bundestagsfraktion der LINKEN</i>	
Ökologische Zeitenwende einleiten <i>Marko Ferst</i>	4	UMWELTNACHRICHTEN	29
POLITIK	6	IRENA kann in Bonn starten <i>Eurosolar e. V.</i>	29
Das CDU-Programm und die Ökologie <i>Ralf Henrichs</i>	6	Zwei Jahre „Atomausstieg selber machen“. Kundenzahlen der Ökostromanbieter verdoppelt <i>Bündnis „Atomausstieg selber machen“</i>	30
„Ökologische Industriepolitik“: Kritische Bemerkungen zu einer Broschüre des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit <i>Götz Brandt</i>	7	Ausbau von Havel, Spree und Sacrow-Paretzer-Kanal ist überflüssig <i>Deutsche Umwelthilfe e. V.</i>	30
ENERGIE	11	Ökologische Plattform NRW für Schließung der Delfinarien <i>Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen</i>	31
Wie viele Braunkohletagebaue in der Lausitz brauchen wir? <i>Damian Arikas</i>	11	Deutscher Tierschutzbund fordert ein Ende von Tierpatenten <i>Deutscher Tierschutzbund e. V.</i>	32
Hintergrund zum Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“ <i>Christian Rehmer</i>	12	Deutschland in der „Müllfalle“. Bald bis zu einem Drittel mehr Verbrennungskapazitäten vorhanden als nötig <i>BUND, Landesverband Nordrhein-Westfalen</i>	33
Brandenburgs Zukunft sinnvoll gestalten statt Politik für Konzerngewinne <i>Interview mit Thomas Nord</i>	13	Obama stellt Umwelt-Team zusammen <i>Wir-Klimaretter.de</i>	34
Nach der Moorburg-Entscheidung. Ein Kommentar <i>Heike Roocks, Jürgen Stopel</i>	14	BÜCHERECKE	34
Atomausstieg beschleunigen – Gesellschaft entschleunigen <i>Stefan Seum</i>	14	Konsequente Umgestaltung der Abfallwirtschaft zu einer energieeffizienten Ressourcen- und Wertstoffwirtschaft <i>Manfred Wolf</i>	34
NATUR- UND ARTENSCHUTZ	16	Buchempfehlungen <i>Zusammenstellung Marko Ferst, Christian Rehmer</i>	35
Ein Viertel der Säugetierarten bedroht. Die Rote Liste der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten wird immer länger <i>Ralf Streck</i>	16	LESERBRIEFE	34
LANDWIRTSCHAFT	17	Öffentlicher Verkehr muss stärker gefördert werden <i>Marko Ferst</i>	35
Pestizideinsatz konsequent reduzieren <i>Karin Binder</i>	17		
Der Ökolandbau kappt seine Wurzeln. Im Biolandbau klaffen Theorie und praktische Umsetzung weit auseinander <i>Michael Machatschek</i>	18		
GENTECHNIK	20		
GVO im Streichelzoo <i>Christian Rehmer</i>	20		
Monsato <i>Gedicht von Marko Ferst</i>	21		
Verwirrung bei den LINKEN. An der Gentechnik scheiden sich die linken Geister <i>Susanne Götze</i>	22		
ABFALLWIRTSCHAFT	23		
Schärfere Grenzwerte bei Müllverbrennung gefordert <i>Eva Bulling-Schröter</i>	23		
PROGRAMMATIK	24		
Zuarbeit zu Anfragen zum Bundestagswahlprogramm <i>Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform</i>	24		

Impressum

Kontakt:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
oekoplattform@die-linke.de
www.oekologische-plattform.de

Herausgeber:

Sprecherrat der Ökologischen Plattform

Redaktion:

zeitschrift-oekoplattform@web.de

Redaktionsschluss: 31.12.2008

Beiträge und Leserbriefe bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat.

Veröffentlichte Beiträge spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform wider.

Bestellung/Adressänderung:

kontakt-oekoplattform@web.de

Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei den Adressen bitte an kontakt-oekoplattform@web.de melden.

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de, oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, Tel. 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Marko Ferst, marko@ferst.de
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

BAG Umwelt,Energie,Verkehr

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de
Lutz Heilmann, MdB, Tel.030 22770788, Fax 030 22776788,
lutz.heilmann.ma01@bundestag.de
Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher der LINKEN, Tel. 030 22772478, Fax 030 22776476,
hans-kurt.hill@bundestag.de

E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler der LINKEN, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr
Aufnahme über info@oekologische-plattform.de

Baden-Württemberg

LAG Ökologische Plattform, Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern,
Mail@WolfgangKaemmerer.de

Berlin

LAG Umwelt, Marion Platta, MdA, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,
Tel. 030 23252550, Fax 030 23252515,
platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

LAG Umwelt Brandenburg
Peter Engert (Sprecher AG Umwelt der LINKEN Brandenburg), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde,
Tel. 03361 344351
Christian Rehmer (Sprecher AG Umwelt der LINKEN Brandenburg, AG Umwelt bei der LINKEN Barnim),
Tel. 03334/387628, Christian.Rehmer@web.de,
www.dielinke-eberswalde.de
Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,
csteinmetzer@aol.com

Hamburg

LAG Umwelt
Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,
g.siegler@web.de

Hessen

Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, Hajo.Zeller@web.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, MdL, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der LINKEN, Lennestr.1, 19053 Schwerin,
Tel.038203 63519, b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Ökologische Plattform, Heinz Preuß, Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481,
Hpborusso@aol.com (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)
LAG Umwelt-Energie-Verkehr
Ulrich Steinmeyer, Am Oxe 5, 27283 Verden,
Tel. 04231 937960, 0179 4727893,
info@ulrichsteinmeyer.de

Nordrhein-Westfalen

Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen, Wahlkreisbüro: Münsterstr. 141, 44145 Dortmund, Tel.: 0231 4759196,
www.oepf-nrw.de, Ansprechpartner: Utz Kowalewski,
wasg_kowalewski@yahoo.de

Rheinland-Pfalz

Ökologische Plattform, Albert Schtschepik, schtschepik@web.de (Sprecherrat Bundes-ÖPF)
AG Natur- und Tierschutz, Kreisverband Ahrweiler, Angelika Jürgensonn-Korjenic, Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing,
angelika62de@yahoo.de

Sachsen

ADELE - Ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg,
Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, Micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden,
Tel. 0174 98484127, drnatke@web.de (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,
Tel.0345 29418-63, Fax-64

Schleswig-Holstein

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633 966624,
dettmergruenefeld@hotmail.com

Thüringen

Ökologische Plattform, Dr. Johanna Scheringer-Wright, MdL, agarpolitische Sprecherin der LINKEN, Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361 3772604, 0151 11723000, johanna@scheringer.de (Koordinierungsrat Bundes-ÖPF)
Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher der LINKEN, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de
www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf